

Ingo Birkenfeld

Brauchen wir eine modernisierte Geldordnung?

Kritische Betrachtung der gegenwärtigen Geldordnung und ausgewählter Alternativen: Vollgeldkonzept, wettbewerbliche Geldordnung und Freiwirtschaftslehre

Diplomarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2007 GRIN Verlag
ISBN: 9783638826181

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/80377>

Ingo Birkenfeld

Brauchen wir eine modernisierte Geldordnung?

Kritische Betrachtung der gegenwärtigen Geldordnung und ausgewählter Alternativen: Vollgeldkonzept, wettbewerbliche Geldordnung und Freiwirtschaftslehre

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com



Bergische Universität Wuppertal

Studiengang Wirtschaftswissenschaft

Diplomarbeit für die Diplom-Hauptprüfung nach PO 2000



Brauchen wir eine modernisierte Geldordnung?



Kritische Betrachtung der gegenwärtigen Geldordnung
und ausgewählter Alternativen: Vollgeldkonzept,
wettbewerbliche Geldordnung und Freiwirtschaftslehre



Prüfungsgebiet: Volkswirtschaftslehre, insb. Mikroökonomische Theorie

Abgabetermin: 06. Juli 2007

Vorgelegt von: Ingo Birkenfeld

Hedy

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	<i>III</i>
<i>Abbildungsverzeichnis</i>	<i>VII</i>
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	<i>IX</i>
1. Einleitung	1
1.1. Problemstellung	1
1.1.1. Stabilität der Gesellschaft	2
1.1.2. Stabilität der Wirtschaft	3
1.1.3. Stabilität des Staates.....	5
1.2. Zielsetzung.....	6
1.3. Vorgehensweise	7
2. Einführende Aspekte und Annahmen	9
2.1. Geldordnung	9
2.2. Geldtheorie.....	11
2.3. Geldpolitik	13
3. Problemaspekte der Geldordnung und Geldpolitik	17
3.1. Überblick	17
3.2. Zinsniveau.....	18

3.2.1.	Mögliche Auswirkungen eines erhöhten Zinsniveaus	18
3.2.1.1.	Vermögensverteilung	18
3.2.1.2.	Beschäftigung	21
3.2.1.3.	Wirtschaftswachstum	25
3.2.2.	Mögliche Ursachen eines erhöhten Zinsniveaus.....	28
3.2.2.1.	Inflationserwartungen.....	29
3.2.2.2.	Notenbanken und Leitzins.....	30
3.2.2.3.	Staatsnachfrage nach Krediten	31
3.2.2.4.	Geldmenge.....	32
3.2.3.	Zwischenfazit	32
3.3.	Geldschöpfung	33
3.3.1.	Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken	33
3.3.2.	Geldmengensteuerung und Finanzkrisen	35
3.3.3.	Zwischenfazit	39
3.4.	Trade-off und Unabhängigkeit der Zentralbank	40
3.5.	Zusammenfassung	43
4.	Umgestaltung der Geldordnung.....	45
4.1.	Überblick	45
4.2.	Vollgeldkonzept nach Huber	46
4.2.1.	Elemente des Vollgeldkonzeptes	46
4.2.1.1.	Vollgeld	46
4.2.1.2.	Einbeziehung eines Grundeinkommens	48
	<i>Exkurs: Negative Einkommensteuer und Transaktionskosten.....</i>	<i>50</i>
4.2.1.3.	Bezugsrechte	54
4.2.1.4.	Retribution.....	56
4.2.2.	Effekte des Vollgeldkonzeptes.....	57
4.2.3.	Zusammenfassung.....	59
4.3.	Wettbewerbliche Geldordnung	60

4.3.1.	Hayek	61
4.3.2.	Wolfram Engels	63
4.4.	Freiwirtschaftslehre	64
5.	Kritik	67
5.1.	Bewertung der vorgestellten Ansätze	67
5.2.	Geldwettbewerb oder Geldmonopol	71
6.	Schlussbetrachtungen	75
	<i>Abbildungen im Anhang</i>	<i>79</i>
	<i>Literaturverzeichnis.....</i>	<i>XI</i>
	<i>Bücher.....</i>	<i>XI</i>
	<i>Zeitschriftenartikel.....</i>	<i>XV</i>
	<i>Danksagung.....</i>	<i>XVII</i>

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zinslasten und Zinserträge der Haushaltsgruppen	19
Abbildung 2: Salden der Zinslasten und Zinserträge	20
Abbildung 3: Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen (symbolische Darstellung)26	
Abbildung 4: Zinsen und Inflation	29
Abbildung 5: Die verschiedenen Geldmengenaggregate	79
Abbildung 6: Zielkorridor und tatsächliche Geldmenge	80
Abbildung 7: Investitionen und Beschäftigung	81
Abbildung 8: Zinsen und Arbeitslosigkeit	82
Abbildung 9: Negative Einkommensteuer	83
Abbildung 10: Gegenüberstellung der Transaktionskosten	84

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
Bd.	Band
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
d. h.	das heißt
ebd.	ebenda
et al.	et altera/et alii (und andere)
etc.	et cetera (und so weiter)
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgende
ff.	fortfolgende
ggf.	gegebenenfalls
Hrsg.	Herausgeber
i. d. R.	in der Regel
insb.	insbesondere
Jg.	Jahrgang
M0	Geldbasis bzw. Zentralbankgeldmenge
M1, M2, M3	Geldmengenaggregat M1, M2, M3
Mrd.	Milliarden
NES	Negative Einkommensteuer
o. S.	ohne Seitenangabe
Rz.	Randziffer
S.	Seite
Sp.	Spalte
TAK	Transaktionskosten
u. a.	unter anderem
u. ä.	und ähnliches
usw.	und so weiter

u. U.	unter Umständen
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel

1. Einleitung

1.1. Problemstellung

Wirtschaftliche Krisen können für breite Bevölkerungsschichten verheerende Folgen haben. Das Ausmaß z. B. der Weltwirtschaftskrise im letzten Jahrhundert (1929 bis 1933), worauf der Zweite Weltkrieg folgte, ist kaum vorstellbar. Aber auch die jüngere Vergangenheit ist von Einbrüchen an den Börsen, Wirtschaftskrisen und den damit einhergehenden negativen Folgen, wie hohe Arbeitslosenquoten, geprägt.¹ Solche Krisen geben stets Anlass, die herrschende Meinung anzuzweifeln und alternative Ideen, Konzepte und Theorien auszuarbeiten.

So zog 1936 *John Maynard Keynes* (1883-1946) mit seiner Veröffentlichung „The general theory of employment, interest and money“ das bis dahin bestehende Paradigma der Neoklassik, jedes Angebot schaffe sich seine eigene Nachfrage, in Zweifel.

In den 1970er-Jahren wurden dann die Theorien des Keynesianismus angezweifelt, als, entgegen den Erwartungen, bei mangelndem Wachstum zugleich das Preisniveau stieg (Stagflation). Daraufhin konnten sich die Ansichten des Monetarismus von *Milton Friedman* durchsetzen.²

Keynes publizierte seine Schriften während und nach der damaligen Weltwirtschaftskrise. *Friedman* zweifelte bereits recht früh an der theoretischen Basis des Keynesianismus und konnte so negative Entwicklungen bereits im Vorfeld erkennen. Dies macht deutlich, dass es wichtig ist, aktuelle und mögliche, zukünftige Entwicklungen wachsam und kritisch zu beobachten.

¹ Galbraith sieht direkte Parallelen zwischen den Börsenereignissen in den Jahren 1929 und 1987, vgl. Galbraith 2005 /Crash/ S. 7-17.

² Vgl. zu diesem und folgendem Absatz Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 14.

Gegenwärtig erschöpft sich dieses Bemühen verschiedener Autoren der populärwissenschaftlichen Literatur scheinbar darin, große Katastrophen vorherzusagen statt sich wirklicher Problemlösung zu widmen. Das Ziel sollte aber sein, mittels wissenschaftlicher Analysen das Gespür für das enge Zusammenwirken gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Prozesse zu schärfen. Diese Bereiche sollten dann nachhaltig so gestaltet werden, dass die angesprochenen Krisen, welche wahrscheinlich nie gänzlich verhindert werden können, keine sich selbst verstärkenden, negativen Effekte mehr zeigen.

Um einen Überblick über die aktuellen Schwierigkeiten in Deutschland³ zu erhalten und die Thematik anschließend weiter eingrenzen zu können, teilen wir diese in folgende Bereiche ein:

- 1) Stabilität der Gesellschaft: (a) Arbeitslosigkeit, (b) Vermögensverteilung und (c) die Armutsquote,
- 2) Stabilität und Steuerung der Wirtschaft: (a) Zinsniveau, (b) Preisniveau, (c) Geldmenge und (d) Wirtschaftswachstum,
- 3) Stabilität des Staates: Staatsverschuldung.

Zu den einzelnen Bereichen werden im Folgenden einige Zahlen und Fakten aufgeführt, welche die gegenwärtige Lage repräsentieren sollen.

1.1.1. Stabilität der Gesellschaft

Zu 1a) Eine der großen Herausforderungen der wohlhabenden westlichen Staaten ist die Bewältigung der hohen Arbeitslosenquoten. Die Arbeitslosenquoten liegen in Europa zwischen 3,8 Prozent (in Dänemark) und 14 Prozent (in Polen), Deutschland liegt aktuell bei etwa 9,5 Prozent.⁴ Nicht nur volkswirtschaftlich hat dies negative Konsequenzen (Produktion und Einkommen gehen verloren), auch für den einzelnen Betroffenen kann dies große finanzielle, gesundheitliche, als auch psychische Probleme verursachen. Die hohen sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit entstehen für den Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt,

³ Diese Schwierigkeiten können sicherlich auch auf andere westliche Industriestaaten übertragen werden.

⁴ Quelle: Internetseite des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat).

auch wenn diese Kosten nicht immer messbar sind.⁵ Wo liegen die Ursachen für die Arbeitslosigkeit und wie kann der Zusammenhang zum Preisniveau, der Geldmenge und dem Zinsniveau theoretisch und empirisch nachvollzogen werden?

Zu 1b) Die Armen werden immer ärmer und die Reichen werden immer reicher. Stimmt das so? Unbestritten ist zumindest, dass die Vermögensverteilung in Deutschland sich stetig zu Gunsten des oberen Zehntel der vermögensstärksten Haushalte entwickelt.⁶ Damit vergrößert sich der Abstand der weniger reichen Haushalte relativ zu den 'superreichen' immer weiter.

Zu 1c) In *relativer* Armut lebt, wem weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens des Landes zur Verfügung steht. In Deutschland, eines der wohlhabendsten Länder ist die Armutsrisikoquote von 1998 mit 12,1 Prozent auf 13,5 Prozent im Jahre 2003 gestiegen.⁷

Solche Entwicklungen zu stabilisieren und möglichst umzukehren, ist von entscheidender Bedeutung für die Stabilität unserer Gesellschaft.

1.1.2. Stabilität der Wirtschaft

Für eine stabile Wirtschaft ist u. a. eine stabile Geldordnung von entscheidender Bedeutung. Dass die herrschende Geldordnung die notwendige Stabilität nicht besitzt, also eher von einer immanenten Unstabilität⁸ gesprochen werden kann, soll „(...) das Auf und Ab der Konjunktur, Übernachfragen und Rezessionen, Arbeitslosigkeit und Schübe von Inflation“⁹ zeigen. Als besonders zentral für die Analyse und Steuerung der Wirtschaftsprozesse lassen sich die Größen (2a) Zinsniveau, (2b) Preisniveau, (2c) Geldmenge und (2d) Wirtschaftswachstum heranziehen.

⁵ Vgl. Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 5.

⁶ Vgl. Bundesregierung 2005 /Armutsbericht/ S. 35/36.

⁷ Vgl. Bundesregierung 2005 /Armutsbericht/ S. 21.

⁸ Vgl. Gocht 1975 /Geldordnung/ S. 13-14.

⁹ Gocht 1975 /Geldordnung/ S. 14.

Zu 2a) Unsere gegenwärtige Geldordnung steht in der Kritik, ein hohes Zinsniveau zu begünstigen.¹⁰ Dies kann als problematisch betrachtet werden, da auch nur leichte Zinserhöhungen u. a. höhere Fremdkapitalkosten verursachen. Dadurch geraten Unternehmen in finanzielle Bedrängnis, einige müssen Insolvenz anmelden, was wiederum zur Entlassung von Personal führt. Weiterhin wird kritisiert, dass durch das Zinssystem Vermögen von der Lohnarbeit zu den Kapitalbesitzern umverteilt wird. Lassen sich zu der vorgebrachten Kritik empirische Belege finden? Wie kommt dieser Effekt zustande?

Zu 2b) Die Geldwertstabilität besitzt für die Geldpolitik eine besonders hohe Priorität, da einerseits aufgrund von (hoher) Inflation, andererseits durch Deflation hohe volkswirtschaftliche Kosten entstehen. Es wird aber auch davon ausgegangen, dass Inflation einen gewissen Nutzen hat. Nun drängt sich die Frage auf, in welcher Höhe eine Inflation für die Volkswirtschaft erträglich ist. Weiterhin wird eine Beziehung zwischen der Höhe der Beschäftigung und der Inflationsrate vermutet. Lässt sich dieser Zusammenhang tatsächlich sowohl theoretisch erklären, als auch empirisch belegen? Anders gefragt: Gibt es nun einen *Trade-off* oder nicht?¹¹ Dies sind Fragen, welche die Wirtschaftswissenschaft bereits seit vielen Jahrzehnten beschäftigen.

Zu 2c) Eine expansive Ausweitung der Geldmenge kann zu einer erhöhten Inflationsrate führen. Die Europäische Zentralbank hat die Aufgabe diese Ausweitung der Geldmenge, mit ihrem geldpolitischen Instrumentarium zu steuern. Das Geldmengenaggregat M3 dient der Zentralbank als Bezugsgröße. Zur Geldmenge M3 gehört das einzige gesetzliche Zahlungsmittel (der Euro), welches einzig von der Zentralbank ausgegeben (geschöpft) werden darf. Weiter werden auch u. a. Termineinlagen zum Geldmengenaggregat M3 hinzugerechnet. Diese Termineinlagen bestehen aus Giralgeld, welches von den Geschäftsbanken geschaffen (geschöpft) wird. Dies lässt die Frage berechtigt erscheinen, ob die Zentralbank überhaupt in der Lage ist, die Geldmenge

¹⁰ Vgl. zu diesem Absatz Creutz /Geld-Syndrom/ S. 105.

¹¹ Gemeint ist hier, ob Inflation in Kauf genommen werden muss, um die Beschäftigung zu erhöhen, oder ob sich gleichzeitig eine niedrige Inflationsrate neben einem hohen Grad an Beschäftigung realisieren lässt. In Kapitel 3 wird gezeigt, dass hier klar zwischen kurz- und langfristigen Prozessen unterschieden werden muss.

adäquat zu steuern, wenn die von ihr unabhängigen Geschäftsbanken die Geldmenge stetig beeinflussen.

Zu 2d) Ein Wirtschaftswachstum von zwei bis drei Prozent wird als zwingend notwendig erachtet, um beim ständigen Strukturwandel genügend Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit relativ niedrig zu halten. Es steht aber in der Kritik, dass ein Wirtschaftswachstum von auch nur zwei Prozent ein exponentielles Wachstum darstellt, also ein immer weiter beschleunigendes Wachstum. Ein exponentielles Wachstum ist auf begrenztem Raum (unserem Planeten Erde) nicht vorstellbar. Müssen wir eine andere Art des Wirtschaftens finden, um unser aller Überleben zu sichern? Oder wird die Vorstellung des exponentiellen Wachstums unserer Wirtschaft überstrapaziert und dient lediglich zur Panikmache und damit zur Verunsicherung der Bevölkerung? Diesen eher populärwissenschaftlichen Äußerungen soll auf den Grund gegangen werden.

1.1.3. Stabilität des Staates

Die Verschuldung des Staates ist regelmäßig in der Diskussion der Öffentlichkeit. Dass der Staat Gefahr läuft, (immer weiter) in eine Schuldenfalle zu geraten, wird wohl von keiner Seite bestritten. Nur, wie der Ausweg aussehen soll wird kontrovers diskutiert.

Bestimmte öffentliche Ausgaben mit Krediten zu finanzieren, kann zwar ökonomisch sinnvoll sein, aber die Verdreifachung der Schuldenquote¹² von 18 Prozent im Jahre 1970 auf 65 Prozent im Jahre 2004 kann damit nicht erklärt werden. Die Zinsausgabenquote¹³ des Bundes ist im gleichen Zeitraum von 2,8 Prozent auf 13,3 Prozent gestiegen.

Würde eine auch nur leichte Anhebung des Zinsniveaus stattfinden, aus welchen Gründen auch immer, so könnte dies nicht nur viele Unternehmen in die Insolvenz treiben, sondern auch für einen Staat, der eine übermäßige Schuldenpolitik betreibt, unangenehme Konsequenzen bedeuten. Die 39,3 Milliarden Euro, die im Jahr 2007¹⁴

¹² Das Verhältnis zwischen staatlichem Schuldenstand und Bruttoinlandsprodukt. Vgl. zu den folgenden Zahlen Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 220.

¹³ Der Anteil der Zinsausgaben an den öffentlichen Ausgaben.

¹⁴ Quelle: Internetseite des Bundesministeriums für Finanzen.

vom Bundeshaushalt in den Zinsdienst fließen, haben schon heute (bei einem relativ moderaten Zinsniveau) negative Konsequenzen, was die Finanzierung wichtiger staatlicher Aufgaben betrifft.¹⁵ Daher hat aktuell die Haushaltskonsolidierung in der Bundesrepublik durch den Bundesfinanzminister Steinbrück oberste Priorität erhalten.¹⁶

Dazu kann die massive Inanspruchnahme von Ersparnissen durch Kreditnachfrage des Staates zu einem Anstieg der Zinsen führen, welches in einem Rückgang privater Investitionstätigkeit münden kann (Crowding-Out).¹⁷

1.2. Zielsetzung

Es stellt sich nun die Frage, ob diese vielfältigen Probleme auch mit theoretischen Ansätzen erklärt und mit empirischen Daten bzw. Studien nachgewiesen werden können. Falls ein Nachweis gelingt, schließt sich die Frage an, ob es aus diesen negativen Entwicklungen einen Ausweg gibt, eine gangbare Alternative. Beispielsweise ist ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem temporär sicherlich zwingend notwendig, um größere soziale Probleme durch z. B. Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Aber setzen solche Maßnahmen an der Wurzel an?

Wo liegen die Ursachen von Massenarbeitslosigkeit, Finanzkrisen, Wirtschaftskrisen und das tendenzielle Auseinanderdriften armer und extrem reicher Bevölkerungsgruppen? Dürfen diese Bereiche tatsächlich in einem Atemzug genannt werden? Wo liegen die Zusammenhänge?

Findet man diesen Zusammenhang und kann diesen auf eine gemeinsame Ursache zurückführen, so stellt sich die Frage, ob es bereits mögliche Lösungsansätze gibt. Solche Lösungsansätze müssten hinreichend weit entwickelt und praktikabel sein, d. h. sie müssten durchsetzbar und in unser heutiges Wirtschaftssystem integrierbar sein.

¹⁵ Siehe zur Staatsverschuldung weiter Heise 2005 /Wirtschaftspolitik/ S. 188-197. Die negativen Wirkungen hoher Staatsverschuldungen sind unbestritten. Eine Erklärung, wieso es dennoch zu einem solchen Anstieg der Schulden kommen kann, bieten die Ansätze der Public-Choice-Theorie (vgl. Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 220).

¹⁶ Aktuelle Tagespresse auf www.tagesschau.de (Mai 2007).

¹⁷ Vgl. Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 220.

Als zentrale These wird in der vorliegenden Arbeit vertreten, dass ein solcher Zusammenhang in der Geldordnung zu finden ist. Die Geldordnung verbindet gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Prozesse. Es können Argumente gefunden werden, welche die Geldordnung als Ursache bestimmter Probleme ausmachen. Daran schließt sich als Lösungsansatz eine Modernisierung der Geldordnung an.

Ziel der vorliegenden Arbeit soll es sein, kritisch zu hinterfragen und zu prüfen, ob eine modernisierte Geldordnung notwendig ist, um Wohlstand und Beschäftigung für alle Bevölkerungsgruppen nachhaltig sichern zu können, ohne dabei den Staat und das Sozialbudget übermäßig zu belasten.

Folgende zwei Fragen stehen im Mittelpunkt dieser Arbeit und sollen in der Schlussbetrachtung wieder aufgegriffen werden:

1. Können wir bestimmte Probleme und negative Entwicklungen in unserer Gesellschaft und Wirtschaft auf die gegebenen Strukturen der Geldordnung zurückführen? (Kapitel 3)
2. Welche Reformansätze lassen sich in der wissenschaftlichen Diskussion finden (Kapitel 4) und wie sinnvoll sind diese Ansätze (Kapitel 5)?

1.3. Vorgehensweise

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hängen an einer Kette, die eben nur so stabil ist, wie ihre einzelnen Glieder. Reformen sollten alle drei Bereiche berühren. Dennoch wird der Bereich der öffentlichen Haushalte in den Hintergrund gerückt, um die vorliegende Arbeit im vorgegebenen Rahmen zu halten. Der Fokus wird auf die Stabilität der Wirtschaft und Gesellschaft gerichtet. Es stehen insbesondere das Zinsniveau, die Geldschöpfung und die Unabhängigkeit der Zentralbanken im Zentrum der Aufmerksamkeit. Wir betrachten allgemein Zahlen und Entwicklungen für Deutschland. Dabei werden, aufgrund der europäischen Währungsgemeinschaft die Betrachtungen im Zusammenhang der Geldpolitik räumlich ausgedehnt.

In Kapitel 2 werden grundlegende Begriffe zur Geldordnung, Geldtheorie und Geldpolitik geklärt, welche für das Verständnis der nachfolgenden Analysen benötigt werden.

In Kapitel 3 werden einige Kritikpunkte aufgegriffen, welche die aktuellen Probleme (z. B. Arbeitslosigkeit) mit der herrschenden Geldordnung in Verbindung bringen. Es werden einzelne Ursachen und Wirkungen eines erhöhten Zinsniveaus, die Vorgänge bei der Geldschöpfung und in Ansätzen die Beziehung zwischen Preisniveauänderungen und Beschäftigung untersucht.

Auf der Basis der vorangegangenen Darstellung der Geldordnung und einzelner Kritikpunkte werden in Kapitel 4 ausgewählte Ansätze zur Umgestaltung der gegenwärtigen Geldordnung behandelt. Ein Schwerpunkt stellt das Vollgeldkonzept dar. *Huber* bietet mit dem Vollgeld ein Konzept an, welches eine Grundsicherung und Beschäftigungseffekte mit einer modernisierten Geldordnung verbindet (Abschnitt 4.2). In diesem Zusammenhang scheint es sinnvoll zu sein, in einem Exkurs etwas tiefergehend auf einen ausgewählten Ansatz der Grundsicherung, der Negativen Einkommensteuer, einzugehen. Diese wird im Kontext des Transaktionskostenbegriffes betrachtet.

Im Anschluss an das Vollgeldkonzept werden zwei ausgewählte Ansätze zur wettbewerblichen Geldordnung besprochen (Abschnitt 4.3). Schließlich wird auf die Freiwirtschaftslehre eingegangen (Abschnitt 4.4).

Eine kritische Bewertung der vorgestellten Ansätze wird gesondert in Kapitel 5 vorgenommen (Abschnitt 5.1). Dem schließt sich eine kritische Gegenüberstellung von Geldmonopol und „Geldwettbewerb“ an (Abschnitt 5.2). Diese Vorgehensweise soll sicherstellen, dass die kontroverse Diskussion dieser Denkrichtungen besonders zur Geltung kommt.

In Kapitel 6 wird eine kurze, zusammenfassende Antwort auf die Eingangsfragen gegeben und aufgezeigt, worauf es in einer zukünftigen Reform der Geldordnung ankommen sollte.

2. Einführende Aspekte und Annahmen

2.1. Geldordnung

Im nationalen Bereich ist die Geldverfassung der juristisch kodifizierte Aspekt der nationalen Geldordnung.¹⁸ Eine Geldordnung legt dabei die Regeln fest, auf welche Weise das Gut 'Geld' verwendet wird.¹⁹ Diese bedeutsamen Regeln für den Gebrauch von Geld werden durch hoheitliche Verfügung festgelegt. Unsere gegenwärtige Geldordnung wird u. a. von folgenden wichtigen Bestandteilen charakterisiert:

1. Geldmonopol und gesetzliches Zahlungsmittel,
2. Geldmonopol und Seignorage,
3. Geldmonopol und Geldwertsicherung.²⁰

Zu 1) Das vorhandene gesetzliche Zahlungsmittel (der Euro) ist ein obligatorisches Geld, d. h. es ist ein *unablehnbare*s Zahlungsmittel. Es besteht sowohl ein gesetzlicher Annahmewang für Münzen, als auch für Banknoten. Das Notenprivileg der Europäischen Zentralbank und das Münzregal (das ausschließliche Recht zur Prägung und zur Ausgabe von Münzen) der einzelnen Länder begründen ein Monopol für die Ausgabe von Bargeld.²¹

Zu 2) Gleichzeitig wird ein *uneinlösbares* Zahlungsmittel geschaffen, d. h. weder Banknoten noch Münzen können von der Gemeinschaft als Ganzes in reale Gegenstände eingetauscht werden. Dadurch entstehen Gewinne in der Höhe der Differenz zwischen dem Nominalwert des in Umlauf gebrachten Bargeldes und

¹⁸ Vgl. Borchert 2003 /Geld/ S. 1.

¹⁹ Vgl. Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 303.

²⁰ Vgl. zu diesen Punkten und den folgenden Ausführungen Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 303-311.

²¹ Vgl. Artikel 10 und 11 der Verordnung über die Einführung des Euro (siehe Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 305-306).

den Kosten für Produktion und Vertrieb des Geldes. Der Realwert dieses Gewinns der Geldschaffung wird als Seignorage bezeichnet.²²

Zu 3) Es wird angenommen, dass Geld ein *natürliches Monopolgut* ist.²³ Es werden Transaktionskosten eingespart, wenn „(...) der Staat klarstellt, auf welche Rechnungseinheit im Zweifel Geldschulden lauten, in welchen Zahlungsmitteln sie im Zweifel zu erfüllen sind, in welcher Währung im Falle gesetzlicher Schuldverhältnisse (...) zu zahlen ist, (...) in welcher Währung Preise auszuzeichnen sind usw.“²⁴ Es wird davon ausgegangen, dass ein einzelner Anbieter 'Geld' günstiger produzieren und in Umlauf bringen kann, da nicht nur die Produktionskosten pro Stück bei größeren Stückzahlen sinken, sondern auch der Nutzen für die Wirtschaftssubjekte erheblich steigt, je größer der Nutzerkreis ist. Durch entsprechende Schutzmaßnahmen (gesetzliche Vorgaben) gegen ein bewusstes Ausnutzen der Seignorage, zur Erzielung zusätzlicher staatlicher Einnahmen, sollte eine entsprechende Geldwertsicherung möglich sein.

Zu einer konkreten Ausgestaltung einer Geldordnung und den mit ihr verbundenen Zielen, muss auch eine definitive Vorstellung über die Rolle des Geldes vorhanden sein. Hierzu kann der Begriff eines „verlässlichen Geldes“ herangezogen werden. Zu klären, wie sich nun ein verlässliches Geld realisieren lässt, ist u. a. Aufgabe der Geldtheorie. Die Erkenntnisse der Geldtheorie wiederum umzusetzen, ist Aufgabe der Geldpolitik.²⁵

²² Vgl. Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 307-308.

²³ Vgl. Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 311.

²⁴ Richter 1987 /Geldtheorie/ S. 135. Wortlaut ebenso Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 311.

²⁵ Vgl. Leschke 2007 /Geldmengenorientierung/ S. 18.

2.2. Geldtheorie

Geld ist *nicht* neutral. Geld legt sich *nicht* lediglich wie ein „Schleier“ über das Wirtschaftsgeschehen. Dies geht aus der neueren Quantitätstheorie hervor.²⁶ *Friedman* schreibt, „dass jede Interpretation kurzfristiger Bewegungen in der ökonomischen Aktivität wahrscheinlich sehr fehlerhaft ist, wenn sie monetäre Veränderungen und Rückwirkungen vernachlässigt und wenn sie nicht erklärt warum die Wirtschaftssubjekte gerade die vorhandene Geldmenge halten.“²⁷ Seine Neuformulierung der Quantitätstheorie ist in erster Linie eine Theorie der Nachfrage nach Geld.

Mit diesen Erkenntnissen des Monetarismus eröffnet sich für die Geldpolitik die Möglichkeit, Einfluss auf die Wirtschaftsprozesse und damit auf die Höhe des Volkseinkommens und der Beschäftigung zu nehmen.²⁸ Wie dies geschieht versucht der Transmissionsmechanismus zu erklären. Der Transmissionsmechanismus untersucht, auf welchem Wege sich monetäre Veränderungen, z. B. die Geldmenge oder das Zinsniveau auf reale Zielgrößen, z. B. das Volkseinkommen oder die Beschäftigung auswirken.²⁹ Die Quantitätstheorie geht von einer langfristig gültigen Beziehung

1. zwischen Geldmenge und nominalem Bruttoinlandsprodukt und
2. zwischen Geldmengenausweitung und Inflationsrate aus.³⁰

Kann nun das Zinsniveau durch die Zentralbank beeinflusst werden, so führt eine Erhöhung/Verringerung des Zinsniveaus³¹, weiter über niedrigere/höhere Investitionstätigkeiten zu einer Verringerung/Erhöhung des Volkseinkommens³². Mit der Steigerung des Volkseinkommens und dem damit einhergehenden wirtschaftlichen Aufschwung soll schließlich auch die Höhe der Beschäftigung ansteigen.³³

²⁶ Vgl. Issing 2001 /Geldtheorie/ S. 114 und S. 165.

²⁷ Friedman 1976 /Geldmenge/ S. 78.

²⁸ Vgl. Peto 2002 /Geldtheorie/ o. S.

²⁹ Vgl. Issing 2001 /Geldtheorie/ S. 147.

³⁰ Vgl. Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 114 und vgl. Cassel 1995 /Geldmengenzyklen/ S. 141.

³¹ Vgl. zur Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Issing 2001 /Geldtheorie/ S. 106.

³² Vgl. Issing 2001 /Geldtheorie/ S. 108 und Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 108, Sp. 2 und S. 131, Abb. 2.

³³ Vgl. Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 362.

Weiterhin kann theoretisch gezeigt werden, dass „(...) die Inflation langfristig von der Wachstumsrate der Geldmenge bestimmt wird, oder genauer vom Zusammenspiel von realer Geldnachfrage und nominaler Geldversorgung.“³⁴ Die reale Geldnachfrage wird durch die Aktivitäten des Nichtbankensektors bestimmt. Das nominale Angebot, also die Geldversorgung liegt hingegen in der Verantwortung der Zentralbank.³⁵

Die Forderung des Monetarismus an die Geldpolitik, die Geldmenge mit einer konstanten Wachstumsrate expandieren³⁶ zu lassen wird darin begründet, dass die Geldpolitik über den Transmissionsmechanismus³⁷ der relativen Preise die Entwicklung der Geldmenge und des Nominaleinkommens (verstanden als gesamtwirtschaftliche Nachfrage) bestimmt. „Das langfristige reale Wachstum des Sozialprodukts – der natürliche Wachstumspfad – bestimmt sich hingegen durch die Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte, die wiederum durch die politisch gesetzten institutionellen Spielregeln beeinflusst werden.“³⁸

In diesem Zusammenhang ist die zentrale Frage, ob die verantwortlichen Akteure die Wahl haben zwischen einer niedrigen Inflationsrate mit hoher Arbeitslosenquote auf der einen Seite und der Vollbeschäftigung zum Preis einer höheren Inflationsrate auf der anderen Seite (*Trade-off*). Gegenwärtig wird allgemein angenommen, dass es zwar kurzfristig einen solchen *Trade-off* gibt, dieser aber nicht für eine dauerhafte Erhöhung der Beschäftigung nutzbar ist.³⁹ Es wird davon ausgegangen, dass eine Geldmengensteigerung mit zwei bis drei Quartalen Verzögerung ein gewisses Wirtschaftswachstum bewirkt. Dieses Wirtschaftswachstum erzeugt, wieder etwa zwei bis drei Quartale später eine Preisniveausteigerung, also Inflation.⁴⁰ In Abschnitt 3.4 wird dieser Sachverhalt wieder aufgegriffen und die Frage nach dem *Trade-off* näher erörtert.

Für die Arbeit der Geldpolitik ist die Frage von Bedeutung, ob die Geldmenge exogen oder endogen ist. Kann die Zentralbank die Geldmenge direkt steuern, oder nicht? Die einfachsten Modelle gehen von einer solchen direkten Steuerung der Geldmenge aus

³⁴ Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 242.

³⁵ Vgl. Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 242.

³⁶ Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 69.

³⁷ Siehe zum Transmissionsmechanismus ausführlicher u. a. Issing 2001 /Geldtheorie/ S. 146-148.

³⁸ Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 69.

³⁹ Vgl. Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 128.

⁴⁰ Vgl. Peto 2002 /Geldtheorie/ S. 132.

(Exogenität der Geldmenge), welches jedoch vielfach kritisiert wird. Vielmehr zeigen *Görgens et al.*, dass dies so nicht zutrifft. Die Geldmenge entsteht endogen aus den Wirtschaftsprozessen heraus und kann von der Zentralbank nur indirekt beeinflusst werden.⁴¹

Die zugrunde liegende theoretische Fundierung für die zuvor angesprochenen Aspekte der Geldtheorie ist äußerst komplex. Es hängt sehr stark von den theoretischen Grundannahmen ab, inwieweit einzelne Zusammenhänge als zentral erkannt oder relativiert werden.⁴² Als begriffliche Grundlage für die vorliegende Arbeit sollte dieser kurze Überblick hinreichend sein. Auf wichtige Aspekte, wie z. B. die Diskrepanz zwischen kurz- und mittel- bis langfristigen Wirkungen, wird in den entsprechenden Abschnitten des 3. Kapitels kontextuell eingegangen.

2.3. Geldpolitik

Aufgabe der Geldpolitik ist es, einer Volkswirtschaft einen stabilen monetären Rahmen zu bieten.⁴³ Für die folgenden Ausführungen betrachten wir das Preisniveau als weitestgehend stabil bei einer Inflationsrate um die zwei Prozent, was auch als natürliche Inflationsrate bezeichnet werden kann.⁴⁴ Eine Geldwertstabilität in Form einer niedrigen Inflationsrate ist zwar das Ziel der Zentralbank, sie kann diese Größe aber nicht direkt steuern.

Die Europäische Zentralbank verfolgt daher eine Geldmengenpolitik ähnlich der Konzeption der früheren Deutschen Bundesbank, die eine besondere Stellung im Vergleich zu anderen nationalen Notenbanken einnahm, da sie

1. als erste Notenbank ein Jahresgeldmengenziel festlegte,
2. die einzige Notenbank mit einem durchgängigen Konzept der Geldmengensteuerung seit 1974 war,

⁴¹ Vgl. *Görgens et al. 2006a /Geldbasis/ S. 412-413.*

⁴² Zum Beispiel wird sehr oft ein Unterschied zwischen kurz- und mittel- bis langfristigen Wirkungen postuliert.

⁴³ Vgl. *Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 158.*

⁴⁴ Vgl. *Huber 1998 /Vollgeld/ S. 163* und *Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 159.* „Die EZB definiert Preisstabilität als ´mittelfristigen jährlichen Anstieg des Preisniveaus unter 2 %´, das heißt als eine Inflationsrate zwischen 0 % und 2 %.“ *Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 242.*

3. zu den weltweit unabhängigsten Notenbanken gezählt werden kann und
4. im Zeitraum von 1950 bis 1990 auf die niedrigste Inflationsrate aller Industriestaaten verweisen konnte.⁴⁵

Kern der deutschen Geldmengenpolitik war die Ableitung des einjährigen, ab 1996 zweijährigen Geldmengenziels. 1988 wechselte die Bundesbank von der Zentralbankgeldmenge⁴⁶ zum Geldmengenaggregat M3.⁴⁷

Auch die Ableitung für den Zielwert der Europäischen Zentralbank erfolgt für dieses weite Geldmengenaggregat M3.⁴⁸ Die Europäische Zentralbank verzichtet auf die Bildung eines Geldmengen-Korridors.⁴⁹ Sie gibt eine langfristige Geldmengenwachstumsrate⁵⁰ von 4,5 Prozent vor und versucht die tatsächliche Wachstumsrate der Geldmenge mithilfe ihrer geldpolitischen Instrumentarien an diesem Wert auszurichten.⁵¹

Das Geldvolumen sollte also mit dem realen Wachstumspotential einer Volkswirtschaft zunehmen (potentialorientierte Geldmengensteuerung⁵²). Diese Forderung wurzelt in den Theorien des Monetarismus. Es soll nicht versucht werden durch antizyklisches Vorgehen der Geldpolitik, die Konjunkturzyklen abzuflachen, sondern es soll durch gleichmäßiges Ausweiten der Geldmenge der Wachstumsprozess der Wirtschaft unterstützt werden.⁵³ Der effiziente Einsatz der Geldpolitik erfordert neben der Wahl

⁴⁵ Vgl. zu den aufgeführten Punkten Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 1.

⁴⁶ Auch als Geldmenge M0 bzw. Geldbasis bezeichnet. Entspricht: Bargeldausgabe + Mindestreserven (siehe Abbildung 5 im Anhang).

⁴⁷ Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 2-3.

⁴⁸ Zur Definition der Geldmengenaggregate der Europäischen Zentralbank siehe Abbildung 5 im Anhang. Wobei noch zu beachten ist, dass sich die Geldmengendefinitionen der Deutschen Bundesbank von denen der Europäischen Zentralbank unterscheiden. Beispielsweise bezog die Bundesbank Termineinlagen mit Laufzeiten bis zu vier Jahren in das Geldmengenaggregat M2 bzw. M3 mit ein. Die Europäische Zentralbank hingegen rechnet Termineinlagen nur mit Laufzeiten bis zu zwei Jahren mit ein.

⁴⁹ Siehe hierzu Abbildung 6 im Anhang.

⁵⁰ Die Wachstumsrate der Geldmenge stellt die erste Säule der geldpolitischen Strategie dar. Als Teil der zweiten Säule sieht die EZB den Wechselkurs, da der nominale Wechselkurs und die nominale Geldmenge mit der Inflationsrate eng verbunden sind (vgl. Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 242-243). Die Wechselkurse blenden wir für unsere weiteren Betrachtungen jedoch aus.

⁵¹ Siehe hierzu unter anderem im Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 158-159. Der Spielraum für das Euro-Geldmengenwachstum wird dabei mit 2,5 – 5,5 Prozent angegeben.

⁵² Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 134.

⁵³ Gocht schlägt eine doppelte Regel vor. Die zweite Regel sollte die Überschüsse oder Defizite verschiedener Mitgliedsländer, die in einem internationalen Währungssystem verknüpft wären, in gleich hohe Zunahme oder Verringerung des Geldvolumens umsetzen. Dadurch würde eine doppelte Verknüpfung zustande kommen, bei der keine eigenständige Ursache des Geldes mehr für Zahlungsbilanzungleichgewichte bestehen würde. Gleichzeitig würden die

der richtigen Strategie unter anderem auch die adäquate Koordination mit der Lohn- und Finanzpolitik im Inland, sowie mit der Geldpolitik im Ausland.⁵⁴

Die Instrumente der europäischen Zentralbank lassen sich in drei Grundkategorien gliedern:

1. Offenmarktgeschäfte,
2. ständige Fazilitäten und
3. Mindestreservevorschriften.⁵⁵

Zu 1) Die Offenmarktgeschäfte dienen der Liquiditätsversorgung des Geschäftsbankensystems. Es wird also einerseits das Bankensystem mit Guthaben (Einlagen) bei der Zentralbank versorgt und andererseits der gewünschte Zinssatz am Tagesgeldmarkt vorgegeben. Die Ermittlung eines angemessenen Zinssatzes unterliegt bestimmten Regeln, etwa der Taylor-Regel.⁵⁶

Zu 2) Die sogenannten ständigen Fazilitäten bestimmen den Korridor bzw. den Kanal, in dem sich der angesprochene Tagesgeldsatz bewegen kann.

Zu 3) Das Instrument der Mindestreserve „(...) ist gewissermaßen die Grundlage für das Wirksamwerden der Geldpolitik.“⁵⁷ „Damit eine Zentralbank den Tagesgeldsatz kontrollieren kann, muss eine ausreichende Nachfrage nach Guthaben bei der Zentralbank bestehen.“⁵⁸ Diese Nachfrage bzw. die Anbindung der Geschäftsbanken an die Zentralbank wird durch die Verpflichtung der Geschäftsbanken zur Reservehaltung bzw. durch Anreize zur freiwilligen Reservehaltung sichergestellt. Hierdurch wird auch eine gewisse Zinsglättungs- bzw. Stabilisierungsfunktion ausgeübt.

Zahlungsungleichgewichte auf der realen, güterwirtschaftlichen Ebene stets korrigiert werden. Vgl. hierzu Gocht 1975 /Geldordnung/ S. 23.

⁵⁴ Vgl. Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 354.

⁵⁵ Vgl. Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 345.

⁵⁶ Vgl. zu diesen Punkten Görgens et al. 2006b /Geldpolitik/ S. 698.

⁵⁷ Görgens et al. 2006b /Geldpolitik/ S. 698.

⁵⁸ Ebenda.

Über dieses Instrumentarium beeinflusst die Zentralbank das Kreditvergabeverhalten der Geschäftsbanken und ihre Nachfrage nach Reserven.⁵⁹ Das wichtigste Instrument soll dabei der Mindestreservesatz sein, welcher bei 2,00 Prozent liegt.⁶⁰

Auf den Geldschöpfungsvorgang bei der Zentralbank bzw. den Geschäftsbanken wird in Abschnitt 3.3 näher eingegangen.

Im folgenden Kapitel greifen wir einige der hier vorgestellten Sachverhalte wieder auf und versuchen zu zeigen, von welchen langfristigen Auswirkungen bei bestimmten Aspekten der gegenwärtigen Geldordnung ausgegangen werden kann.

⁵⁹ Vgl. Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 244.

⁶⁰ Vgl. Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 268.

3. Problemaspekte der Geldordnung und Geldpolitik

3.1. Überblick

In diesem Kapitel beschäftigen wir uns mit einigen Fragen bezüglich der Ordnung und Politik des Geldes. Als Erstes wollen wir klären, ob eher ein erhöhtes oder ein niedriges Zinsniveau, als wünschenswert betrachtet werden kann. Es werden zunächst mögliche *Auswirkungen* aufgezeigt, welche ein erhöhtes Zinsniveau auf die Vermögensverteilung, Beschäftigung und das Volkseinkommen haben kann (Abschnitt 3.2.1). Erst danach versuchen wir uns den *Ursachen* für ein langfristig erhöhtes Zinsniveau anzunähern, wozu wir die Inflationserwartungen, die Leitzinspolitik der Zentralbank, die Staatsnachfrage nach Krediten und Geldmengenveränderungen heranziehen (Abschnitt 3.2.2).

Als nächstes werfen wir einen kritischen Blick auf die gegenwärtige Praxis der Geldschöpfung (Abschnitt 3.3). Diese steht in der Kritik u. a. mitverantwortlich für übermäßige Schwankungen auf den Finanzmärkten zu sein.

Danach widmen wir uns dem in der Vergangenheit viel diskutierten Thema, ob es einen *Trade-Off* zwischen der Inflation und der Höhe der Beschäftigung gibt und welche Schlüsse wir aus diesen Erkenntnissen für die Stellung der Zentralbank ziehen können (Abschnitt 3.4).

Um den Überblick zu behalten werden die Kernthesen jeweils in einem Zwischenfazit festgehalten. Zum Schluss dieses Kapitels werden die erwünschten Entwicklungen zusammenfassend vorgestellt, woraufhin versucht wird, die Relevanz einer Modernisierung der Geldordnung einzustufen.

3.2. Zinsniveau

3.2.1. Mögliche Auswirkungen eines erhöhten Zinsniveaus

3.2.1.1. Vermögensverteilung

In der Einleitung wurde bereits angedeutet, dass eine Umverteilung von den weniger vermögenden Bevölkerungsgruppen hin zu Bevölkerungsgruppen stattfindet, die über extrem große Vermögen verfügen. Es wird zwar regelmäßig auf diesen Umstand hingewiesen, in Tageszeitungen oder auch Äußerungen von Politikern, aber kaum jemand wird auch gleichzeitig die Ursachen dafür benennen können. Das dieses „Umverteilungsargument“, von unten nach oben nicht bloß reine Rhetorik ist, geht aus dem Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung hervor.⁶¹

Jeder Haushalt „bezahlt“ einen beträchtlichen Anteil an Zinsen, ob er nun verschuldet ist oder nicht. Diesen Zinslasten können die Zinserträge der jeweiligen Haushalte gegenüber gestellt werden. Dieser Ansatz von *Creutz* wurde bisher in dieser Form zwar in keiner weiteren (wissenschaftlichen) Publikation gefunden. Die Erkenntnisse hieraus lassen sich aber mit der modernen Kapitalmarkttheorie stützen, womit sich im Zeitablauf ein Trend zu einer zunehmend ungleicheren Vermögensverteilung zeigen lässt.⁶²

Über die Preise der verkauften Produkte müssen die Unternehmen u. a. ihre Kredite und die damit verbundenen Zinszahlungen decken. Diese Zinszahlungen werden durch entsprechende Umsätze wieder amortisiert, geschieht dies nicht, so würden langfristig Verluste zu verzeichnen sein. Die Umsätze werden über die Produktpreise generiert und von den Haushalten bezahlt. Untersuchungen schätzen den Anteil an Zinszahlungen, die in allen Produktpreisen (und beispielsweise auch in den Mietpreisen) enthalten sind, auf bis zu 50 Prozent.⁶³

⁶¹ Vgl. Bundesregierung 2005 /Armutsbericht/ 35-36.

⁶² Vgl. hierzu Ring 2000 /Verteilung der Vermögen/ S. 113-114.

⁶³ Die Höhe der enthaltenen Zinsen kommt dabei auf das jeweilige Produkt bzw. die Produktgruppe an. Siehe hierzu *Creutz* 2005 /Irrtümer ums Geld/ S. 81 und vgl. *Kennedy* 2006 /Geld/ S. 29-33.

Wie hoch sind für die Haushalte diese Zinslasten, welche u. a. in den Produktpreisen stecken, und wie hoch sind auf der anderen Seite die Zinserträge, welche über Zinsen auf das jeweilige Vermögen der Haushalte erzielt werden? Die folgende Abbildung 1 gibt hierüber Aufschluss.

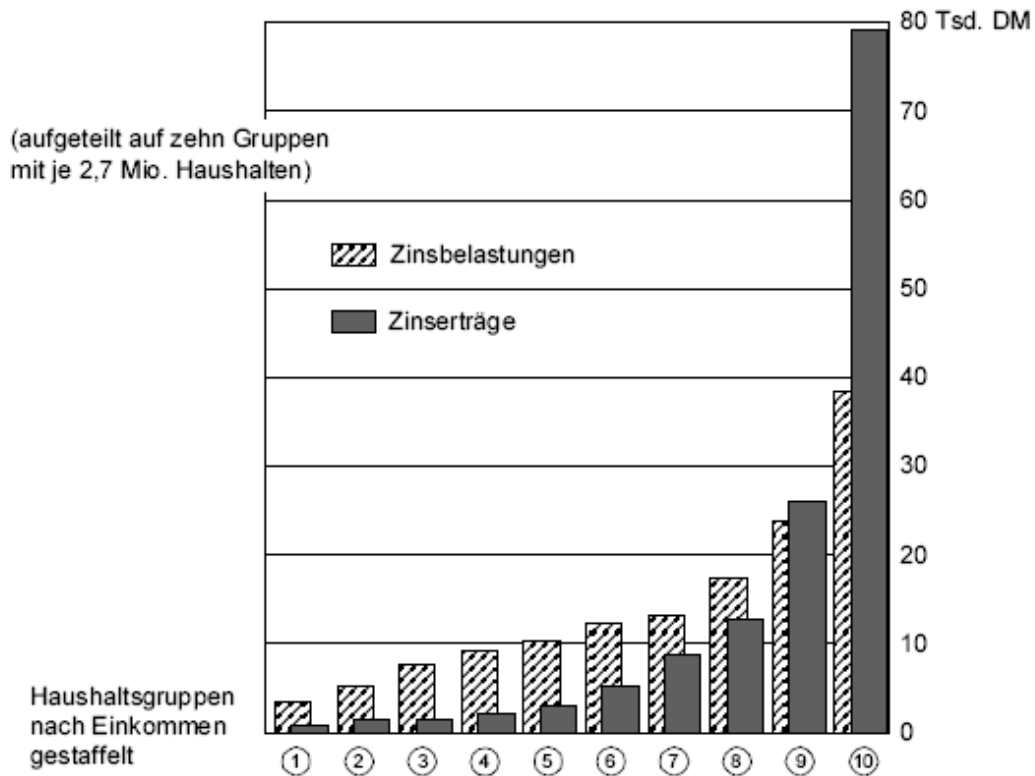


Abbildung 1: Zinslasten und Zinserträge der Haushaltsgruppen⁶⁴

Die Haushalte der Bundesrepublik wurden in zehn Gruppen eingeteilt und die Vermögen aller Haushalte der jeweiligen Gruppen aufsummiert. Zur Berechnung der Zinserträge der jeweiligen Haushaltsgruppe wurde eine Verzinsung der Vermögen mit 6,5 Prozent angesetzt. Die erste Gruppe beinhaltet die vermögensärmsten Haushalte, die zehnte Gruppe die vermögensstärksten. Neben diesen Zinserträgen der Haushaltsgruppen sind die Zinslasten der jeweiligen Haushaltsgruppen aufgetragen, die sich aus den geschätzten durchschnittlichen Ausgaben der Haushalte und den geschätzten Zinszahlungen, enthalten in allen Produktpreisen, berechnen.

⁶⁴ Abbildung entnommen aus Creutz 1997 /Geld-Syndrom/ S. 141.

Es ist deutlich zu erkennen, dass bei den Haushaltsgruppen neun und zehn die Zinserträge die Zinslasten übersteigen. Bei allen anderen ist dies umgekehrt: Die Haushaltsgruppen eins bis acht besitzen höhere Zinslasten als Zinserträge.

Eine zweite Grafik (Abbildung 2) verdeutlicht dies noch weiter. Es wurden dazu die Summen und Salden aus Zinslast und Zinsertrag bei verschiedenen Verzinsungen der Vermögen (5,6 bzw. 8,4 Prozent) berechnet.

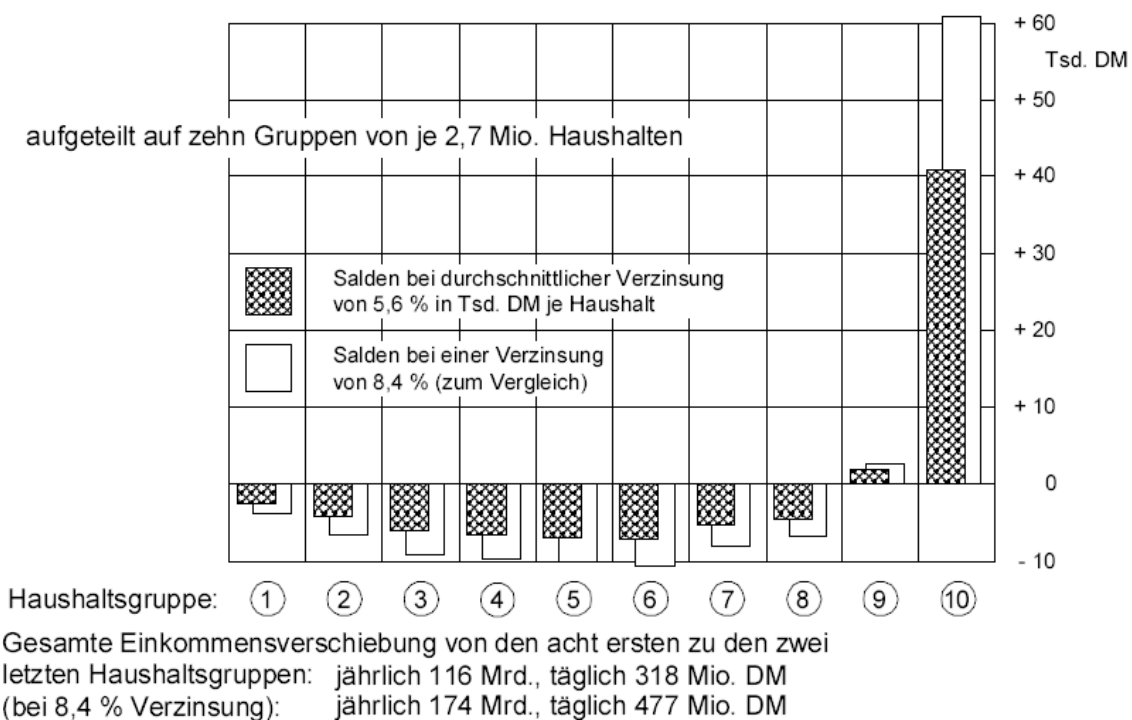


Abbildung 2: Salden der Zinslasten und Zinserträge⁶⁵

Sehr deutlich ist in dieser Abbildung 2 zu erkennen, dass ein *erhöhter Zinssatz* den Umverteilungseffekt noch einmal verstärken kann.

Selbstverständlich spielen bei der Vermögensverteilung weitere Einflussfaktoren eine Rolle. *Brückner* stellt hierzu ein multikausales Verteilungsmodell für seine Untersuchungen auf, welches unter anderem demographische und sozioökonomische Zusammenhänge, Einkommensentstehung und -verwendung und die Vermögensbildung berücksichtigt.⁶⁶

⁶⁵ Abbildung entnommen aus Creutz 1997 /Geld-Syndrom/ S. 142.

⁶⁶ Hierauf soll aber nicht weiter eingegangen werden. Vgl. Brückner 1992 /Vermögensverteilung/ S. 60.

Wir wollen zur vorangegangenen Argumentation die Kapitalmarkttheorie heranziehen. Diese besagt, dass sich langfristig ein höherer Ertrag nur durch die Übernahme eines höheren Risikos erzielen lässt. Gleichzeitig lässt sich zeigen, dass Individuen bzw. Haushalte mit einem höheren Vermögen grundsätzlich ein höheres Risiko bei ihren Investitionsentscheidungen eingehen, als Haushalte mit geringerem Vermögen.⁶⁷ Wir vermuten also, dass nicht nur ein höheres Zinsniveau eine Umverteilung weiter begünstigt, sondern auch bei gegebenem Zinsniveau diese Umverteilung stattfindet, weil vermögensstärkere Haushalte höhere Erträge (aufgrund eines höheren Risikos) erzielen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung stellt fest, dass eine Vermögensumverteilung stattfindet. In diesem Abschnitt wurde gezeigt, dass diese Vermögensumverteilung von „unten nach oben“, von den vermögensschwächeren zu den vermögensstärkeren Haushalten u. a. auf den Zins zurückgeführt werden kann, und dass sich diese Umverteilung weiter verstärken kann, je höher das Zinsniveau ist. Dies soll vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass hieraus langfristig soziale Spannungen entstehen können und damit die Stabilität einer Gesellschaft langfristig gefährdet sein könnte.

Als Zwischenfazit wollen wir festhalten, dass ein niedrigeres Zinsniveau vorzuziehen ist, um der Vermögensumverteilung, von den vermögensschwachen Haushalten hin zu den Vermögensbesitzern die Spitze zu nehmen.

3.2.1.2. Beschäftigung

Nach Aussage von *Wolfram Engels* sind die Ursachen der Arbeitslosigkeit bereits seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt und auch in der Wissenschaft weitgehend übereinstimmend angenommen. Auf den Punkt gebracht sind es die zu hohen Löhne im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität (Produktion pro Arbeitsstunde).⁶⁸

Wird die Arbeit im Verhältnis zum Kapital aus Sicht der Unternehmen zu teuer, so werden diese u. a. Rationalisierungsmaßnahmen beschließen. Es kann zwar nicht ohne

⁶⁷ Vgl. Ring 2000 /Verteilung von Vermögen/ S. 113-114.

⁶⁸ Vgl. hierzu Engels 1984 /Arbeitslosigkeit/ S. 6-7.

weiteres davon ausgegangen werden, dass dadurch generell Arbeitsplätze vernichtet werden, jedoch erhöhen sich die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Da die Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer an die Anforderungen der Berufe begrenzt ist, kann es dadurch zu struktureller Arbeitslosigkeit kommen. Diese Form von Langzeitarbeitslosigkeit aufgrund von strukturellem Wandel (z. B. in den Branchen Landwirtschaft, Bergbau, Industrie und Dienstleistungen) muss klar gegen kurzfristige Arbeitslosigkeit (z. B. saisonale oder konjunkturelle Arbeitslosigkeit) abgegrenzt werden.⁶⁹

Arbeit und Kapital stehen demnach in einer gewissen Konkurrenz zueinander. Es ist eine Antwort auf die Frage zu finden, wie Beschäftigung geschaffen werden kann, im gegenseitigem Einvernehmen mit dem Faktor Kapital. *W. Engels* formulierte dies mit dem Begriff einer Interessengemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital, welches im Interesse der Arbeitnehmer zu sehen sei.⁷⁰

Welche Auswirkungen hat nun ein (auch nur leicht) erhöhtes Zinsniveau auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit? Zunächst einleuchtend ist die Argumentation, dass höhere Zinsen die Fremdkapitalkosten der Unternehmen erhöhen und sich die finanzielle Lage, vor allem der ohnehin schon leicht angeschlagenen Unternehmen verschlechtert. In Folge von Insolvenzen mancher Unternehmen werden Mitarbeiter entlassen, womit die Arbeitslosenquote steigt.

Die Arbeitslosigkeit, das Zinsniveau und die Investitionen sind eng miteinander verwoben. Dies ist für unsere Untersuchungen ein wichtiger Ansatzpunkt bei der Argumentation für eine langfristige Absenkung des Zinsniveaus.

Dieser Zusammenhang lässt sich auch folgendermaßen formulieren:

1. Kapital und Arbeit sind zwei Pole, die sich ein und denselben Kuchen - das Volkseinkommen - teilen müssen.⁷¹

⁶⁹ Vgl. zu diesem Absatz Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 124.

⁷⁰ Vgl. Engels 1984 /Arbeitslosigkeit/ S. 52.

⁷¹ Vgl. zu diesen vier Punkten Creutz 2005 /Irrtümer ums Geld/ S. 116-117.

2. Das Kapital hat dabei den Vorrang, da über den Zinsfuß die Größe seines Anteils festgelegt wird, worauf die Arbeitleistenden i. d. R. keinen Einfluss haben.
3. Der dabei übrig bleibende „Kuchenrest“ kann lediglich durch mehr Arbeit vergrößert werden, indem das gesamte Volkseinkommen vergrößert wird. Kann dies nicht umgesetzt werden, so müssen Einkommensreduzierungen, Firmenschließungen und Entlassungen in Kauf genommen werden.
4. Das Durchsetzen von höheren Ansprüchen der Arbeitnehmer hätte eine höhere Inflation zur Folge und damit die Verwässerung aller Einkünfte. Gleichzeitig würde über höhere Zinsen wiederum die Arbeitslosigkeit steigen.

Noch weiter auf den Punkt gebracht bedeutet dies:

- a) Je stärker das *Kapital* ist, desto mehr sinkt zunächst der Wohlstand, in Form von Einkommensverringerung und höherer Arbeitslosigkeit.
- b) Je stärker die *Arbeit* ist, desto mehr sinkt auch hier die Wohlfahrt, in Form von Inflation (Verwässerung aller Einkünfte), und höhere Zinsen verursachen mehr Arbeitslosigkeit.⁷² Noch einmal zur Verdeutlichung: Ein höheres Zinsniveau macht die Kapitalanlage, beispielsweise in Anleihen attraktiver, dadurch fehlen jedoch Investitionen in neue Arbeitsplätze und es fehlt die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze.

Die Konsequenz liegt stets in einer verminderten Wohlfahrt. Gleichgültig, welche Seite gestärkt wird, Kapital oder Arbeit, die Konsequenzen daraus sind stets unerwünscht. Wobei jedoch zu erwarten ist, dass bei einer Stärkung des Kapitals dem Faktor Arbeit eher entsprochen wird, da zu hoffen ist, dass Investitionen entweder Arbeitsplätze schaffen oder die Arbeitsproduktivität erhöht wird. *Huber* sieht in den Investitionen den entscheidenden Faktor, der langfristig für Beschäftigung sorgt, dies direkt und ebenfalls vermittelt über das Wachstum.⁷³

Das Dilemma besteht also darin, dass die Position des Faktors Arbeit sich nicht auf Kosten des Faktors Kapital verbessern lässt. Durch eine Erhöhung der Lohnquote (also des Anteils der Löhne am Volkseinkommen) würde diese nachteilig für die

⁷² Vgl. Creutz 2005 /Irrtümer ums Geld/ S. 116-117.

⁷³ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 78. Diese Aussage wird durch dort abgedruckte Abbildungen gestützt.

Kapitalbesitzer sein, aber umso nachteiliger für die Arbeitnehmer, aufgrund des Bezugs der Arbeitsproduktivität zur Kapitalausstattung des jeweiligen Arbeitsplatzes.⁷⁴

Ein höherer Zins für Kapitalanlagen wie z. B. Anleihen ist eine *direkte* Konkurrenz für Arbeitsplätze, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Produktivität eines Arbeitsplatzes von der Höhe an Kapitalausstattung abhängt. Ein Arbeitsplatz erhält weniger Kapitalausstattung, wenn entweder andere Kapitalanlagen mehr Rendite abwerfen, oder durch eine Erhöhung der Lohnquote die Rendite durch Kapitalausstattung eines Arbeitsplatzes (Investitionen) sinkt.⁷⁵

Lohnerhöhungen sollten also langfristig einzig und allein durch die Steigerung der Produktivität und durch Wachstum erzeugt werden,⁷⁶ anstatt durch eine willkürliche Erhöhung der Lohnquote. Die nötigen Investitionen zur Produktivitätssteigerung würden in der Folge einer höheren Lohnquote ausbleiben und dadurch die Rendite durch Kapitalausstattung schmälern.

Demnach sieht auch *W. Engels* die Investitionen der Unternehmen im Zentrum. Durch höhere Investitionen wird entweder die Arbeitsproduktivität erhöht, wodurch höhere Arbeitskosten getragen werden können, oder es werden, zu gegebener Produktivität neue Arbeitsplätze geschaffen.

Weiter führt *W. Engels* vier Punkte auf, wie der Staat zur Vollbeschäftigung beitragen kann:

1. Arbeitskosten senken,
2. Produktivität erhöhen,
3. Rendite der Unternehmen verbessern und
4. die Kapitalkosten der Unternehmen senken.⁷⁷

⁷⁴ Vgl. zu diesem Absatz Engels 1984 /Arbeitslosigkeit/ S. 51.

⁷⁵ Vgl. u. a. Engels 1984 /Arbeitslosigkeit/ S. 5-6 und S. 51-52. Natürlich kann hier eingewendet werden, dass es Unternehmen gibt, die hoch rentabel sind und gleichzeitig viele (tausend) Arbeitnehmer entlassen. Aber das ist ein anderes Thema, worauf hier nicht weiter eingegangen werden soll.

⁷⁶ Vgl. Engels 1984 /Arbeitslosigkeit/ S. 5.

⁷⁷ Vgl. zu den aufgeführten Punkten Engels 1984 /Arbeitslosigkeit/ S. 44-45.

Zum Erreichen des vierten Punktes würde also unter anderem auch ein allgemein niedrigeres Zinsniveau beitragen; die Fremdkapitalkosten würden sinken und Unternehmen könnten mehr investieren. Gleichzeitig würden andere Anlageformen weniger Zinsen abwerfen und dadurch an Attraktivität verlieren. Investitionen in die Arbeitsplätze würden hingegen an Attraktivität gewinnen.

Diese Zusammenhänge sind ansatzweise bereits aus den theoretischen Grundüberlegungen in Kapitel 2 hervorgegangen und können ebenfalls anhand aktueller Daten bestätigt werden. An dieser Stelle sei auf die Abbildungen im Anhang verwiesen (Abbildung 7 und Abbildung 8).

Als Zwischenfazit lässt sich festhalten, dass ein niedriges Zinsniveau wünschenswert ist, um die negativen Auswirkungen von höheren Zinsen auf den Zinsdienst der Unternehmen und damit auf das Überleben der Unternehmen und den damit verbundenen Arbeitsplätzen zu reduzieren. Gleichzeitig würden andere Anlageformen an Attraktivität verlieren, womit Investitionen in Arbeitsplätze interessanter werden würden und die Beschäftigung steigen könnte.

3.2.1.3. Wirtschaftswachstum

Es wird oft kritisiert, dass nahezu alle Regierungen daran festhalten Wirtschaftswachstum als „(...) probaten Problemlöser für Arbeitslosigkeit und die Defizite in den öffentlichen Haushalten zu nutzen“⁷⁸, obwohl vieles darauf hindeuten würde, dass damit die Nachhaltigkeit in höchstem Maße gefährdet sei. Und gleichzeitig wird behauptet, dieser Wachstumszwang würde vom Zins herrühren, der die Unternehmen dazu zwingt, ständig produktiver zu werden, um die Zinsforderungen der Kapitalbesitzer zu befriedigen.

Anstatt nun der Frage nachzugehen, ob es tatsächlich einen solchen Wachstumszwang gibt und worauf dieser beruht, soll im Folgenden diese Kritik am Wirtschaftswachstum relativiert werden. Die Kritik ist aber oftmals so eindringlich, dass sie hier nicht übergangen werden kann.

⁷⁸ Schui/Paetow (Hrsg.) 2003 /Keynes/ S. 56-57.

Ein exponentielles Wachstum im materiellen Raum ist schwer vorstellbar.⁷⁹ Ein jährlicher Anstieg von auch nur zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts ist ein exponentielles Wachstum (eine rechnerische Verdopplung etwa alle 35 Jahre). Auf materieller Ebene ist dies tatsächlich nicht lange durchzuhalten, dies sagt zumindest der gesunde Menschenverstand.⁸⁰ *Brems* bezeichnet dies als logischen Konflikt zwischen begrenzten natürlichen Ressourcen und unbegrenztem Wachstum.⁸¹

Aus Sicht der Wachstumsethik und Wachstumsqualität stellt *Zinn* die Frage, ob das Wirtschaftswachstum überhaupt noch zur Verbesserung der Lebensqualität beiträgt. Diese Frage ist sicherlich berechtigt. Wenn man sich das „Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen“ verinnerlicht, so wird deutlich, dass eine Einkommenssteigerung (A) von 10 auf 100 den gleichen Wohlfandeffekt bedeutet, wie die Einkommenszunahme (B) von 100 auf 1000 (siehe Abbildung 3). Dabei wird die Wohlfandzunahme als Logarithmus des Einkommens berechnet.⁸²

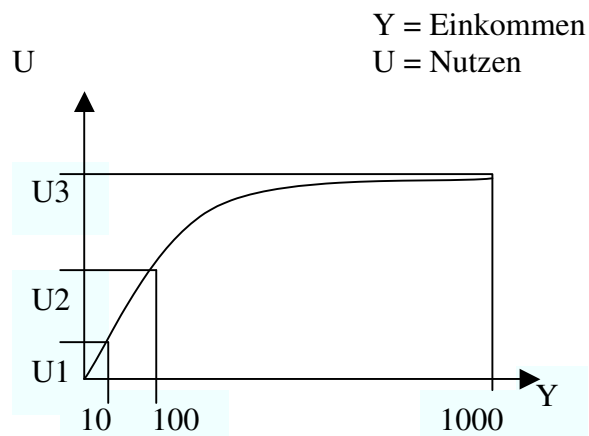


Abbildung 3: Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen (symbolische Darstellung)⁸³

Das bedeutet, der Wohlfandeffekt von ärmlichen Verhältnissen zu auskömmlichen Einkommensverhältnissen, ist viel größer, als die Steigerung von diesen auskömmlichen Verhältnissen zu komfortablen und von diesen wiederum zu luxuriösen Verhältnissen.⁸⁴

⁷⁹ Vgl. auch Brems 1980 /Makrotheorie/ S. 125.

⁸⁰ Auf die obligatorische Abbildung mit einem exponentiell steigenden Graphen, wie es sonst an dieser Stelle geschieht, soll hier verzichtet werden.

⁸¹ Vgl. Brems 1980 /Makrotheorie/ S. 125.

⁸² Beispiele übernommen aus Schui/Paetow (Hrsg.) 2003 /Keynes/ S.69-70.

⁸³ Ähnliche Abbildungen sind in jedem VWL-Lehrbuch zu finden, beispielsweise auch im Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 17.

⁸⁴ Vgl. zu diesem Absatz Schui/Paetow (Hrsg.) 2003 /Keynes/ S.69-70.

Anders ausgedrückt: Es steigt zwar mit jeder zusätzlich erwirtschafteten Geldeinheit der Gesamtnutzen, aber der Nutzenzuwachs mit jeder weiteren Einheit wird immer kleiner, d. h. der Grenznutzen nimmt ab.⁸⁵

Die Steigerung der Lebensqualität ist damit in den reichen Volkswirtschaften, und dies sollen auch Untersuchungen hierzu deutlich machen,⁸⁶ nicht abhängig von weiterem quantitativem Wachstum, sondern von Wachstumsqualität.

Wachstum in Bereichen, wie beispielsweise der Schriftstellerei, vielen Dienstleistungen (wie Beratungsdienstleistungen), generell Informationsbereitstellung und ähnliches heben sicherlich das Volkseinkommen an, von einer Ausdehnung im materiellen Raum kann aber nur bedingt gesprochen werden. Auch eine immer stärkere Nutzung von natürlichen Ressourcen muss nicht zwangsläufig stattfinden. Durch Wachstum in den genannten Branchen steigt das Volkseinkommen weiter, ohne dass der ständig propagierte Kollaps der Ökologie zwangsläufig eintreten müsste.

Es soll nicht behauptet werden, dass es keine Fehlentwicklungen gibt und dass ein ständiges, hohes Wirtschaftswachstum nicht auch Probleme verursachen könnte. Die vielen dogmatischen Äußerungen führen letztlich aber nur zu Verunsicherungen, nicht zu einer Verbesserung der Situation.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Wirtschaft die nächsten 100, 200 oder noch mehr Jahre weiterhin wachsen wird. Es ist nicht gemeint, die Wirtschaft *könnte* wachsen, sondern die Wirtschaft *wird* wachsen, einfach weil dies der Erfahrung nach bisher der Fall war und dies, aller Wahrscheinlichkeit nach auch zukünftig so sein wird.⁸⁷ Dabei beschränkt sich diese Behauptung darauf, dass das Wirtschaftswachstum in den industrialisierten Ländern weniger hoch ausfallen wird, als in den Ländern, die noch großen Nachholbedarf haben, bezogen auf den Abstand zu den industrialisierten Ländern. Nach dieser Argumentation wird ein 'natürliches Wachstum' nicht durch irgendeine Konstruktion der Geldordnung aufhaltbar sein. Und wenn doch, dann könnte dies ebenso schädlich sein.

⁸⁵ Vgl. Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 17.

⁸⁶ Vgl. Schui/Paetow 2003 /Keynes/ S. 70.

⁸⁷ Quelle: im Internet veröffentlichtes Interview mit Joseph Huber.

Brems versucht zu zeigen, dass eine Verelendung aufgrund von anhaltendem Wachstum in den industrialisierten Ländern höchst unwahrscheinlich ist. In seinem Modell setzt er folgende Bedingungen voraus:

1. technischer Fortschritt,
2. wachsendes Arbeitskräftepotential,
3. stetige Abnahme des Mineralabbaus, was zur Folge haben soll, dass die Zechen unbegrenzt lange ausgebeutet werden können,
4. Substituierbarkeit der produzierten und natürlichen Ressourcen.

Brems zeigt, dass zumindest im Modell ein „(...) stetiges Wachstum des physischen Sozialprodukts und des Reallohnsatzes sowohl möglich als auch rentabel bleibt.“⁸⁸ Für rückständige, vorindustrielle Länder gilt diese Aussage aber nicht zwangsläufig.⁸⁹

In diesem Abschnitt soll festgehalten werden, dass die Kritik zum Wirtschaftswachstum nicht unberechtigt scheint, jedoch hinsichtlich der einzelnen Argumentationen u. U. zu pessimistische Vorstellungen zugrunde liegen. Bei den weiteren Untersuchungen in der vorliegenden Arbeit soll daher von der Wachstumskritik Abstand genommen werden. Da diese Kritik aber in vielen Argumentationen eine zentrale Rolle spielt, bedurfte es einer etwas ausführlicheren Auseinandersetzung.

3.2.2. Mögliche Ursachen eines erhöhten Zinsniveaus

Wir haben nun einzelne Argumente kennengelernt, warum ein erhöhtes Zinsniveau negative Konsequenzen für Gesellschaft, Wirtschaft und Staat mit sich führen kann. Dazu gehören unter anderem: eine langfristige Vermögensungleichverteilung, negative Wirkungen auf die Beschäftigungshöhe und damit einhergehende finanzielle Schwierigkeiten des Sozialbudgets, die sich auch in einer Art Teufelskreis selbst verstärken können. Um nun einen Weg zu finden, das allgemeine Zinsniveau zu senken, müssen wir einige Ursachen ausfindig machen, die für ein erhöhtes Zinsniveau verantwortlich gemacht werden können. Dazu sind vor allem vier Punkte von Interesse, welche in den nachfolgenden Unterabschnitten kurz erläutert werden:

⁸⁸ Brems 1980 /Makrotheorie/ S. 125-143.

⁸⁹ Vgl. Brems 1980 /Makrotheorie/ S. 143.

1. Inflationserwartungen im Prozess der Zinsbildung,
2. die Geldpolitik der Zentralbank, insbesondere die Leitzinsen,
3. die Staatsnachfrage nach Krediten und
4. der Einfluss von Geldmengenveränderungen.

3.2.2.1. Inflationserwartungen

Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Zinsniveau und der Inflation? Kapitalgeber werden stets darauf bedacht sein, zukünftig zu erwartende Preissteigerungen und den damit einhergehenden Wertverlust des verliehenen Geldes auszugleichen. Das bedeutet, dass in dem nominalen Zinssatz stets Inflationserwartungen enthalten sind (Preiserwartungseffekt bzw. Fisher-Effekt)⁹⁰. Der Realzins entspricht dem Nominalzins abzüglich der erwarteten Inflationsrate.⁹¹ Dieser Zusammenhang kann auch aus der folgenden Abbildung 4 entnommen werden.

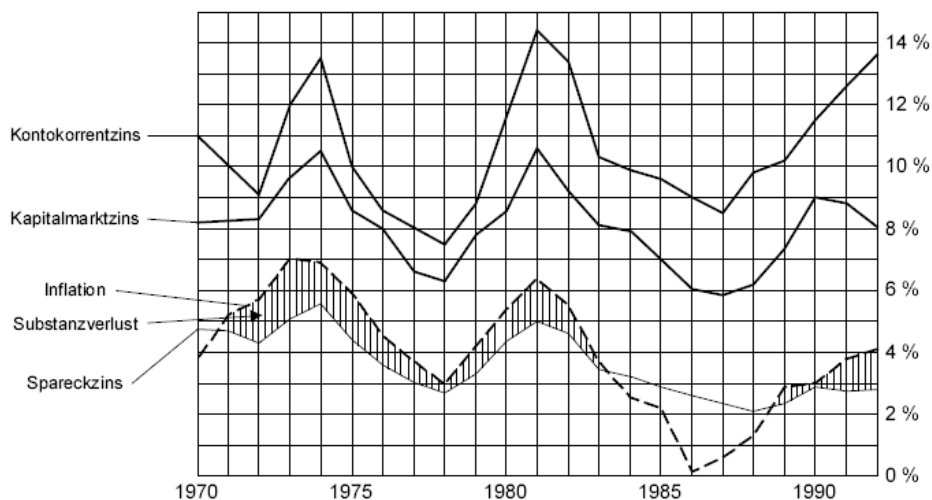


Abbildung 4: Zinsen und Inflation⁹²

Diese Inflationserwartungen sind Gegenstand vieler Untersuchungen in der Geldtheorie und Geldpolitik, sollen uns aber an dieser Stelle nicht weiter beschäftigen. Für unsere Argumentation ist lediglich von Bedeutung, dass Inflationserwartungen sich unter

⁹⁰ Vgl. Duwendag et al 1999 /Geldtheorie/ S. 146-147.

⁹¹ Vgl. Bundesbank 2007 /Geld/ 105.

⁹² Abbildung entnommen aus Creutz 1997 /Geld-Syndrom/ S. 134.

anderem im Zinsniveau niederschlagen können.⁹³ Höhere Inflationserwartungen können also ein dementsprechend höheres Zinsniveau bedeuten. Preise und Zinsen entwickeln sich zwar nicht im Gleichmaß, aber gleichgerichtet.⁹⁴

Es wird angenommen, dass eine Grundrate der Inflation existiert, welche irgendwo zwischen zwei und vier Prozent liegen könnte.⁹⁵ Ein „mutwilliges“ Absenken der Inflationsrate unter diese Grundrate könnte als ebenso schädlich erachtet werden, wie die absichtsvolle Inkaufnahme einer überhöhten Inflation.⁹⁶ Eine Inflationsrate bei Null ist unter anderem deswegen nicht wünschenswert, weil hier die Gefahr eines Umschlagens in die andere Richtung besteht, also in die Deflation. Eine deflationäre Entwicklung hat stärkere negative Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft, als eine leichte inflationäre Entwicklung.

Die Ursachen der Inflation sind hinlänglich gut untersucht und durch eine stabile Geldpolitik nach dem Vorbild der deutschen Bundesbank im Europäischen Währungsgebiet recht gut unter Kontrolle.⁹⁷ Eine Gefahr wird darin gesehen, dass eine weniger stabile Geldpolitik die Wirtschaftssubjekte verunsichern könnte, womit die Inflationserwartungen steigen würden. Dies würde auch das Zinsniveau anheben. Auf die Kritik gegenüber einer zu restriktiven Geldpolitik und den damit verbundenen Wirkungen auf die Beschäftigung wird in Abschnitt 3.4 weiter eingegangen.

3.2.2.2. Notenbanken und Leitzins

Erhöht die Zentralbank die Notenbankzinsen (Leitzinsen), so sehen sich die Kreditinstitute einer verteuerten Refinanzierung ausgesetzt. Somit werden diese die höheren Kosten in Form höherer Kreditzinsen an ihre Kunden weitergeben.⁹⁸ Als Konsequenz daraus steigt das Zinsniveau.

⁹³ Es gibt selbstverständlich eine Vielzahl verschiedener Zinssätze, die in der Theorie der Zinsstruktur ihren Ausdruck finden, siehe hierzu Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 151-158. Für unsere Untersuchungen reicht aber die Annahme eines „repräsentativen“ Zinssatzes aus. Inwieweit nicht nur der Nominalzins, sondern auch der Realzins von Veränderungen der Inflationserwartungen beeinflusst wird, ist umstritten. Hierzu sind noch keine etablierten Testergebnisse vorhanden. Vgl. hierzu u. a. Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 151.

⁹⁴ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 148-149.

⁹⁵ So wie angenommen wird, dass eine Grundrate an Arbeitslosigkeit existiert.

⁹⁶ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 163.

⁹⁷ Diese Behauptung stützt sich auf die stabile Inflationsrate im Euro-Raum. Quelle: Internetseite des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) und Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 117.

⁹⁸ Vgl. Bundesbank 2007 /Geld/ S. 101.

Die Option zur Veränderung der Leitzinsen stellt eines der zentralen geldpolitischen Instrumente der Zentralbank dar, wie in Kapitel 2 bereits angedeutet wurde. Über die Leitzinsen wird versucht, Einfluss auf die Geldmenge zu nehmen, um damit die Inflationsrate zu kontrollieren. Durch Senken des Leitzinses soll bewirkt werden, dass der Kapitalmarktzins sinkt und damit die Unternehmen veranlasst werden, Investitionen zu tätigen. Bei einer besonders expansiven Geldpolitik seitens der Zentralbank, also einem übermäßigem Absenken des Leitzinses, würde eine unverhältnismäßige Ausweitung der Geldmenge stattfinden, wodurch u. a. die Inflationsrate besonders stark steigen könnte.⁹⁹ Letztlich wird befürchtet, dass die Wirtschaft sich 'überhitzt' und sich daraufhin Wirtschaftskrisen ereignen könnten, mit den bekannten verheerenden Auswirkungen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Um das allgemeine Zinsniveau abzusenken, ist es also keineswegs möglich, lediglich den Leitzins zu senken. Um die Auswirkungen des Leitzinses auf das allgemeine Zinsniveau zu beeinflussen, bedarf es weitreichenderer Reformen.

Auf einige Aspekte im Zusammenhang mit der Geldschöpfung, Geldmengensteuerung und dem *Trade-off* zwischen Inflation und Beschäftigung wird in den folgenden Abschnitten weiter eingegangen (Abschnitt 3.3 und 3.4).

3.2.2.3. Staatsnachfrage nach Krediten

Als weiteren Punkt, welcher ein erhöhtes Zinsniveau zur Folge hat, kann auf die zinstreibende Konkurrenz zwischen öffentlichem und privatem Geldbedarf verwiesen werden. Eine hohe staatliche Kreditnachfrage (Crowding-Out) bewirkt eine zinstreibende relative Kapitalverknappung. Hohe Steuern und Staatsschulden münden in hohen Zinsen, was wiederum zu hohen Preisen (Inflation) führen kann.¹⁰⁰ Nur durch eine gleichzeitige Erhöhung der Sparquote der privaten Haushalte sei ein Anstieg der Zinsen zu vermeiden.¹⁰¹

⁹⁹ Wobei sich hier in den letzten Jahren widersprüchliche Werte gezeigt haben, siehe Hayo 2007 /Geldmenge/ S. 10-11.

¹⁰⁰ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 87 und S. 150-151.

¹⁰¹ Vgl. Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 146 und S. 220.

Aus diesem Blickwinkel wären niedrige Staatsschulden und geringe Steuern und damit einhergehend eine geringere Staatsquote wünschenswert, womit das allgemeine Zinsniveau absinken könnte.

3.2.2.4. Geldmenge

Für unsere Thematik stellt sich die Frage, welchen Einfluss Geldmengenveränderungen auf das Zinsniveau haben.

Zunächst zeigt *Mundell* theoretisch, dass es, unter bestimmten einschränkenden Bedingungen, keinen Einfluss von Geldmengenveränderungen auf den Zinssatz gibt.¹⁰²

Auch *Kruth* untersucht eingehend den Einfluss von Geldmengenveränderungen auf das Zinsniveau. Er kommt bei seinen ausführlichen theoretischen und empirischen Analysen zu dem ernüchternden Schluss, dass noch sehr viel Forschungsbedarf besteht und man zurzeit lediglich einen sehr leichten, kurz- bis mittelfristigen Liquiditätseffekt der Geldpolitik vermuten kann. *Kruth* ermittelte für die Geldaggregate M1 und M3 tendenziell positive Abhängigkeiten im Zusammenhang mit dem kurzfristigen Zinsniveau. Letztlich könnten aber keine allgemeingültigen Aussagen über Liquiditätseffekte der Geldpolitik gemacht werden. *Kruth* lässt sogar anklingen, dass ein empirischer Nachweis solcher Effekte unter Umständen auf überschaubare Zeit nicht gelingen wird.¹⁰³

Somit klammern wir für unsere Argumentation die Geldmenge, im Kontext eines erhöhten Zinsniveaus an dieser Stelle zunächst aus. Dass monetäre Größen aber erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft haben, bleibt unbestritten.¹⁰⁴ Die Geldmenge und ihre Steuerung wird in Abschnitt 3.3 noch weiter thematisiert.

3.2.3. Zwischenfazit

Es wird niemand bestreiten können, dass heute sehr breite Bevölkerungsgruppen in den industrialisierten Ländern Teilhabe am Wohlstand haben. *Friedman* geht davon aus,

¹⁰² Vgl. *Mundell* 1976 /Währungstheorie/ S. 14.

¹⁰³ Vgl. zu diesem Absatz *Kruth* 1997 /Geldmengenveränderungen/ S. 224.

¹⁰⁴ Vgl. zu dieser Ansicht auch *Ruckriegel/Seitz* 2007 /Geldmenge/ insb. S. 17, Sp. 2.

dass der Kapitalismus bisher die besten Vermögensgleichverteilungen erzeugt hat.¹⁰⁵ Dennoch wurde hier bereits deutlich, dass diese relative Gleichverteilung langfristig ins Ungleichgewicht steuern könnte. Auch *Huber* sieht eine polarisierende Wirkung für die Vermögensverteilung in hohen Zinsen bzw. einer hohen Zinsquote.¹⁰⁶

Wir halten also fest, dass ein Absenken des Zinsniveaus, zumindest aus Sicht der Vermögensverteilung und der Beschäftigung wünschenswert ist.

Als Ansatzpunkte haben wir die Erwartungsbildung über die zukünftige Inflationsrate, die Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken im Zusammenhang mit den Leitzinsen der Zentralbanken und die Höhe der Kreditnachfrage des Staates angesprochen.

Als nächstes betrachten wir das gegenwärtige System der Geldschöpfung, es soll kurz charakterisiert und mögliche Schwierigkeiten aufgezeigt werden.

3.3. Geldschöpfung

3.3.1. Giralgeldschöpfung der Geschäftsbanken

Wir unterscheiden zwischen

1. Buchgeld,
2. Bargeld und
3. Sichtguthaben bzw. Giralgeld.¹⁰⁷

Mit Buchgeld bezeichnen wir hier die Sichtguthaben der Geschäftsbanken bei der Zentralbank, welche zum Zentralbankgeld (Geldbasis)¹⁰⁸ zählen. Buchgeld und Bargeld werden ausschließlich von der Zentralbank geschaffen bzw. geschöpft. Mit Giralgeld

¹⁰⁵ Vgl. Friedman 2002 /Kapitalismus/ o. S.

¹⁰⁶ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 151.

¹⁰⁷ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 204. Der Begriff Buchgeld wird auch für das Geschäftsbankengeld verwendet, vgl. Issing 2001 /Geldtheorie/ S. 6. Auch Huber verwendet den Begriff Buchgeld für beide Sichtguthabenarten. Im Prinzip sind beide Sichtguthaben, bei der Zentralbank und bei den Geschäftsbanken als Buchgeld zu bezeichnen. Im Folgenden soll der Begriff Buchgeld jedoch ausschließlich für Sichtguthaben bei den Zentralbanken und der Begriff Giralgeld für Sichtguthaben bei den Geschäftsbanken verwendet werden.

¹⁰⁸ Auch als Zentralbankgeldmenge oder Geldmenge M0 bezeichnet. Entspricht: Bargeldausgabe + Mindestreserven.

bezeichnen wir im Folgenden die Sichtguthaben der Nichtbanken bei den Geschäftsbanken. Demnach kann Giralgeld ausschließlich von den Geschäftsbanken (Sparkassen usw.) geschaffen werden, dies auf Grundlage von Einlagen der Nichtbanken (Giralgeldschöpfung).¹⁰⁹

Dabei wird zwischen aktiver und passiver Giralgeldschöpfung unterschieden. Einmal wird Giralgeld geschaffen wenn Bankkunden (Nichtbanken) bei ihrer Bank Bargeld auf Girokonten einzahlen (passive Giralgeldschöpfung). Die Geschäftsbanken können dann weiterhin Giralgeld durch Kreditgewährung schöpfen (aktive Giralgeldschöpfung).¹¹⁰ Aus dem eingezahlten Bargeld des Bankkunden wird Giralgeld, welches lediglich ein (Sicht-) Guthaben auf dem jeweiligen Konto darstellt. Es ist als solches kein gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Geschäftsbanken können das neu geschaffene Giralgeld weiter zur Kreditgewährung nutzen. Für das bestehende Giralgeld muss die jeweilige Geschäftsbank lediglich eine Mindestreserve bei der Zentralbank hinterlegen. Diese beträgt 2 Prozent vom vorhandenen Giralgeld.¹¹¹ Das eingezahlte Bargeld des Bankkunden vervielfältigt sich auf diese Weise in Form von zusätzlichem Giralgeld. Dementsprechend besitzen die Geschäftsbanken, über die Kreditgewährung einen starken Einfluss auf die Höhe der Geldmenge M3.¹¹²

¹⁰⁹ Kurze, zusätzliche Erläuterung zum Unterschied zwischen Sichtguthaben und Bargeld: Das Geld auf unseren Konten bei den Banken ist im eigentlichen Sinne kein Geld, also kein Bargeld, sondern lediglich Guthaben, also Sichtguthaben bzw. Giralgeld. Daher bezeichnen wir diese Konten als Girokonten. Dieses Giralgeld stellt eine Forderung gegenüber der Bank dar, d. h. auf Verlangen muss die kontoführende Bank Bargeld ausgeben. Dass diese Sichtguthaben bzw. das Giralgeld heute im Prinzip wie Bargeld verwendet werden, liegt am technologischen Fortschritt, durch welchen wir heute in der Lage sind, ein Sichtguthaben nahezu *zeitgleich* zu transferieren.

¹¹⁰ Vgl. Bundesbank 2007 /Geld/ S. 59. *Creutz* widerspricht der öfters in Lehrbüchern vorgebrachten Auffassung, dass die Kreditvergabe der Geschäftsbanken eine Geldschöpfung in Höhe des zehnfachen des eigentlich eingezahlten Bargeldes bei einer Reservehaltung von zehn Prozent darstelle, vgl. *Creutz* 2005 /Irrtümer ums Geld/ S. 169-171. Dabei ist zunächst irreführend, dass nicht gleich ersichtlich wird, dass *Creutz* lediglich behauptet, die Banken schöpfen *kein* Geld aus dem „Nichts“. Sehr wohl stimmt aber auch er der Argumentation zu, dass Banken Geld aus den Sichteinlagen schöpfen, die von den Bankkunden zuvor in Form von Bargeld eingezahlt wurden. Er akzeptiert die Formulierung der Geldschöpfung bzw. Kreditschöpfung, wenn damit die „Umschöpfung von Kaufkraft von dem Einlage- in den Kreditopf verstanden“ wird, vgl. *Creutz* 1998 /Geld-Syndrom/ S. 74-75.

¹¹¹ Vgl. Bundesbank 2007 /Geld/ S. 60-61.

¹¹² Es gibt unterschiedliche Geldmengendefinitionen (siehe zu den unterschiedlichen Geldmengendefinitionen Abbildung 5 im Anhang). Wir beschränken uns hier auf die Betrachtung der Geldmenge M3, da diese von der Zentralbank als Referenzwert für ihre Geldpolitik verwendet wird.

In dieser Form der Geldschöpfung wird von einigen Autoren eine große Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität gesehen. Die Geldmenge, welche eine zentrale monetäre Größe darstellt, sei nicht befriedigend steuerbar, es würde laufend unkontrolliert Geld geschöpft und wieder vernichtet. Dies verursache die teilweise verheerenden wirtschaftlichen und finanziellen Krisen in verschiedenen Ländern überall in der Welt.

Wir gehen also davon aus, dass eine Geldschöpfung bei den Geschäftsbanken, in Form des Reservegeldsystems existiert. Diese Praxis der Mindestreserven und die damit einhergehende Geldschöpfung steht im Folgenden im Mittelpunkt der Kritik.¹¹³

3.3.2. Geldmengensteuerung und Finanzkrisen

Huber nimmt einen Anstieg der Finanzkrisen seit den 80er Jahren wahr und sieht in den „(...) anhaltenden schweren Währungs- und Bankenkrisen in Japan, den neuindustriellen Ländern Asiens und Russland (...)“¹¹⁴ die inhärente Instabilität, die dem Reservesystem innewohnt, bestätigt.

Die Krisenanfälligkeit eines Geldreservesystems sieht *Huber* darin begründet, dass die Geschäftsbanken relativ unabhängig von der Zentralbank die Sichtguthaben ihrer Kunden per Kredit ausdehnen können, wenn sie bestimmte Wachstums- und Gewinnerwartungen haben. Dieser Vorgang der Geldschöpfung wird von den Geschäftsbanken nicht wahrgenommen. Vielmehr entsteht der Eindruck, die Kredite seien „gedeckt“, und zwar durch die in das System eingezahlten Beträge¹¹⁵ und den Sichtguthaben, die erst durch Kreditgewährung entstanden sind. Hierdurch können die Banken selbst in eine Überschuldungsfalle geraten.¹¹⁶

Werden nun die Gewinnerwartungen, welche die Geschäftsbanken dazu veranlasst haben die Kredite auszuweiten, nach unten korrigiert, so schnappt diese Falle zu, da nun massiv von den Gläubigern, u. a. aus Verunsicherung, Gelder zurück gefordert werden.

¹¹³ Hier spielen sicherlich die unterschiedlichen Geldmengendefinitionen eine Rolle. Diese sollen an dieser Stelle aber nicht weiter beschrieben werden (siehe zu den unterschiedlichen Geldmengendefinitionen Abbildung 5 im Anhang).

¹¹⁴ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 24.

¹¹⁵ Also die Einlagen der Bankkunden.

¹¹⁶ Vgl. zu diesem Absatz Huber 1998 /Vollgeld/ S. 24.

Ähnliches geschieht, wenn Zins- und Tilgungszahlungen unerwartet ausbleiben.¹¹⁷ Die Geschäftsbanken, welche die Kredite, in Erwartung hoher Gewinne, zu stark ausgedehnt haben, können so im Extremfall zahlungsunfähig werden.

Der gleiche Sachverhalt kann auch folgendermaßen formuliert werden: In einer wirtschaftlichen Boom-Phase steigt die Kreditvergabe der Banken.¹¹⁸ Diese wird aufgrund von hohen Gewinnerwartungen bis an den Rand des möglichen ausgenutzt. Es entsteht u. a. eine etwas unbedachtere Kreditvergabe, da besonders hohe Gewinne locken. Eine Krise kann dann entstehen, wenn diese Gewinne ausbleiben und damit gerechnet wird, dass die zuvor erwarteten Gewinne nicht mehr erzielt werden können. Die Banken fordern dann möglicherweise schneller ihre gewährten Kredite zurück, wodurch die Krise noch weiter verschärft wird, da Unternehmen in finanzielle Bedrängnis geraten können und Insolvenz anmelden müssen. Dadurch bleiben Zins- und Tilgungszahlungen seitens der Unternehmen aus. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschärft sich, woraufhin ebenfalls aus dem privaten Bereich Zins- und Tilgungszahlungen ausbleiben – eine Abwärtsspirale.

W. Engels bezeichnet die Leistungsfähigkeit der Finanzmärkte als unbefriedigend.¹¹⁹ Die Kapitalmärkte sollten das verfügbare Kapital in die jeweils günstigsten Verwendungsmöglichkeiten lenken. Diese Lehrbuchvorstellung sei aber weit von der Realität entfernt. Das ständige und gefährliche Hin und Her der Aktienkurse, Wechselkurse, Zinsen, Grundstückspreise etc. sei nicht prognostizierbar und erfülle keine volkswirtschaftliche Funktion. Es schafft im Gegenteil nur Unsicherheit und Risiko. Das damit einhergehende Misstrauen wirkt sich besonders negativ auf die Kapitalmärkte aus.

Der Vergleich der Finanzmärkte mit einer Heizungsanlage, die unprognostizierbar mal bei Wärme und mal bei Kälte anspringt, veranschaulicht dieses Problem. Der Ingenieur, der solch ein geregeltes System vorfindet, versucht dieses zu reparieren, anstatt zu versuchen es mit immer ausgefeilteren Theorien zu erklären.¹²⁰ *W. Engels* sieht

¹¹⁷ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 24.

¹¹⁸ Zur übersichtlichen Darstellung des generellen Prozesses des kumulativen Auf- und Abbaus des Kreditvolumens siehe Huber 1998 /Vollgeld/ S. 403-407.

¹¹⁹ Vgl. Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 3.

¹²⁰ Vgl. auch hier Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 3.

demnach die Ursachen u. a. in einer „Fehlkonstruktion unserer Geldverfassung“¹²¹ und ist davon überzeugt, dass bspw. der Zins gewissen Messfehlern unterliegt.

Zarlenga sieht in dem System der Reservehaltung den Hauptmechanismus durch den die Banken Geld schöpfen und dort die Quelle der periodischen Zusammenbrüche des Bankensystems. Würde allein die Regierung (bzw. die Zentralbank) diese Geldschöpfungsmacht besitzen und diese durch Schutzbestimmungen in der Verfassung beschränken, so würde sich nicht das Panikpotential aufbauen, welches heute entsteht, wenn die Geschäftsbanken ihre Bankkredite lediglich zu etwa einem Zehntel decken. Diese Bankkredite sind nicht mit Geld gleichwertig. Verlieren die Bankkunden ihr Vertrauen und fordern ihr Geld zurück, so kommt es zu den regelmäßigen Wirtschaftskrisen.¹²²

„Die Notenbanken sind nicht absoluter Herr über das Geldvolumen.“¹²³ formulierte *Gocht*, damaliges Mitglied im Direktorium der Bundesbank¹²⁴, und laut *Popp* sei der Geldmengenbegriff weitgehend ungeklärt und die Geldmengensteuerung findet lediglich indirekt und nur unzureichend statt.¹²⁵

Gocht sah innerhalb der Geldordnung keine Möglichkeit für die Notenbank eine zielgerichtete Änderung der Geldmenge zu erreichen.¹²⁶ Die Frage, warum eigentlich noch an der Praxis der Bankengeldschöpfung festgehalten wird, beantwortet *Gocht* mit der Entstehungsgeschichte der gegenwärtigen Geldordnung. Demnach erkannten die Begründer die angesprochene Unstabilität nicht. Sie betrachteten das Geld- und Kreditsystem als in sich schlüssig.¹²⁷

Gocht fordert die Kategorien Geld und Kredit sauberlich zu trennen. Geld solle eine feste Existenz besitzen, welches nicht laufend bei Kreditgewährung geschaffen wird und bei Rückspulung eines Bankkredits wieder verschwindet.

¹²¹ Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 7.

¹²² Vgl. *Zarlenga* 1999 /Mythos vom Geld/ S. 436.

¹²³ *Gocht* 1975 /Geldordnung/ S. 54.

¹²⁴ Siehe *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 267.

¹²⁵ Vgl. *Popp* 2006 /Zins/ S. 170.

¹²⁶ Vgl. *Gocht* 1975 /Geldordnung/ S. 24.

¹²⁷ Vgl. *Gocht* 1975 /Geldordnung/ S. 66.

Der Geldmengensteuerung kommt also eine bedeutende Rolle zu. Die Kontrolle über das Geldmengenwachstum ist eine Voraussetzung, damit die Zentralbank in angemessener Weise Einfluss auf wirtschaftliche Prozesse nehmen kann.

Leschke führt am Anfang seiner Forschungsarbeit an, dass die 'Politik der Geldmengensteuerung' der früheren Deutschen Bundesbank, gemessen an der Häufigkeit der Zielerreichung nicht unbedingt als erfolgreich bezeichnet werden kann. Lediglich in etwa 50 Prozent der Fälle, im Zeitraum von 1975 bis 1998 wurde das angestrebte Jahresgeldmengenziel erreicht.¹²⁸ Dabei ist anzumerken, dass die Steuerung der Geldmenge durch ökonomische Schocks erschwert werden kann, wie beispielsweise durch die Ölpreiskrisen, welche in den betrachteten Zeiträumen lagen.¹²⁹

Leschke kommt weiterhin zu dem Schluss, dass „(...) sich eine *kurzfristige* orientierte Geldmengenpolitik in Deutschland *nicht* empirisch fundieren läßt.“¹³⁰ Er schlägt daher vor, keine jährlichen Geldmengenziele festzulegen, sondern diese etwa über Zeiträume von zwei bis drei Jahren vorzugeben und hierüber halbjährlich Stellung zu nehmen.¹³¹

Anders sah jedoch beispielsweise *Thieme* die Möglichkeiten der Geldmengensteuerung.¹³² In den 1980er Jahren sah er in zahlreichen empirischen Länderstudien bestätigt, dass die *Geldbasis* grundsätzlich durch die währungspolitischen Autoritäten kontrollierbar sei und Einflüsse von Nicht- und Geschäftsbanken auf die Geldmenge zu gering seien, um eine exakte Geldmengensteuerung der währungspolitischen Akteure zu konterkarieren. Allerdings spricht er hier von der *Geldbasis*, welche nicht mit anderen Geldmengenaggregaten verwechselt werden darf, die i. d. R. als Bezugsgrößen verwendet werden. Die Geldbasis selbst, das ist das ausgegebene Bargeld und das Buchgeld, ist kontrollierbar. Sie wird von der Zentralbank bestimmt. Entscheidend ist jedoch die Geldmenge M3, an der sich die Zentralbank orientiert, um ihr geldpolitisches Instrumentarium einzusetzen. Dabei muss aber ebenfalls bedacht werden, dass in den letzten 25 Jahren der elektronische Zahlungsverkehr, also das Verwenden von Sichtguthaben zu

¹²⁸ Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 3. Siehe auch Abbildung 6 im Anhang.

¹²⁹ Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 3.

¹³⁰ Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 191.

¹³¹ Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 195. Die schwedische Zentralbank hat beispielsweise ihren Prognosehorizont kürzlich von zwei auf drei Jahre verlängert, vgl. Heise 2007 /Monetäre Größen/ S. 9, Sp. 3.

¹³² Vgl. Thieme 1982 /Monetarismus/ S. 26.

Zahlungszwecken erheblich zugenommen hat. Dies hat einen starken Einfluss auf die Aussagefähigkeit und Kontrollierbarkeit von Geldmengenaggregaten, welche Sichtguthaben beinhalten.¹³³

3.3.3. Zwischenfazit

Wir wollen nicht daran zweifeln, ob die gegenwärtige Geldpolitik der Europäischen Zentralbank in der Lage ist, das Preisniveau bei einer Inflationsrate von 2-3 Prozent relativ stabil zu halten. Auch spielt es für uns an dieser Stelle keine Rolle, ob dies über ein Geldmengenziel oder über ein angestrebtes Inflationsziel geschieht, oder wie effektiv oder effizient einzelne Vorgehensweisen sind. Das Ergebnis, in Form einer Preiswertstabilität, scheint diese Geldpolitik zunächst zu rechtfertigen.¹³⁴

Es stellt sich vielmehr die Frage, ob das Reservegeldsystem selbst, also unabhängig von der Frage der Geldwertstabilität, eine inhärente Instabilität aufweist. Wir stellen also den ständigen, internen Vorgang bei der Geldschöpfung in Frage, aber nicht die 'Zahl' welche am Ende einer Betrachtungsperiode für die Geldmenge bzw. für deren Veränderung angegeben wird. Die Möglichkeiten einer langfristigen Geldmengensteuerung, also die zusammenfassende Betrachtung längerer Perioden, soll *nicht* kritisiert werden, sondern dass, was Geldmengenänderungen in der kurzen Frist stabilisieren sollte. Das soll heißen, die gegenwärtige Geldpolitik kann die Geldmenge langfristig beeinflussen und steuern, aber das System einer Geschäftsbankengeldschöpfung gibt nur unzureichend die Möglichkeit wieder, größere Schwankungen, welche sozusagen 'zwischen durch' auftreten können, abzufedern, z. B. ausgelöst durch Ölpreisschocks in der Vergangenheit oder einen Börseneinbruch.¹³⁵

Die These lautet an dieser Stelle, dass die geldpolitischen Instrumente nicht ausreichend sind, um plötzliche, starke Geldmengen- und/oder Geldnachfrageschwankungen auszugleichen bzw. diese von vornherein zu verhindern. Es scheint hierfür gegenwärtig keinen Hebel zu geben, der stark genug wäre, um gewissen Schocks entgegenwirken zu

¹³³ Siehe hierzu unter anderem Huber 1998 /Vollgeld/ S. 407.

¹³⁴ Vgl. Internetseiten des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) und Wirtschaftslexikon 2007 /Wirtschaft/ S. 117.

¹³⁵ Zu den Überlegungen in diesem und folgendem Absatz müssten wohl noch weitere Untersuchungen herangezogen werden, welche z. B. die Geldmenge in sehr kurzen Abständen aufzeigt und ggf. die hier vertretene Meinung bestätigen könnte. Weiterführende Studien wurden hierzu, bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider nicht gesichtet.

können. Im gegenwärtigen Mindestreservesystem kann sich langsam, über längere Zeiträume ein gewisses 'Unsicherheitspotential' aufbauen. Dieses Unsicherheitspotential ist in der Geldschöpfung der Geschäftsbanken zu finden, welche nach und nach Kredite gewähren, die zum Teil von Unsicherheit (z. B. fragliche Bonität der Kreditnehmer, fragliche Investitionsobjekte u. ä.) geprägt sein können. Kumulieren sich unsichere Kredite, so vergrößert sich dieses Unsicherheitspotential immer weiter. Problematisch scheint hier zu sein, dass das von den Geschäftsbanken stetig neu geschöpfte (Giral-) Geld ausschließlich zum Zweck der Kreditgewährung geschaffen wird.¹³⁶ Dies auf Grundlage der Gewinnerwartungen von den Geschäftsbanken.

Die Kontrolle über die Geldmenge M3 ist von entscheidender Bedeutung. Es könnte sinnvoll sein, dass die Zentralbank direkt das regelmäßige Wachstum des interessierenden Geldmengenaggregats (also nicht nur die Geldbasis) bestimmt, anstatt dies einem System des ständigen Schöpfens und Vernichtens von Geldguthaben zu überlassen. So könnten auf direktem Wege Preisniveauerhöhungen abgeleitet werden, und es gäbe seitens der Wirtschaftssubjekte weniger Unsicherheit, was die jährlichen Inflationserwartungen betrifft. Erwartungssicherheit ist eine der Vorgaben, welche an die Europäische Zentralbank gestellt werden.¹³⁷ Dies wird als eine besonders wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität angesehen und könnte für eine Reform der Geldschöpfung bzw. Geldordnung sprechen.

Im folgenden Abschnitt soll die Frage geklärt werden, ob es einen *Trade-off* zwischen Inflationsrate und Beschäftigung gibt. Diese Frage ist im direkten Zusammenhang zur Geldmengensteuerung zu sehen.

3.4. Trade-off und Unabhängigkeit der Zentralbank

In den einzelnen Denkschulen Keynesianismus, Monetarismus, Neuklassik (mit und ohne Informationsunvollkommenheit) und Neuer Keynesianismus werden zumindest kurzfristige, positive Effekte der Inflation auf die Beschäftigungshöhe festgestellt. Alle geläufigen Theorien postulieren also zumindest kurzfristige, bei der keynesianischen

¹³⁶ Siehe zu diesem Absatz vorherige Fußnote.

¹³⁷ Vgl. Wirtschaftspolitik 2007 /Wirtschaft/ S. 158-159.

Theorie sogar nachhaltige, Produktions- und Beschäftigungseffekte.¹³⁸ Ob solche kurzfristigen bzw. langfristigen Effekte tatsächlich vorhanden sind, wurde in vielen Studien untersucht.

Leschke sieht in diesen zahlreichen empirischen Untersuchungen den langfristigen negativen Zusammenhang zwischen Inflation und Beschäftigung bestätigt. In den meisten Staaten gibt es mittel- bis langfristig keinen Trade-off zwischen den Zielen der Preisniveaustabilität und Wachstum bzw. Beschäftigung. Inflation wirkt sich letztlich hemmend auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung aus. Ein Trade-off zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit findet langfristig also *nicht* statt. Eine Stabilitätspolitik dient langfristig stets der Beschäftigung.¹³⁹

Leschke stellt dazu weitergehende empirische Untersuchungen an und berücksichtigt dabei zusätzlich das Problem der Zeitinkonsistenz. Dieses Problem wird darin gesehen, dass eine diskretionäre Geldpolitik, in einer Welt mit Transaktionskosten „(...) aufgrund nicht genau antizipierbarer Lags zur Unzeit (...)“¹⁴⁰ wirkt, d. h. in der Regel zu spät (dies wurde bereits in Kapitel 2.2 angesprochen). Dieses verursacht Konjunktur- und Preisschwankungen, die wiederum ein dezentrales Wirtschaften erschweren können.¹⁴¹

Leschke zeigt, dass Investitionen und Sozialprodukt beeinflusst werden können, und sich dies in der Veränderung der Geldmenge am besten widerspiegelt. Eine Erhöhung der Geldmenge, über das natürliche Volkseinkommen hinaus, führt zu einer Steigerung des Auslastungsgrads der Kapazitäten. Dies erzeugt einen gewissen Lohndruck und führt schließlich zu Preisniveausteigerungen, womit wiederum die realen Größen: die reale Geldmenge, das reale Kreditvolumen, die realen Investitionen und das reale Sozialprodukt auf ihr Ursprungsniveau zurücksinken.¹⁴² Es wird davon ausgegangen, dass diese Transmission von monetären Impulsen auf reale Größen sich zeitlich auf ein bis zwei Jahre ausdehnen kann.¹⁴³ Hierin wird deutlich, warum es aus kurzer Sicht möglich erscheint, durch eine expansive Geldpolitik die Beschäftigung zu erhöhen bzw.

¹³⁸ Eine übersichtliche Tabelle der Inflationswirkungen in den einzelnen theoretischen Ansätzen findet sich bei Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 14.

¹³⁹ Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 50.

¹⁴⁰ Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 69.

¹⁴¹ Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 69-70.

¹⁴² Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 80.

¹⁴³ Vgl. Peto 2002 /Geldtheorie/ o. S.

Wachstum zu erzeugen. Erst viel später, wenn der Zusammenhang nicht mehr direkt nachvollzogen werden kann, werden diese Effekte wieder aufgehoben.

Dieser Zeitinkonsistenz-Problematik könnte, laut *Leschke*, entgegengewirkt werden, wenn es der Zentralbank gelänge der Öffentlichkeit 1. die langfristigen negativen Wirkungen der Inflation und 2. ihre Vorstellung einer langfristigen Stabilitätskonzeption zu vermitteln.¹⁴⁴

Nach den Ergebnissen von *Leschke* kommt es immer dann zu diskretionären geldpolitischen Maßnahmen, wenn die Zentralbank einem gewissen Druck, aufgrund von kurzfristig ausgerichteter Regierungspolitik ausgesetzt ist. Daraus folgt, dass der Unabhängigkeit der Zentralbank weiterhin eine besondere Bedeutung zukommt, um diesem Druck standhalten zu können. Die Zentralbank, mit ihren geldpolitischen Befugnissen, sollte also möglichst *unabhängig* vom politischen Tagesgeschäft sein.¹⁴⁵

Auch *Tichy* zeigt sowohl theoretisch, als auch empirisch, dass die Geldpolitik wegen der langen Verzögerungen der Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt weniger dazu geeignet ist, den Beschäftigungsgrad zu beeinflussen. Sinnvoller ist das Ziel, die Rahmenbedingungen für eine tragbare Inflationsrate zu schaffen. *Tichy* fordert daher eine Stetigkeit der Geldpolitik, was jedoch nicht mit der Einhaltung von starren Regelungen verwechselt werden sollte.¹⁴⁶

Es lassen sich für den Begriff der Unabhängigkeit im Zusammenhang mit der Zentralbank vier Kategorien anführen:¹⁴⁷

1. **personelle Unabhängigkeit** der Entscheidungsberechtigten. Dazu gehören u. a. eine möglichst unabhängige Auswahl der Mitarbeiter (unabhängig von der Tagespolitik). Zusätzlich sollten hinreichend lange Vertragszeiten gewährleistet sein.

¹⁴⁴ Vgl. Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 64.

¹⁴⁵ Vgl. zu diesen Äußerungen Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 64.

¹⁴⁶ Vgl. Tichy 1999 /Konjunkturpolitik/ S. 135.

¹⁴⁷ Folgenden Kategorien wurden übernommen aus Leschke 1999 /Geldmengenpolitik/ S. 50.

2. **Finanzielle Unabhängigkeit:** die Verfügung über eigene Einnahmen, Prüfung der Rechnungslegung durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und eine Regelung der Gewinnverteilung, so dass kein Druck der Politik auf die Zentralbank entsteht.
3. **Instrumentelle Unabhängigkeit:** eigenständige Festlegung des Instrumentariensatzes und keine Finanzierung staatlicher Defizite.
4. **Funktionelle Unabhängigkeit:** autonome Verfolgung von Inflations- und/oder Geldmengenzielen, keine diskretionäre Zielfestlegung durch die Regierung.

Aller Wahrscheinlichkeit nach gibt es keinen langfristigen *Trade off* zwischen Beschäftigung und Inflation. Daher ist auch die Forderung an die Zentralbank, nach einer expansiven Geldmengenstrategie zur Belebung der Konjunktur und Erhöhung der Beschäftigung letztlich kontraproduktiv.¹⁴⁸ Dies ist ein Argument für die weitere Stärkung der Unabhängigkeit der Zentralbank, damit sie dem Druck aus Politik und Öffentlichkeit standhalten kann. Solch ein Druck auf die Zentralbank kann dann entstehen, wenn die Zentralbank beispielsweise mitverantwortlich für Vollbeschäftigung gemacht wird und die Geldmengenpolitik eingesetzt werden soll, um kurzfristig Einfluss auf die Beschäftigung zu nehmen.

3.5. Zusammenfassung

Wir haben nun ein paar Argumente gefunden, die das weitere Nachdenken über alternative Konzeptionen der Geldordnung anregen. Diese Betrachtungen schließen das weite Feld der Geldordnung und Geldpolitik nicht ab, es sollte jedoch ein interessanter Einblick in diese Bereiche und deren Problemaspekte eröffnet worden sein. Zusammengefasst sind die folgenden drei Punkte genannt worden, auf die versucht werden könnte Einfluss zu nehmen:

1. das Zinsniveau, und zwar dessen langfristige Absenkung durch u. a. weniger Staatsnachfrage nach Krediten und Veränderung bzw. Abschaffung des Mindestreservesystems (Leitzinsen),
2. die Art und Weise der Geldschöpfung zur Stabilisierung der Finanzmärkte und

¹⁴⁸ Vgl. auch Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 362.

3. die besondere Stellung der Zentralbank und damit die weitere Festigung ihrer Unabhängigkeit vom Politikalltag.

Im folgenden Kapitel 4 sollen entsprechende Handlungsalternativen betrachtet werden. Es lassen sich verschiedene Ansätze, zum Teil höchst renommierter Wissenschaftler finden. Dies zeigt, dass die angesprochenen Problembereiche schon seit Jahrzehnten, zumindest in der Wirtschaftswissenschaft hinlänglich bekannt sind und diskutiert werden.

Als erstes soll (ausführlicher) das Vollgeldkonzept von *Joseph Huber* vorgestellt werden. Danach folgen die Konzepte zweier Vertreter der wettbewerblichen Geldordnung und schließlich die Freiwirtschaftslehre.

4. Umgestaltung der Geldordnung

4.1. Überblick

Bis hierhin haben wir uns mit dem gegenwärtigen System des Geldes beschäftigt und aufgezeigt, wo gewisse Probleme bzw. Fehlentwicklungen und deren Ursachen gefunden werden können.¹⁴⁹ Nun stellt sich die Frage, wie wir unsere Erkenntnisse umsetzen und Einfluss auf das Zinsniveau sowie die Geldschöpfung nehmen könnten. Die folgenden Ansätze bieten dazu unterschiedliche Lösungsvorschläge an.

Das Vollgeld (Abschnitt 4.2) stellt das Reservesystem in den Mittelpunkt der Kritik und fügt gewisse Reformvorhaben, zur sozialen Sicherung und Verminderung der Staatsquote zu einem Gesamtkonzept hinzu, das Vollgeldkonzept. Die Ansätze zur wettbewerblichen Geldordnung (Abschnitt 4.3) fordern die Abschaffung des Notenbankmonopols und die Einführung einer privaten Emission von Geld.¹⁵⁰ Die Freiwirtschaftslehre strebt in erster Linie eine Umlaufsicherungsgebühr auf Geld an (Abschnitt 4.4).

In dem darauf folgenden Kapitel 5 wird abschließend zu den vorgestellten Ansätzen kritisch Stellung bezogen, woran sich eine kurze Auseinandersetzung zum Konflikt zwischen dem hoheitlichen Geldmonopol und einer wettbewerblich ausgestalteten Geldordnung anschließt.

Diese gesonderte kritische Behandlung der vorgestellten Ansätze ermöglicht es, innerhalb einer kurzen Diskussion einen Ansatz als Favoriten herauszuarbeiten.

¹⁴⁹ Manch ein Autor macht an dieser Stelle halt und predigt den Untergang des Kapitalismus oder sogar unserer Gesellschaft. Genügend andere denken glücklicherweise weiter.

¹⁵⁰ Vgl. Hayek 1977 /Entnationalisierung/ S. 6-7.

4.2. Vollgeldkonzept nach Huber

Die gängige Praxis der Reservehaltung, seitens der Geschäftsbanken bei den Zentralbanken und die damit verbundene Geschäftsbankengeldschöpfung steht im Mittelpunkt der Kritik des Vollgeldkonzeptes. *Huber* will mit diesem Konzept die anteilige Reservehaltung abschaffen, was einer Reservehaltung von 100 Prozent entsprechen würde, eben dem Vollgeld.

Damit soll das staatliche Münzregal (das ist das öffentliche Alleinrecht, Münzen in Umlauf zu bringen) wieder vollständig hergestellt und der Zentralbank zugeführt werden. Münzregal, 'Banknotenregal' und 'Buchgeldregal' würden zu einem allgemeinen 'Geldregal' zusammengefasst und der Zentralbank unterliegen.

Weiterhin wird vorgeschlagen, dieses Geldregal und die daraus freiwerdenden Ressourcen dazu zu nutzen, eine soziale Grundsicherung über Bezugsrechte zu finanzieren. In einem weiteren Schritt wird die Reduzierung der relativ hohen Staatsquote angestrebt, Retribution genannt. Diese soll durch die vorherigen Schritte, Vollgeld und Grundeinkommen über Bezugsrechte realistisch durchgeführt werden können. Diese vier Schritte - Vollgeld, Grundsicherung, Bezugsrechte und Retribution - sollen im Folgenden näher erläutert werden.

4.2.1. Elemente des Vollgeldkonzeptes

4.2.1.1. Vollgeld

Huber fordert mit seinem Vollgeldkonzept die gängige Praxis der Bankengeldschöpfung, in Form von Giralgeld abzuschaffen.¹⁵¹

¹⁵¹ Huber ging zunächst davon aus, dass es gewisse Margenextragewinne bei den Geschäftsbanken gibt, welche durch eine Vollgeldreform wegfallen würden. Diese Margenextragewinne sollten aus neu geschaffenen Sichtguthaben bei den Geschäftsbanken resultieren, die „(...) zum marktüblichen Sollzins kreditiert werden, aber niemandem ein Habenzins dafür gezahlt zu werden braucht“ (Huber 1998 /Vollgeld/ S. 26). Indem diese Margenextragewinne den Banken zugute kommen, seien andere Gruppen, die durchaus einen Anspruch auf diese Gewinne erheben könnten, davon ausgeschlossen. Einen plausiblen Grund, warum den Geschäftsbanken weiterhin solche Privilegien zuteil werden sollten, sah Huber nicht. Zu dem Wegfallen der Margenextragewinne vertritt Huber mittlerweile eine andere Meinung: „Da die Ausgabeabteilung der Zentralbank stets genügend Geld (weder zuviel noch zuwenig) schöpfen würde, und der Staat es in vollem Umfang ausgibt und damit in Verkehr bringt, wäre das Vollgeld, das die Banken künftig von ihren Kunden und anderweitig aufnehmen, nicht

Das Vollgeld würde folglich das Reservegeldsystem in ein Vollgeldsystem umgestalten. Das heutige Giralgeld, welches nicht als vollwertiges Geld zählt, würde dann den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels erhalten. Dieses neue Buchgeld wäre von der Zentralbank ausgegebenes Geld, es wäre dem Bargeld gleichgestellt. Die gängige Praxis der Bankengeldschöpfung würde damit beendet sein. Girokonten würden zu Geldkonten werden.¹⁵²

Die Zentralbanken würden damit zur alleinigen Geldquelle. Die Regierung sollte hierzu das Münzregal an die Zentralbank übertragen. Damit besäße die Zentralbank, mit dem bestehenden Monopol der Banknotenausgabe und dem neuen Monopol auf Buchgeldbereitstellung ein allgemeines 'Geldregal'. Die Zentralbank wäre zudem völlig unabhängig, wie dies etwa die Justiz in der Rechtsprechung ist. Dies betrifft vor allem die Geldemission und die Geldmengenregulierung.¹⁵³

Die Geldmenge und Zentralbankgeldmenge würden miteinander identisch werden. Die Zentralbank würde bei der Geldemission einen erweiterten Spielraum erhalten, zumindest bis zur Größenordnung der heutigen Geldmenge M1. Dieser Spielraum könnte durch ein weiteres geldpolitisches Instrumentarium erweitert werden (in Richtung der Größe M2/M3), wenn der Zentralbank die Aufgabe zugeteilt wird, Mindestfristen für kurzfristige Geldüberlassungen im Publikums- und Interbankenhandel festzusetzen. Bei einer Erhöhung dieser Frist würde sich der Geldbasisbedarf erhöhen. Mit einer solchen Fristenpolitik wäre ein besonders wirksames neues Instrument zur Geldmengensteuerung verfügbar, welches ein vollwertiger Ersatz für die heutige Reservepolitik wäre.¹⁵⁴

Besonders wichtig ist an dieser Stelle, dass *Huber* eine solche Geldmengenausweitung als geldwertneutral einstuft und diese demnach nicht inflationär wirke, wie im ersten Moment vermutet werden könnte. Die Geldmenge bliebe *gleich*, das bisherige von den Banken geschaffene Sichtguthaben würde lediglich durch *echtes* Buchgeld der

knapper als heute und käme die Banken daher auch nicht teurer als die heutigen Einlagen diverser Art. Ansonsten ändert sich im Bankengeschäft durch Vollgeld nichts.“ *Huber 2004 /Geldschöpfung/ S. 22 (Anm. d. Verf.: Zitat wurde mit dem Fehler im letzten Satz übernommen).*

¹⁵² Vgl. zu diesem Absatz *Huber 1998 /Vollgeld/ u. a. S. 13.*

¹⁵³ Vgl. zu diesem und folgendem Absatz *Huber 1998 /Vollgeld/ S. 22.*

¹⁵⁴ Vgl. *Huber 1998 /Vollgeld/ S. 22.*

Zentralbanken ersetzt.¹⁵⁵ Das bedeutet, dass eine „Freigabe der Notenpresse“ nicht stattfindet. Es würde lediglich ein Teil der effektiven Zahlungsmittel auf anderem Wege als heute in Umlauf gebracht, wobei dies keinen Widerspruch zu einer an Preisstabilität orientierten Geldpolitik darstellt.¹⁵⁶

Für die Einführung einer hundertprozentigen Deckung der Sichtguthaben spricht, dass das frei geschöpfte Geld nunmehr „(...) zu einem rein funktionalem Medium mit rechtsinformationalem Inhalt geworden ist.“¹⁵⁷ Das bedeutet unter anderem, dass „weder Banknoten noch Münzen (...) von der Gemeinschaft der Privaten insgesamt in reale Gegenstände eingelöst werden“¹⁵⁸ können. Dies wurde bereits in Kapitel 2.3 angedeutet.

Durch die Einführung des Vollgeldes würde die Kontrolle der Geldmenge wieder alleine der Zentralbank zuteil werden, welche die Ausweitung der Geldmenge festlegen würde. Falls dies von den politischen Akteuren und generell von der Gesellschaft gewünscht sein sollte, könnte eine soziale Sicherung (folgender Abschnitt) über Bezugsrechte (Abschnitt 4.2.1.3) finanziert werden.

4.2.1.2. Einbeziehung eines Grundeinkommens

Das Grundeinkommen erfüllt einerseits die Funktion ein Mindesteinkommen, zum Schutz vor Verarmung zu garantieren, andererseits „(...) gewährleistet es eine degressive Absicherung im Bereich des prekären Lebensstandards.“¹⁵⁹ Die Grundsicherung soll möglichst alle Bürger vor einem Abrutschen unter eine gewisse Einkommensgrenze schützen. Die volle Höhe des Grundeinkommens entspricht dem Mindesteinkommen an der Grenze zur relativen Armut. In der Regel wird hier die Armutsgrenze von 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens angegeben. Die Zuteilung der Grundsicherung kann durch eine regelmäßige monatliche Auszahlung oder auch über eine Negative Einkommensteuer geschehen.

¹⁵⁵ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 22.

¹⁵⁶ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 23.

¹⁵⁷ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 181.

¹⁵⁸ Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 307.

¹⁵⁹ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 84.

Diese Form eines Sozialsicherungssystems weist ungeheure Vorteile hinsichtlich Verwaltung, Kosten und Wohlfahrtseffekten auf. *Huber* sieht eine solche Grundsicherung als hinreichend genug diskutiert und ausgearbeitet an.¹⁶⁰

Sein Vorschlag sieht jedoch, im Gegensatz zu den gängigen Modellen¹⁶¹, nicht eine Finanzierung über Steuergelder vor, sondern über Bezugsrechte. Die weiteren Details der einzelnen Konzepte (verschiedene Arten der Negativen Einkommensteuer, Bürgergeld u. ä.) sollen uns hier nicht weiter aufhalten, uns interessiert vielmehr die Frage, wie die Finanzierung über das Vollgeldkonzept aussehen soll und welche Wirkungen daraus erhofft werden können.

Bisher besteht in der sozialen Sicherung ein Teufelskreis aus Unterbeschäftigung und Überlastung der Sozialbudgets. Bisherige Konzepte eines steuerfinanzierten Grundeinkommens konnten, nach Meinung von *Huber*, hierauf keine bessere Aussicht bieten.¹⁶² Das Vollgeld in Verbindung mit der Ausgabe von Bezugsrechten würde es hingegen schaffen, an dieser Stelle eine entspannende Perspektive zu ermöglichen.¹⁶³

„Die Mittel für das Grundeinkommen werden nicht sekundär umverteilt, sondern primär zugeteilt durch Bezugsrechte der Zentralbank. Diese werden zins- und tilgungsfrei ausgestellt. (...) Es handelt sich faktisch um direkt an die Grundeinkommens-Bezieher ausgezahltes Zentralbankgeld in den Grenzen des Wirtschaftswachstums- und Geldmengenpotentials.“¹⁶⁴

Die Finanzierung eines Grundeinkommens sieht *Huber* bei etwa 43-56 Mrd. Euro.¹⁶⁵ *Mitschke* kommt auf einen ähnlichen Betrag bei seinen Berechnungen zum Bürgergeld.¹⁶⁶

Huber betrachtet das Einbeziehen verschiedener Sozialtransfers differenzierter, als dies beispielsweise beim Bürgergeld geschieht. Zum Beispiel sollen Leistungen wie das Kindergeld nicht in ein bezugsrechtfinanziertes Grundeinkommen einbezogen werden,

¹⁶⁰ Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ o. S.

¹⁶¹ Zum Beispiel das Bürgergeld von *Mitschke*, vgl. *Mitschke* 2004 /Einkommensteuerrecht/ o. S.

¹⁶² Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 16.

¹⁶³ Siehe *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 17-18.

¹⁶⁴ *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 19-20.

¹⁶⁵ Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 119.

¹⁶⁶ Vgl. *Mitschke* 2004 /Einkommensteuerrecht/ S. 104-106, Rz. 289-295.

da das Kindergeld nicht im Zusammenhang einer Bedürftigkeit aufgrund von niedrigem Einkommen ausgezahlt wird.¹⁶⁷

Wie die Regelungen zur Finanzierung mittels Bezugsrechten aussehen würden, wird im Abschnitt 4.2.1.3 näher erläutert. Zunächst wird im Folgenden ein kurzer Exkurs eingeschoben, welcher sich mit der Negativen Einkommensteuer im Kontext der Transaktionskosten im Sinne von Wohlfahrtsverlusten beschäftigt und der Frage nachgeht, wie die Negative Einkommensteuer hinsichtlich dem Ziel, die allgemeine Wohlfahrt zu steigern, bewertet werden kann. Es handelt sich dabei um ein wichtiges Argument für das vorgestellte Vollgeldkonzept.

Exkurs: Negative Einkommensteuer und Transaktionskosten

In diesem Exkurs soll auf Basis des Transaktionskostenbegriffes gezeigt werden, dass eine Grundsicherung mittels einer Konzeption der negativen Einkommensteuer, aus gesellschaftlicher und ökonomischer Sicht, sehr wünschenswert ist; der Wohlstand der gesamten Volkswirtschaft würde steigen. Der Begriff der Transaktionskosten muss zuvor kurz erläutert werden.¹⁶⁸

Wir sprechen im Folgenden von „Transaktionskosten im Sinne von Wohlfahrtsverlusten“¹⁶⁹. Nach der Transaktionskostentheorie verursacht eine Organisationsform, neben den eigentlichen Organisationskosten, auch immer Reibungsverluste, welche als Betriebskosten des Wirtschaftssystems bezeichnet werden (nach *Arrow*).¹⁷⁰ Eben diese Transaktionskosten können auch beim gegenwärtigen Sozialsicherungssystem ausfindig gemacht und grob bestimmt werden. Auf die gleiche Weise könnte auch eine Geldordnung hinsichtlich der verursachenden Transaktionskosten im Sinne von Wohlfahrtsverlusten untersucht werden. An dieser Stelle wollen wir uns aber auf die soziale Sicherung beschränken.

¹⁶⁷ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ 113.

¹⁶⁸ Zum Thema dieses Exkurses bietet sich insbesondere die folgende Projektarbeit an, welche die Negative Einkommensteuer im Kontext von Transaktionskosten darstellt: Birkenfeld 2006 /Negative Einkommensteuer/ o. S.

¹⁶⁹ Frambach/Eissrich 1998 /Transaktionskosten/ S. 50.

¹⁷⁰ Vgl. Williamson 1990 /Institutionen/ S. 21.

Es wird der „(...) empirischen Erfassung von Effizienzeinbußen durch bspw. jegliche Formen opportunistischen Verhaltens (...) eine klare Absage erteilt.“¹⁷¹ Demnach können als Transaktionskosten jene Kosten verstanden werden, welche entstehen, wenn aufgrund von opportunistischem Verhalten, beispielsweise eines Mitarbeiters, einem Unternehmen geschadet wird. Wenn beispielsweise einem neuen Mitarbeiter bestimmte wichtige Informationen vorenthalten werden und dieser dadurch weniger gut seine Arbeit verrichten kann, so ist schwerlich zu messen, welche Schäden dem Unternehmen hierdurch entstehen. Es wird also von Transaktionskosten gesprochen.

Bereits hier sollte zu erahnen sein, dass sich Transaktionskosten in bestimmten Fällen auch (lediglich) intuitiv erschließen lassen.¹⁷² Das Messproblem ist bei dieser Sicht auf den Transaktionskostenbegriff besonders zentral. Unter anderem aufgrund dieser Messschwierigkeiten findet dieser Begriff in der Regel weniger Beachtung.

Williamson schlägt vor, den Vertrag bei der Betrachtung von Transaktionskosten in den Mittelpunkt zu stellen, wodurch nun ein Vertragsproblem formuliert werden kann. Dieses Vertragsproblem kann anschließend „(...) sinnvoll unter dem Aspekt der Transaktionskosteneinsparung (...)“¹⁷³ untersucht werden. *Rawls* begründet einen solchen gesellschaftlichen Vertrag mit dem „Schleier des Unwissens“, wonach zunächst kein Bürger weiß, in welcher arbeitsmarktpolitischen, intellektuellen, sozialen usw. Situation er sich in Zukunft befinden wird. Es ist davon auszugehen, dass die Menschen einer Gesellschaftsgestaltung zustimmen werden, welche niemanden innerhalb der Gesellschaft schlechter stellen oder diskriminieren wird.¹⁷⁴ Eine ‘Schlechter-Stellung’ oder die Diskriminierung einzelner Bürger würde in diesem Sinne Wohlfahrtsverluste verursachen und damit als Transaktionskosten klassifiziert werden können.

Hierauf aufbauend kann ein Institutionenvergleich durchgeführt werden, bei dem die Transaktionskosten gegenübergestellt werden. Nicht die absolute Höhe der Transaktionskosten ist hier von Bedeutung, sondern die Differenz, die ein solcher

¹⁷¹ Frambach/Eissrich 1998 /Transaktionskosten/ S. 50.

¹⁷² Vgl. Frambach/Eissrich 1998 /Transaktionskosten/ S. 58. Siehe zum Begriff einer strengen Beweisführung und Intuition auch Burda/Wyplosz 2003 /Makroökonomie/ S. 18.

¹⁷³ Williamson 1990 /Institutionen/ S. 20.

¹⁷⁴ Vgl. Giersch 2003 /Gerechtigkeit/ S. 39.

Vergleich zeigt.¹⁷⁵ Es wird also ein (Gesellschafts-) Vertrag gesucht, welcher diese Forderungen nach geringeren Transaktionskosten erfüllt.

Bei einer Konzeption der sozialen Sicherung auf Grundlage einer Negativen Einkommensteuer (wie dies zum Beispiel beim Bürgergeld nach *Mitschke* der Fall ist) werden jedem Bürger, der kein oder nur ein geringes Einkommen hat, monatlich ein bestimmter Betrag ausgezahlt. Dieser Betrag errechnet sich aus dem Einkommen multipliziert mit '1 minus dem jeweiligen Steuersatz' plus dem Grundsicherungsbetrag.¹⁷⁶ Das bedeutet, bei einem angenommenen Grundsicherungsbetrag von 600 Euro und einem Steuersatz von 50 Prozent, dass ein Bürger mit einem Einkommen von 400 Euro letztlich 800 Euro zur Verfügung haben würde. Ein Bürger mit 1000 Euro Einkommen würde nach diesem vereinfachten Schema 1100 Euro monatlich zur Verfügung haben. Ein weiterer Bürger, ohne jegliches Einkommen würde nach diesen Berechnungen, den zuvor als sozio-kulturelles Existenzminimum definierten Betrag erhalten. In diesem Beispiel wären das 600 Euro monatlich.

Die Negative Einkommensteuer weist eine Vielzahl von Vorteilen gegenüber dem heutigen System der sozialen Sicherung auf. Darunter fallen die Vereinfachung der Verwaltung und die leichtere Bedürftigkeitsprüfung. Gleichzeitig erhofft man sich eine deutliche Steigerung der Beschäftigung, vor allem im Niedriglohnsektor. Im heutigen System sind die ökonomischen Anreize, eine Erwerbsarbeit anzunehmen, durch das Anrechnen von Hinzuverdiensten bei den Transferzahlungen, sehr gering.

Es wird in diesem Zusammenhang auch von einem 'Quasisteuersatz' gesprochen, der je nach Transferzahlung bei 80-90 Prozent (Arbeitslosengeld II) oder unter Umständen teilweise sogar bei 100 Prozent oder höher liegen kann (z. B. Wegfall des Kindergeldes beim Überschreiten einer bestimmten Einkommensgrenze). Demnach steht das heutige Steuer- /Transfersystem im Verdacht die hohe Arbeitslosigkeit in gewisser Weise mit zu verursachen.

¹⁷⁵ Vgl. Williamson 1990 /Institutionen/ S. 25.

¹⁷⁶ Nettoeinkommen (yn) = Bruttoeinkommen (yb) * (1 – Steuersatz (t)) + Grundsicherungsbetrag (G) (vereinfachte Darstellung). Zur weiteren Veranschaulichung siehe auch Abbildung 9 im Anhang. Vgl. Kumpmann 2006 /Negative Einkommensteuer/ S. 47, Sp. 2. Eine ähnliche Darstellung bei Huber 1998 /Vollgeld/ S. 87-88. Er spricht nicht von einem Steuersatz, sondern von einer Anrechnungsrate.

Zusätzlich ist das heutige System der Sozialhilfe und Hartz IV in höchstem Maße diskriminierend.¹⁷⁷ Da das System der Negativen Einkommensteuer darauf abzielt, dass der Übergang zwischen Transferempfänger und Steuerzahler gleitend ist, wird eine Stigmatisierung von Transferempfängern verhindert.¹⁷⁸ Niemand muss zum Sozialamt gehen und kein Bedürftiger wird zum Bittsteller bei Behörden. Transferleistungen würden „automatisch“ beim Unterschreiten eines festgesetzten Einkommens ausgezahlt.

Aufgrund der hohen Diskriminierung im heutigen System, werden eine Vielzahl von Bedürftigen davon abgehalten ihre Ansprüche bei den jeweiligen Behörden geltend zu machen. Veröffentlichte Studien hierzu zeigen, dass es knapp zwei Millionen Erwerbstätige bei den Transferempfängern gibt, die ihren geringen Verdienst nicht „aufstocken“ lassen, obwohl sie durchaus einen gesetzlichen Anspruch haben.¹⁷⁹ Diese bedürftigen Menschen leben in der sogenannten verdeckten Armut.

Dies spart auf der einen Seite Kosten innerhalb der Sozialkassen, aber im Sinne eines Sozialstaates ist dies sicherlich nicht. Es kann hier ohne weiteres von opportunistischem Verhalten seitens der Sozialbehörden gesprochen werden, wenn solche Zustände in Kauf genommen werden. Auch hier verursacht opportunistisches Verhalten Wohlfahrtsverluste bei Millionen bedürftiger Bürger, es entstehen also Transaktionskosten.

Auch spielt im heutigen Sozialsicherungssystem immer ein gewisses Staatsversagen mit hinein. Es kann grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass der erste Arbeitsmarkt es am besten und effizientesten versteht, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenzubringen. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verursachen also Ineffizienzen, da beispielsweise dem ersten Arbeitsmarkt tatsächliche Arbeit entzogen wird.¹⁸⁰ Gleichzeitig wird es aber als einziges probates Mittel betrachtet, die Arbeitswilligkeit der Bedürftigen zu überprüfen.¹⁸¹

¹⁷⁷ Wer bisher nicht auf eine solche Unterstützung angewiesen war, wird sich die Situation nur schwer vorstellen können. Vielen wird die Situation aber durch persönliche Berichte im Bekanntenkreis nicht ganz unbekannt sein.

¹⁷⁸ Vgl. Kirchgässner 2005 /Option für die Armen/ S. 79.

¹⁷⁹ Vgl. Süddeutschen Zeitung 19.10.2006 /Millionen verzichten auf staatliche Hilfe/ S. 5.

¹⁸⁰ Vgl. Mitschke 2004 /Einkommensteuerrecht/ S. 90, Rz. 253.

¹⁸¹ Vgl. Caesar/Lammers/Schnarrer (Hrsg.) 2005 /Europa/ S. 237.

An dieser Stelle, bei der Feststellung der Arbeitswilligkeit, kann wiederum Staatsversagen vermutet werden. Im Extrem wird bei einem tatsächlich Arbeitsunfähigen die Arbeitsfähigkeit unterstellt und beim gerechtfertigten Verweigern einer angebotenen Arbeit die Transferzahlungen gekürzt.¹⁸² Andererseits wird ein Arbeitsunwilliger es auch gut zu verstehen wissen Arbeitsunfähigkeit vorzutauschen, um zu unrecht Transferzahlungen in Anspruch zu nehmen. Dabei kann selbstverständlich von opportunistischem Verhalten seitens der Transferempfänger gesprochen werden.¹⁸³

Gerade durch diese schwierige und aufwendige Prüfung der Bedürftigkeit entstehen wieder hohe (hier aber messbare) Verwaltungskosten. *Mitschke* kommt zu dem Schluss, dass ein gewaltiger Umverteilungsapparat aufgebaut wurde, dessen Nutzen aber eher als gering betrachtet werden muss.¹⁸⁴

An dieser Stelle soll der kurze Ausflug zur Transaktionskostenökonomie und dem Sozialsicherungssystem beendet werden.¹⁸⁵ Als Ergebnis wird festgehalten, dass der Vorschlag einer Geldordnungsreform zusammen mit der Einführung eines Grundeinkommens-Schemas (in Form einer Negativen Einkommensteuer) besondere Vorteile verspricht - sowohl aus gesellschaftlicher, als auch aus ökonomischer Sicht.

Weiter dargestellt werden nun das Vollgeldkonzept und die dabei vorgesehenen Bezugsrechte zur Finanzierung einer Grundsicherung.

4.2.1.3. Bezugsrechte

Bezugsrechte stellen eine zweckgebundene Ausgabe von Geld durch die Zentralbank dar. Sie dienen der Finanzierung der Grundeinkommens-Zahlungen und werden den Bezugsrechtberechtigten von Finanz- und Sozialbehörden zugeteilt. Die Bezugsrechte sind *kein* Notenbankkredit an den Staat und demnach *kein* Finanzmittel der Regierung, sondern sie ersetzen diese teilweise.¹⁸⁶

¹⁸² Vgl. Caesar/Lammers/Schnarrer (Hrsg.) 2005 /Europa/ S. 231.

¹⁸³ Oder unschön von „Sozialschmarotzern“.

¹⁸⁴ Vgl. Mitschke 2004 /Einkommensteuerrecht/ S. 99, Rz. 276

¹⁸⁵ Zur Gegenüberstellung der Transaktionskosten (TAK) des gegenwärtigen Sozialsicherungssystems und der Konzeption einer Negativen Einkommensteuer siehe Abbildung 10 im Anhang (Birkenfeld 2006 /Negative Einkommensteuer/ S. 16).

¹⁸⁶ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 120.

Sie werden zins- und tilgungsfrei ausgestellt, da sie ausschließlich der Finanzierung von Grundeinkommen dienen und anderweitig nicht verwendbar sind. Diese Finanzierung wird vom Staat auf die Zentralbank verlagert. Zu unterscheiden ist, dass die Grundbezugsrechte an die Bezieher, im Zuge der Notenbank-Emission *weitergeleitet* werden. Sie werden also nicht an die Bedürftigen *transferiert*, wie dies bei der Umverteilung vom Steuerzahler zum Transferempfänger gegenwärtig geschieht.¹⁸⁷ Die, den Berechtigten ausgestellten Grundbezugsrechte, sind „(...) nicht übertragbar, nicht handelbar, nicht diskontierungsfähig, also nur dem Bezugsberechtigten gutschriftsfähig.“¹⁸⁸

Eine weitere zentrale Idee ist, dass die Bestimmung des Kreises der Bezugsberechtigten und die Höhe des Grundeinkommens „(...) zum institutionellen Bestand von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft (...)“¹⁸⁹ und deren „(...) langfristig sehr stabilen Strukturen gehören (...)“¹⁹⁰ sollen. Das würde bedeuten, dass die heutige ständige Kontroverse in der Politik über die Sozialtransfers beendet wäre, und zwar unter anderem dadurch, dass die Höhe des Grundeinkommens gesetzlich festgeschrieben wird. Als Eckwert des Grundeinkommens würde sich der relative Subsistenzstandard anbieten, wobei der volle Grundeinkommens-Satz bspw. die Hälfte des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens betragen würde.¹⁹¹ Eine jährliche Anpassung der Subsistenzgrenze wäre ebenfalls mit einzubeziehen.

Weiterhin ist anzumerken, dass der größte Teil der Emission des Vollgeldes durch Bezugsrechte realisiert, jedoch ein bestimmter, kleinerer Anteil durch das bewährte Kreditverfahren in Umlauf gebracht werden würde.¹⁹²

Von besonderer Wichtigkeit ist, dass der Zentralbank de facto ein Veto eingeräumt wird, d. h. die Sozial- und Finanzbehörden müssen also mit der Zentralbank eine Übereinkunft treffen – und nicht umgekehrt. Die Zentralbank hat also keine Vollzugsverpflichtung gegenüber der Bedarfsanmeldung der Ministerien. Dies soll

¹⁸⁷ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 121.

¹⁸⁸ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 123.

¹⁸⁹ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 123.

¹⁹⁰ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 123.

¹⁹¹ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 124.

¹⁹² Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 27.

ausschließen, dass Regierung und Parlament versucht sein könnten „(...) eher öfter statt möglichst nie die betreffenden Strukturen ändern zu wollen, oder sie könnten Grundeinkommensregelungen beschließen wollen, die den Rahmen des geldpolitisch Darstellbaren sprengen (...)“,¹⁹³ d. h. die Geldmenge zu stark expandieren zu lassen. Die Zentralbank ist sicherlich an die gesetzlichen Vorgaben gebunden, aber bei der Verweigerung der Ausstellung zusätzlicher Grundbezugsrechte müssten eventuelle Fehlbeträge wieder anderweitig aus Steuern oder Schulden finanziert werden.¹⁹⁴

Huber zeigt, dass diese Form der Grundbezugsrechte das Zinsniveau absenken würde.¹⁹⁵

4.2.1.4. Retribution

„Es wäre wünschenswert, und könnte unumgänglich sein, zusammen mit der Einführung von Grundbezugsrechten ein *Retributions-Gesetz* zu beschließen (...)“¹⁹⁶

Anschließend an die Vorstellung des Vollgeldes, der Bezugsrechte und der Grundsicherung spricht sich *Huber* weiter für die Verringerung der Staatsquote aus, auch als Retribution bezeichnet. Er plädiert ebenso wenig für einen „Minimalstaat“, wie für das in seinen Augen „verschlossene“ Argument, der Staat dürfe sich nicht aus der Verantwortung ziehen. Bestimmte öffentliche Dienste, insbesondere Ordnungs- und Verwaltungsdienste sollten unbedingt in staatlicher Hoheit verbleiben.

Der moderne Staat hat auch weiterhin viele wichtige Aufgaben zu bewältigen und mitzufinanzieren, so dass *Huber* eine optimale Staatsquote von 15-25 Prozent sieht. Er fordert, dass der Staat sich auf seine Kernkompetenzen konzentriert, das heißt auf seine Gewährleistungsfunktion. Hierzu gehören öffentliche Leistungen, die vom Staat zu erbringen sind, und zwar sind das Ordnungs-, Infrastruktur- und soziale Sicherungsaufgaben.¹⁹⁷ Gleichzeitig muss die Regierung eine starke politische Führung ausüben.¹⁹⁸

¹⁹³ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 125.

¹⁹⁴ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 125.

¹⁹⁵ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 148-154, siehe auch S. 26.

¹⁹⁶ Huber 1998 /Vollgeld/S. 126. Siehe zum *Retributions-Gesetz* etwas ausführlicher Huber 1998 /Vollgeld/ S. 126-128.

¹⁹⁷ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 292.

¹⁹⁸ Vgl. zu diesem Absatz Huber 1998 /Vollgeld/ S. 287-288.

Die Einführung eines bezugsrechtfinanzierten Grundeinkommens durch Vollgeld stellt nach Ansicht *Hubers* eine wirksame Wegbereitung der Retribution dar.¹⁹⁹

4.2.2. Effekte des Vollgeldkonzeptes

Das Vollgeldkonzept soll folgende Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Staat haben:

1. Beschäftigungseffekte,
2. Zinseffekte,
3. Retributionseffekte.
4. Vermögenseffekte,
5. Wachstums- und Konjunkturreffekte.

Zu 1) Zunächst führt *Huber* frühere US-Experimente an, die deutlich machen, dass durch eine Negative Einkommensteuer (Grundsicherung) die Nachfrage nach Arbeitsplätzen zurückgeht. Die Bezieher einer Negativsteuer zogen sich aus dem Arbeitsmarkt zurück, da sie hierdurch besser gestellt wurden als bei dem Bezug von Lebensmittelmarken. Diese Situation ist allerdings nicht ohne weiteres auf europäische Verhältnisse übertragbar. In Europa sind die Sozialhilfe und die Arbeitslosenunterstützung seit Jahrzehnten relativ hoch. Dadurch sind Arbeitsrückzugseffekte schon lange in einem hohen Maße vorhanden und entstehen durch eine Grundsicherung nicht mehr zusätzlich. *Huber* argumentiert mit dem Effizienzlohnmodell, dass „(...) der Schleusenmechanismus des Grundeinkommens im heutigen Europa zu einer Ausweitung der Arbeitsnachfrage führen muss, weil höhere Lohneinkommen die Arbeitsnachfrage erhöhen, und weil ein Grundeinkommen durch seine Anrechnungsrate die Erhöhung der Einkommen durch eigene Arbeitseinkommen gewährleistet. Die Erwerbsschleuse schafft, im Vergleich zum heutigen Status quo, einen Anreiz, zusätzlich zum Grundeinkommen offizielle Beschäftigung nachzufragen statt schwarz arbeiten zu gehen oder sich von Erwerbstätigkeit fernzuhalten. Deshalb wird bei Vorhandensein einer

¹⁹⁹ Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 337.

Erwerbsschleuse unter den heutigen sozialstaatlichen Ausgangsbedingungen in Europa die effektive Erwerbstätigkeit im Ergebnis zunehmen.²⁰⁰

- Zu 2) Eine Zinsniveauabsenkung wird durch folgende Punkte erreicht: 1. abnehmende Staatsnachfrage nach Geld bzw. Krediten, 2. verbessertes Kapitalangebot infolge erhöhter Ersparnisse und breit gestreuter Vermögensbildung und 3. zinsfreie Emission von Bezugsrechten.²⁰¹ „Die Lenkungsfunction der Zinsen bleibt auch auf erniedrigtem Niveau ungeschmälert erhalten.“²⁰²
- Zu 3) Ein Retributions-Gesetz wäre mit dem bezugsrechtfinanzierten Grundeinkommen durchführbar.²⁰³ Je nach Ausgestaltung der Retribution können sich Steuern und Sozialabgaben verringern. Zugleich nehmen die Soziallasten indirekt ab, soweit wie das Grundeinkommen dazu beiträgt die Arbeitslosigkeit in bestimmten Segmenten zu reduzieren und auch in der Jugend und im Alter die Erwerbstätigkeit auszudehnen.²⁰⁴
- Zu 4) Das bezugsrechtfinanzierte Grundeinkommen kann der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen die Spitze nehmen.²⁰⁵ Die verbesserte Einkommenslage der Unternehmen und Haushalte würde sich in einer erhöhten Ersparnis- und Vermögensbildung niederschlagen. Dadurch erhöhe sich die Eigenfinanzierung und es stiege die Kreditbonität. Eine hohe Spar- und Eigenkapitalquote sei unternehmerisch und gesamtwirtschaftlich nur von Vorteil.²⁰⁶
- Zu 5) Das bezugsrechtfinanzierte Grundeinkommen wirkt als untere Nachfragestütze und soll weitgehend konjunktur- und krisenunabhängig sein und konjunkturverstetigend und krisendämpfend wirken.²⁰⁷ *Huber* sieht die Entstehung eines kreditvolumensteigernden Potentials, je niedriger das

²⁰⁰ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 99-100. Diese Erwartungen einer Beschäftigungssteigerung sollen auch von neueren amerikanischen Erfahrungen mit dem EITC-Schema bestätigt worden sein (vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 105).

²⁰¹ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 151.

²⁰² Huber 1998 /Vollgeld/ S. 153.

²⁰³ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 126.

²⁰⁴ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 140.

²⁰⁵ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 26.

²⁰⁶ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 142.

²⁰⁷ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 138. Zu Auswirkungen auf Wachstum und Inflation siehe Huber 1998 /Vollgeld/ S. 142.

Zinsniveau und je beständiger die Konjunktur bleibt. Dadurch würden Investitionen leichter zu tätigen sein und auch in ihrer absoluten Summe zunehmen.²⁰⁸

4.2.3. Zusammenfassung

Ein ähnliches Konzept, das 100-Prozent-Reserve-Banking, wurde von anderen renommierten Wissenschaftlern, wie Irving Fisher, Henry Simons und auch Milton Friedman bereits in der Vergangenheit vertreten.²⁰⁹ Neuer an *Huberts* Vollgeldkonzept ist beispielsweise die „zirkulationstheoretisch begründete Fristenpolitik“, mit der die Zentralbank ein neues geldpolitisches Instrument zur Geldmengensteuerung inne hätte.²¹⁰

Huber betont, dass das Vollgeldkonzept, bei dem das Grundeinkommen mit zins- und tilgungsfreien Bezugsrechten finanziert wird, nichts mit „(...) utopischen oder ideologischen Lehren, die eine Abschaffung von Zins, Gewinn, Wachstum, Industriegesellschaft, Lohnarbeit, Kapitalismus etc. predigen“²¹¹ zu tun hat.

Das hier in aller Kürze vorgestellte Vollgeldkonzept spiegelt viele Aspekte wieder, die in der vorliegenden Arbeit bereits in der Einleitung und Kapitel 3 angesprochen wurden. Die Bankengeldschöpfung und die damit in Verbindung gebrachte Instabilität der Finanzmärkte könnte durch eine hundertprozentige Deckung der Bankenkredite (Vollgeld), wenn nicht ganz verschwinden, doch zumindest abgeschwächt werden. Der Vermögensungleichverteilung würde die Spitze genommen werden, und zwar durch das Absenken des Zinsniveaus und der Finanzierung eines Grundeinkommens durch Bezugsrechte. Die Bürger wären vor dem Abrutschen unter die Armutsgrenze geschützt. Gleichzeitig würden die Sozialbudgets und damit der Staat entlastet, der Teufelskreis aus mehr Arbeitslosigkeit – höhere Sozialausgaben – höhere Lohnnebenkosten wäre durchbrochen.

²⁰⁸ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 145.

²⁰⁹ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 23-24.

²¹⁰ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 23.

²¹¹ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 25.

Es dürfte deutlich geworden sein, dass das vorgestellte Vollgeldkonzept umfassenden Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Staat nehmen würde und diese in gewisser Weise stabilisieren könnte. Dabei sollen Grundeinkommen, Bezugsrechte, Vollgeld und Retribution im Grunde auch getrennt von einander umgesetzt werden können.²¹²

Bei einer Umwandlung der Sichtguthaben in Vollgeld sollte sichergestellt werden, dass sie die bankgeschäftlichen Tätigkeiten nicht beeinträchtigt. Die Reformen sollen, so wird bei *Gocht*, als auch bei *Huber* besonders betont, die Geschäftsbanken in ihren Geschäften weder einschränken noch ihnen ihre Geschäftsgrundlage, das Gewähren von Krediten gegen Zinsen entziehen. Die Eindringlichkeit, mit der beide diesen Aspekt hervorbringen ist sicherlich angebracht, da ohne weiteres vorstellbar ist, dass die, von den hier vorgetragenen Reformen, betroffenen Gruppen um ihre Existenz bangen könnten. Diese komplexe und teilweise undurchsichtige Thematik könnte tatsächlich auf Missverständnisse stoßen.²¹³

Huber geht noch auf verschiedene gesellschaftliche Aspekte ein und kommt bei dem Thema unserer freiheitlichen Demokratie zu dem Schluss, dass die Retribution durch das bezugsrechtfinanzierte Vollgeld „(...) eine wirksame Vorkehrung gegen die schleichende geldherrschafliche Überfremdung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft (...)“²¹⁴ darstellt.

4.3. Wettbewerbliche Geldordnung

Einen völlig anderen Weg schlagen die Vertreter einer wettbewerblichen Geldordnung vor. Es lassen sich hierzu verschiedenste Denkrichtungen unterscheiden, z. B. die Währungskonkurrenz, das Free-Banking-System usw. Es soll hier lediglich relativ kurz auf die Vorschläge der folgenden zwei bekanntesten Vertreter eingegangen werden, um den Ansatz einer wettbewerblichen Geldordnung zu verdeutlichen:

1. *Friedrich A. von Hayek* und
2. *Wolfram Engels* (der „Standard“).²¹⁵

²¹² Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 25.

²¹³ Vor allem wenn diese Thematik, wie in dieser Arbeit, nur sehr knapp dargestellt werden kann.

²¹⁴ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 337.

²¹⁵ Vgl. zu weiteren Begriffen einer wettbewerblichen Geldordnung Rodewald 2005 /Geldemission/ S. 3. Zu den genannten zwei Vertretern siehe auch Huber 1998 /Vollgeld/ S. 245 und S. 253.

4.3.1. Hayek

Der bekannteste Vertreter der Währungskonkurrenz ist *Hayek* (1899-1992), der bereits 1977 dieses Thema als einer der Ersten erneut in die wissenschaftliche Diskussion einbrachte.²¹⁶ „Hayek wendet sich gegen Geld als *gesetzliches* Zahlungsmittel.“²¹⁷

Ein interessantes Argument für eine wettbewerbliche Geldordnung ist die Antwort auf die Frage, ob „(...) sich die staatliche Geldproduktion tatsächlich bewährt (...)“²¹⁸ habe und ob sie deshalb überlebt hat, „(...) weil sie bestimmten sozialen Bedürfnissen gedient habe?“²¹⁹ Dazu führen *Gerding/Starbatty* an, dass die staatliche Geldproduktion in einigen Ländern ihren eigenen Bankrott überlebt hat, gerade aufgrund ihrer monopolistischen Züge, durch welche die lästige Konkurrenz per Gesetz unterbunden werden konnte.²²⁰ Die Wirtschaftssubjekte sind dadurch gezwungen „(...) Produkte des Monopolisten [zu] benutzen, auch wenn sie mit Mängeln behaftet sind.“²²¹

Der Kern der Währungskonkurrenz nach dem Ansatz von *Hayek* besteht darin, das bestehende Notenbankmonopol auf Druck und Emission von Geld aufzulösen. Es sollen demnach wettbewerblich konkurrierende Währungen eingeführt werden, die von privaten Geschäftsbanken ausgegeben werden.²²²

Gleich zu Anfang mag sich folgendes Argument gegen eine wettbewerbliche Geldordnung aufdrängen: Das staatliche Monopol des Notendrucks ist schon alleine deshalb berechtigt, da eine privatwirtschaftliche Organisation zu Missbrauch einlädt. Nur, ist es nicht so, dass, wie bereits zuvor erwähnt, gerade eine monopolistische (staatliche) Geldordnung dazu neigt, missbraucht zu werden?

Da könnte tatsächlich eine „marktwirtschaftliche“ Geldordnung einleuchten, bei der verschiedene Unternehmen (Banken) untereinander um die besten Produkte - eben stabile Währungen - konkurrieren. Der Missbrauch, seitens eines solchen Unternehmens

²¹⁶ Vgl. Hayek 1977 /Entnationalisierung/ o. S., vgl. Gerding/Starbatty 1980 /Entnationalisierung/ S. 6-11; siehe auch Terres 1999 /Geldordnung/ o. S. und vgl. Rodewald 2005 /Geldemission/ S. 4.

²¹⁷ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 246. Vgl. hierzu auch Hayek 1977 /Entnationalisierung/ S. 18.

²¹⁸ Gerding/Starbatty 1980 /Entnationalisierung/ S. 16.

²¹⁹ Gerding/Starbatty 1980 /Entnationalisierung/ S. 16.

²²⁰ Vgl. Gerding/Starbatty 1980 /Entnationalisierung/ S. 18.

²²¹ Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 309.

²²² Vgl. Hayek 1977 /Entnationalisierung/ S. 6.

und der damit wohl einhergehende Werteverfall des jeweiligen Geldes würde die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens einschränken und diese schlechtere Währung mittel- bis langfristig vom Markt verdrängen. *Hayek* bezweifelt demnach nicht, dass private Unternehmungen den Wert des durch sie ausgegebenen Geldes stabil halten können, da ihr Überleben nun mal hiervon abhängt.²²³

Das Notenbankmonopol wird nun ebenso kritisch in Augenschein genommen, wie es generell bei Monopolen anderer Branchen geschieht. Dabei leuchtet das Argument ein, dass die Notenbank als Monopolist keine Anreize hat, bessere Methoden zur Bedürfnisbefriedigung mittels Geld zu entwickeln. Die Produkte müssen von den Bürgern benutzt werden, selbst wenn sie unbefriedigend sind.²²⁴

Bei einer Abschaffung des Notenbankmonopols soll die jeweilige Notenbank dennoch versuchen, sich weiterhin im Auftrag der Regierung einen Platz im Währungswettbewerb zu sichern. Ihren Platz könnte diese wohl wahren, da vermutlich eine Vielzahl der Bürger der Regierung weiterhin besonderes Vertrauen entgegenbringen würden. *Hayek* sah den Vorzug eben gerade darin, dass diese Konzeption nur dann die jeweilige nationale Währung verdrängen würde, wenn die Notenbank schwere Fehler begehe. Eine vollständige Verdrängung könnte abgewehrt werden, wenn eine schnelle Verhaltensveränderung herbeigeführt würde.²²⁵

Hayek schlägt vor, dass Banken „(...) nicht-zinstragende Zertifikate (...)“²²⁶ ausgeben, d. h. *private* Banknoten oder Sichtguthaben. Diese sollen auf eine eigene Währung, den ‘Dukat’ lauten. Dabei soll der Dukat durch eine konstante Kaufkraft des Geldes die Werthaltung durch Geld garantieren.²²⁷ Dafür soll der Dukat an einen Warenkorb, z. B. einen Preisindex für Rohstoffe, gebunden werden. Inflation und Deflation sollten, im strengen Sinne dieses Wortes, aufhören als veränderte Kaufkraft des Geldes in Erscheinung zu treten.²²⁸

Auf *Hayek* wird in der späteren Kritik (Abschnitt 5.1) weiter eingegangen.

²²³ Vgl. *Hayek* 1977 /Entnationalisierung/ S. 17.

²²⁴ Vgl. *Hayek* 1977 /Entnationalisierung/ S. 7.

²²⁵ Vgl. *Hayek* 1977 /Entnationalisierung/ S. 4.

²²⁶ *Hayek* 1977 /Entnationalisierung/ S. 30.

²²⁷ Vgl. *Hayek* 1977 /Entnationalisierung/ S. 33, siehe ebenfalls *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 246.

²²⁸ Vgl. *Hayek* 1977 /Entnationalisierung/ S. 90, siehe *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 246.

4.3.2. Wolfram Engels

W. Engels will eine etwas andere Privatwährung und gibt dabei einen anderen Wertmaßstab für diese Privatwährung an. Sein „Standard“ soll als Anteilsschein auf das vorhandene Sachkapital geeicht werden. *W. Engels* stellt die Frage, ob „(...) denn der Staat nur eine Einheit, die Geldeinheit, festlegen müsse oder aber zwei Einheiten, die Geldeinheit und die Werteinheit.“²²⁹

W. Engels will eine Sachwertbindung der vorgeschlagenen Privatwährung. Dies aber nicht wie in der Vergangenheit als Deckung mittels Edelmetallen, sondern mit Sachkapital. *W. Engels* lehnt somit frei geschöpftes Papier- oder Buchgeld aus dem ‚Nichts‘ als funktionales Steuerungsmedium ab. Damit fordert er ein wieder wertsubstanzielles Geld mit einem „(...) konkret definiertem Schuldinhalt (...)“²³⁰.

W. Engels schlägt vor, den Nagel, an dem sich unser Wirtschaftssystem halten sollte, an dem sogenannten Marktportefeuille anzuschlagen.²³¹ Die Währung könnte dann als Assetstandard bezeichnet werden, „(...) der auf das Marktportefeuille lautet, und zwar in der Weise, dass der Nominalzins null wird. Eine Banknote wäre gewissermaßen ein Investmentzertifikat auf einen Anteil am Volksvermögen (oder am Weltvermögen). Geld wäre nichts anderes als mobilisiertes Sachvermögen. Dieses Volksvermögen verzinst sich real (d. h. in Einheiten eines Güterkorbes gemessen). Da sich die Banknote (beziehungsweise die Geldeinheit) ebenso hoch verzinst wie dieses Vermögen, ist die Differenz, also der Nominalzins, null.“²³²

Für das Wertmaß sollte ein Marktportefeuille gebildet werden, welches „(...) der proportionalen Gesamtstruktur aller Vermögenswerte entspricht (...)“²³³. Es soll gewissermaßen ein verkleinertes Abbild des Volksvermögens darstellen.²³⁴ Wobei zum Volksvermögen eben nicht das Geldvermögen gezählt wird. „Denn das Aggregat aller Geldvermögen sei null, weil in der reinen Kreditwirtschaft jedem Geldguthaben eine gleich große Geldschuld gegenübersteht.“²³⁵ *Engels* hat folglich damit gerechnet,

²²⁹ Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 98.

²³⁰ Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 337. Vgl. auch Huber 1998 /Vollgeld/ S. 255.

²³¹ Vgl. Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 8.

²³² Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 8.

²³³ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 254.

²³⁴ Vgl. Engels 1996 /Vollgeld/ S. 76.

²³⁵ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 254. Huber bezieht sich auf Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 329 und 338.

„(...) dass der Zins, als nomineller Kapitalmarktzins, in seiner Standard-Wirtschaft gegen null tendieren müsste.“²³⁶

Kritische Einwände zu W. *Engels* folgen in Kapitel 5.1.

4.4. Freiwirtschaftslehre

Die heutige Freiwirtschaftslehre hat ihren Ursprung in den Schriften *Silvio Gesells* (1862-1930), der bereits 1916 sein Werk „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ veröffentlichte.²³⁷

Der Begriff Freiwirtschaft geht auf die von ihm eingeführten Begriffe Freigeld und Freiboden zurück. *Gesell* erkannte damals, vor über 90 Jahren, Zusammenhänge zwischen den Konjunkturzyklen und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

In den Vorstellungen der Freiwirtschaftslehre spielen die Eigenschaften, die dem Geld inne wohnen eine zentrale Rolle. Geld sei Wertaufbewahrungsmittel, Zahlungsmittel und Tauschmittel zugleich, und als Rechengröße wird die Geldeinheit dazu verwendet, Güter untereinander zu verrechnen.

Nach der Freiwirtschaftslehre besteht ein fundamentales Problem des existierenden Geldes, in dem Gegensatz von Wertaufbewahrungsmittel und Zahlungsmittel. Wird Geld als Zahlungsmittel verwendet, so entzieht es sich der Wertaufbewahrung, da es stets weitergegeben wird. Auf der anderen Seite kann das Geld, wenn es als Wertspeicher verwendet und in einem Tresor (oder auf ähnliche Weise) gelagert wird, nicht für Zahlungszwecke eingesetzt werden. Und genau darin sieht die Freiwirtschaft das große Dilemma.

Aufgrund dieses Aufbewahrungs-Zahlungs-Dilemmas würde in bestimmten Zeiten (vorzugsweise in schlechten wirtschaftlichen Jahren) das Geld dem Wirtschaftskreislauf

²³⁶ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 255. Vgl. auch Engels 1996 /Kapitalismus/ S. 318-322. Zur genaueren Definition und Abgrenzung des Standards siehe Huber 1998 /Vollgeld/ S. 255.

²³⁷ Die folgenden Ausführungen zur Freiwirtschaftslehre sind überwiegend zu finden in Creutz 1997 /Geld-Syndrom/ o. S und Kennedy 2006 /Geld/ o. S.

entzogen. Das Geld würde dadurch knapp und der Preis des Geldes, also das Zinsniveau würde steigen.

Die Freiwirtschaft bietet hierzu die Lösung an, das Geld mit einer Umlaufsicherungsgebühr zu belegen - dem sogenannten Schwundgeld. Der gängigen Auffassung zufolge wird das Geld hinreichend durch folgende zwei Komponenten in Umlauf gehalten: 1. dem Zins, als Anreiz überschüssiges Geld anderen zur Verfügung zu stellen, und 2. der Inflation, welche einen ständigen Kaufkraftverlust des Geldes verursacht und somit zum Gebrauch des Geldes anregt (z. B. Investitionen oder andere Anlageformen, die zumindest die Kaufkraft des Geldes erhalten).

Die Freiwirtschaftslehre ist indessen der Meinung, dass in bestimmten Phasen der Konjunktur diese Mechanismen das Geld nicht in ausreichendem Maße in Umlauf zu halten vermögen. Zum Beispiel in Zeiten besonders niedriger Zinsen würden die Geldbesitzer das Geld eher horten, da sie Zeiten höherer Zinsen abwarten.²³⁸ Damit würde der Wirtschaft aber die notwendige Liquidität entzogen, was unter anderem zu Arbeitslosigkeit führen würde.

Es wird vorgeschlagen, das Geld mit einer Gebühr, die etwa 3-4 Prozent pro Jahr betragen soll, zu belegen. Damit sollen die Geldbesitzer auch in Zeiten niedriger Zinsen dazu veranlasst werden, ihr Geld schnell wieder in Umlauf zu bringen, um diese regelmäßigen Abschläge nicht in Kauf nehmen zu müssen.

Zu den vorgebrachten Argumenten werden stets Beispiele aus der Geschichte angeführt, wo durch die Geldherausgeber regelmäßige „Gebühren“²³⁹ auf die umlaufenden Zahlungsmittel erhoben wurden. Der stattfindende wirtschaftliche Aufschwung in diesen Zeiten wird von der Freiwirtschaft dann stets auf die positiven Effekte des Schwundgeldes zurückgeführt.

Als erstes Beispiel dient die sogenannte Brakteatenzeit²⁴⁰, zu der die umlaufenden Silbermünzen mehrmals im Jahr verrufen, also entwertet wurden. Die Geldbesitzer mussten ihre Münzen eintauschen, mit recht hohen Abschlägen von bis zu 25 Prozent.

²³⁸ Vgl. Kennedy 2006 /Geld/ S. 47.

²³⁹ Vgl. Kennedy 2006 /Geld/ S. 49.

²⁴⁰ Vgl. Kennedy 2006 /Geld/ S. 138-139.

Nach Ansicht der Freiwirtschaftler war dies der Grund für die damalige wirtschaftliche Blüte, da die Münzen so schnell wie möglich wieder von den Wirtschaftssubjekten ausgegeben wurden, um der Münzverrufung und der damit einhergehenden Geldentwertung zu entgehen.

Ein weiteres beliebtes Beispiel bezieht sich auf die Zeit zwischen dem Ersten Weltkrieg und dem Zweiten Weltkrieg (der Weltwirtschaftskrise 1929-1933) als unter anderem sehr hohe Arbeitslosigkeit herrschte.²⁴¹ Der Bürgermeister der Stadt Wörgl führte mit Zustimmung von Bürgern und Wirtschaftsvertretern sogenannte Arbeitsbescheinigungen ein, die innerhalb der Stadt als Zahlungsmittel dienten. Dazu wurde eine monatliche Gebühr von einem Prozent erhoben.

Damit die Arbeitsbescheinigungen gültig blieben, musste für jeden Monat eine Marke gekauft und auf die Scheine geklebt werden. Dieses Konzept war äußerst erfolgreich. Die Arbeitslosigkeit in den Gebieten, in denen die Arbeitsbescheinigungen umliefen, sank entgegen dem allgemeinen Trend. Die Steuereinnahmen stiegen und es konnten einige Projekte realisiert werden (wie der Ausbau einer Straße), die ansonsten nicht finanzierbar gewesen wären. Dieses Konzept wurde in den angrenzenden Orten teilweise übernommen, bis die Regierung bzw. die Notenbank ihre Autorität untergraben sah und dem Freigeld-Experiment ein Ende setzte.

Dieser Schwundgeldversuch soll zeigen, dass trotz einer Weltwirtschaftskrise, regional durch Einführung einer sogenannten Regionalwährung die Arbeitslosigkeit entgegen dem allgemeinen Trend abgebaut werden konnte. Die neue Währung lief um ein vielfaches schneller bzw. häufiger um und die wirtschaftliche Lage schien sich regional zu entspannen.

Bei der Freiwirtschaftslehre ist eine zur Geldreform parallele Bodenreform von zentraler Bedeutung. Hierauf soll an dieser Stelle aber nicht weiter eingegangen werden.²⁴²

Wir kommen im folgenden Kapitel zur Kritik der zuvor vorgestellten Ansätze.

²⁴¹ Vgl. im Folgenden Kennedy 2006 /Geld/ S. 50-52.

²⁴² Vgl. hierzu ausführlich Kennedy 2006 /Geld/ S. 60.

5. Kritik

Wir beginnen mit unserer kritischen Würdigung beim zuletzt genannten Ansatz, der Freiwirtschaftslehre, beurteilen im Anschluss daran die wettbewerbliche Geldordnung und gehen schließlich auf das Vollgeldkonzept ein. Auf diese Weise finden wir einen direkten Übergang zum darauffolgenden Abschnitt, indem wir zum Gegensatz zwischen Geldmonopol und Geldwettbewerb Stellung beziehen.

5.1. Bewertung der vorgestellten Ansätze

Generell sind bei der **Freiwirtschaft** die Beispiele der Brakteatenzeit und das Experiment von Wörgl zwar recht interessant, können aber sicherlich nicht allein überzeugen, dass auch heute in relativ guten wirtschaftlichen Zeiten die Einführung einer Umlaufgebühr sinnvoll wäre. Es ist nicht deutlich genug, ob der Effekt, der bei dem Beispiel in Wörgl beobachtet wurde, nicht bloß von der eingeführten Regionalwährung herrührte und auch ohne die Umlaufsicherungsgebühr ebenso positive Effekte beobachtet worden wären.²⁴³

Bestimmte Ideen *Gesells* wurden nach Ansicht von *Huber* längst verwirklicht, der Rest bliebe aber unstimmig und irreführend.²⁴⁴ *Huber* erkennt bspw. eine „(...) Kovarianz zwischen hohen/niedrigen Barbeständen und hohen/niedrigen Zinsen an“²⁴⁵, möchte dem aber keine besonders hohe Relevanz beimessen. Er kommt zu dem Schluss, dass, wenn eine Bedingung heute gewährleistet sei, dann sei es die Umlaufsicherung des Geldes.²⁴⁶

²⁴³ Anm. d. Verf.: Quelle dieser Argumentation leider nicht mehr bekannt.

²⁴⁴ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 25.

²⁴⁵ Huber 1998 /Vollgeld/ S. 393.

²⁴⁶ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 393. Ausführliche Kritik zum Schwundgeld von Silvio Gesell zu finden bei Huber 1998 /Vollgeld/ S. 381-401.

Als Argument für eine **wettbewerbliche Geldordnung** wird regelmäßig herangeführt, der Staat könnte u. U. die staatliche Geldproduktion ausnutzen, um seinen Haushalt über die Notenpresse zu finanzieren.²⁴⁷ Dieses Argument ist heutzutage sicherlich überholt, da die Europäische Zentralbank gegenwärtig recht autonom agiert und den Regierungen gegenüber nicht weisungsgebunden ist. Eine noch stärkere gesetzliche Verankerung der Unabhängigkeit der Notenbanken würde demnach ausreichen, um die Gefahr einer unkontrollierten Notenpresse noch unwahrscheinlicher werden zu lassen.

Weitere Gefahren werden aus gesamtwirtschaftlicher Sicht in einer möglichen

- konjunkturellen Instabilität (Gefahr von Überemissionen),
- institutionellen Instabilität (Gefahr von Finanzkrisen) und
- Monopolisierungstendenzen (natürliches Monopol) gesehen.

Aus einzelwirtschaftlicher Sicht kommen

- Betrugsgefahr,
- Fälschungsgefahr und
- hohe Informations- und Transaktionskosten hinzu.²⁴⁸

Zum letztgenannten Punkt meinen *Duwendag et al.*, dass „(...) bei der Existenz mehrerer in einem Währungsgebiet vorhandener und konkurrierender Währungen eine der wesentlichen Eigenschaften des Geldes verloren [geht], nämlich die Minimierung der Informations- und Transaktionskosten der Marktteilnehmer (...)“.²⁴⁹ *Duwendag et al.* stellen es sich schwierig vor, immer zur richtigen Zeit und am richtigen Ort einen geeigneten Tauschpartner zu finden. Auch das Mitführen von, im Extremfall einem Dutzend Währungen, und das Auszeichnen der Produkte mit einem Dutzend unterschiedlicher Preise sei nicht vorstellbar. Schon allein aus diesen Gründen

²⁴⁷ Vgl. Rodewald 2005 /Geldemission/ S. 11.

²⁴⁸ Die aufgeführten Punkte wurden übernommen von Rodewald 2005 /Geldemission/ S. 12 und im Zusammenhang des Free-Banking-Ansatzes besprochen, können aber generell auf eine wettbewerbliche Geldordnung bezogen werden.

²⁴⁹ Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 311.

könnten die Wirtschaftssubjekte jede einzelne existierende Währung als minderwertig empfinden.²⁵⁰

Auch wird bezweifelt, dass die Geldwertstabilität allein durch das Gewinnstreben der Privaten gewährleistet werden kann.²⁵¹ Es wird befürchtet, dass die Sicherung eines Preisziels auf diese Weise zu schwach sei und immer die Gefahr bestehen würde, dass ein privater Geldemittent sich, auch bei bisheriger Zufriedenheit des Publikums, zu einem „geeigneten“ Zeitpunkt „aus dem Staub“ machen könnte.²⁵²

Ein weiterer Einwand, der gegen eine private Geldemission eingebracht werden kann, ist, dass Geld als *natürliches Monopolgut* betrachtet werden kann. Kennzeichnung eines natürlichen Monopulgutes ist, dass dieses von einem einzigen Anbieter günstiger produziert und angeboten werden kann, als von zwei oder mehr Anbietern. Es lassen sich nicht nur abnehmende, durchschnittliche Produktionskosten, sondern auch abnehmende Benutzerkosten feststellen, je größer der Benutzerkreis ist.²⁵³ *Duwendag et al.* sehen unter anderem darin, klare Argumente *für* ein hoheitliches Geldmonopol und *für* eine dafür notwendige Regulierungsbehörde, um die allgemeinen Interessen an einem stabilen Finanzsystem zu befriedigen.

Huber betrachtet weiterhin Hayeks Modell nicht als wirklichkeitsgerecht.²⁵⁴ *Hayek* setze an so mancher Stelle zweierlei Maß an. So betrachte er einerseits jegliche 'Politik' unbedingt als ökonomisch schädlich, auf der anderen Seite würden die Märkte unfehlbar nach Vollkommenheit streben. Dass dies eine zu einseitige Betrachtungsweise ist, sollte deutlich sein.

Weiter kritisiert *Huber* an *Hayek*, dass er verschweigt, dass es in einem Währungswettbewerb auch Verlierer geben würde. Vor allem, wenn tatsächlich ein privater Geldemittent aus dem Wettbewerb ausscheidet, z. B. aufgrund starkem Wertverfalls der jeweiligen Währung. Die Verluste treffen die Privatgeldbanken, ebenso

²⁵⁰ Vgl. *Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 311.*

²⁵¹ Siehe *Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 310-311.*

²⁵² Vgl. eine etwas andere Formulierung bei *Richter 1987 /Geldtheorie/ S. 133.* Der gleichen Ansicht sind *Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 311.*

²⁵³ *Duwendag et al. 1999 /Geldtheorie/ S. 311.*

²⁵⁴ Vgl. *Huber 1998 /Vollgeld/ S. 247.*

wie das jeweilige Publikum, welches Geld und Geldkapital in der jeweiligen Privatwährung hält.²⁵⁵

Die zuvor vorgebrachten Einwände gegen wettbewerbliche Privatwährungen können entsprechend auf *W. Engels* Ansatz übertragen werden. Weiterhin kann hier speziell die Vorstellung eines Marktportefeuilles zur Bestimmung des Wertmaßes der Privatwährung (der „Standard“) kritisiert werden.²⁵⁶ *Huber* bezweifelt, dass „(...) ein Performance-Index der Aktienkurse eine geeignete Näherungsgröße (...)“²⁵⁷ sei. Hier einerseits nur das Industrievermögen zu berücksichtigen, nicht aber das umfangreichere Grundvermögen und andererseits das Natur- und Humankapital zu ignorieren, sei zweifelhaft.²⁵⁸ Vor allem, weil das Humankapital nur schwer hinreichend bestimmt werden könnte, auch wenn man es hier einbeziehen wollte.

Aktuell scheint das **Vollgeldkonzept** nicht weiter diskutiert zu werden. Zumindest fällt der Begriff Vollgeld nur im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen des Autors *Joseph Huber* selbst.

Mir erscheint seine Konzeption eines Vollgeldes als besonders umfassend durchdacht. *Huber* stützt seine Argumente stets mit empirischen Daten, Bezügen auf die aktuellen und früheren Diskussionen und beispielhaften Anwendungen.

Grundsicherung, Beschäftigung und die Modernisierung der Geldordnung werden beim Vollgeld auf überraschende und überzeugende Weise zusammengebracht. Das Vollgeldkonzept beinhaltet gewisse Ideen und Wirkungen, die auch bspw. die Freiwirtschaftslehre anbietet, jedoch ohne auf ein Schwundgeld zurückgreifen zu müssen. Der Vorschlag von *Huber* ist sicherlich realistischer, da sich für den Bürger auf den ersten Blick nichts ändern würde, wenn jedes Girokonto in ein Geldkonto umgewandelt wird.

Beim Vollgeldkonzept ist die Befürchtung zulässig, der Staat könnte durch Rückgriff auf die jeweilige Zentralbank versuchen, einen größeren Teil des Staatshaushaltes, über

²⁵⁵ Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 249. Weitere Kritikpunkte zu *Hayek* u. a. zu finden bei *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 247-253.

²⁵⁶ Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 253.

²⁵⁷ *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 255.

²⁵⁸ Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 255.

die im Vollgeldkonzept vorgeschlagene Grundsicherung hinaus, zu finanzieren. Eine strikte gesetzliche Regelung müsste diese Möglichkeit ausschließen.²⁵⁹

Ein weiterer Einwand könnte in einer Kapitalflucht gesehen werden, welche einsetzen könnte, wenn das Zinsniveau, aufgrund der Vollgeldkonstruktion, sinken würde. *Huber* hält diesem Einwand entgegen, dass Niedrigzins-Währungen grundsätzlich starke Währungen sind. Durch Stabilität, Wachstumsdynamik und Produktivität der Realwirtschaft würde der Außenwert der Währung erhalten bleiben.²⁶⁰ Durch die stabilisierende Wirkungen auf die Volkswirtschaft über das Vollgeldkonzept, würde auch weiterhin Kapital angezogen werden.

5.2. Geldwettbewerb oder Geldmonopol

Huber betrachtet zur Rechtfertigung des Vollgeldes die Prozesse in der Vergangenheit, welche dazu geführt haben, dass es zu einem hoheitlichen Münzmonopol und schließlich zu einem Notenmonopol gekommen ist. Die Gründe, die es früher für diese Entwicklung gab, sieht *Huber* gegenwärtig ebenfalls beim privaten Geschäftsbankengeld in Form von Sichtguthaben (Giralgeld).²⁶¹

Sichtguthaben können als neue Manifestation von Geld betrachtet werden. Genauso, wie in der Vergangenheit irgendwann erkannt worden ist, dass Banknoten als Zahlungsmittel akzeptiert werden und damit eine gewisse Manifestation von Geld darstellen, so werden heute Sichtguthaben als Zahlungsmittel akzeptiert. Somit würde die Einführung eines Vollgeldes den nächsten konsequenten Schritt darstellen. Giralgeld wäre damit 'echtes' Geld, genauso, wie heute Geldscheine als echtes Geld anerkannt werden, was bei den ersten Bankgeldnoten keineswegs selbstverständlich war.

Diese Argumentation spricht zum einen für das Vollgeldkonzept, also die Umwandlung gegenwärtiger Sichtguthaben in vollwertiges Geld. Zum anderen sprechen dann die gleichen Argumente, welche früher dazu veranlassten, die Münz- und Notenausgabe in

²⁵⁹ Vgl. zum Potential des Missbrauchs und deren Verhinderung *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 122-129.

²⁶⁰ Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 153.

²⁶¹ Vgl. *Huber* 1998 /Vollgeld/ S. 245 und *Huber* 2004 /Geldschöpfung/ S. 22.

die hoheitliche Obhut des Staates wandern zu lassen, heute zudem für ein Geldmonopol. *Huber* formuliert es anschaulich und eindringlich mit den Worten, dass es nicht darum gehe „(...) das Geld dem Teufel nationalistischer Regierungen zu entziehen, um sie dem Beelzebub globaler Banken- und Konzerninteressen zu überlassen.“²⁶²

Wir wollen an dieser Stelle einen Schritt zurücktreten und überlegen, welche Funktionen denn eigentlich effektiv und effizient vom Staat und welche von der Privatwirtschaft erfüllt werden können.

Eucken stellt dazu staatspolitische Grundsätze der Wirtschaftspolitik auf, die befolgt werden müssen, damit ein unabhängiger Staat entsteht, der als „ordnende Potenz aktionsfähig“²⁶³ ist. Der **erste Grundsatz** zielt darauf ab wirtschaftliche Machtgruppen aufzulösen oder ihre Funktion zu begrenzen. Der **zweite Grundsatz** gibt dem Staat die Aufgabe, die Ordnungsformen der Wirtschaft zu gestalten und nicht selbst die Wirtschaftsprozesse zu lenken.²⁶⁴ Kurz mit *Euckens* Worten: „Verzicht auf unmittelbare Lenkung durch laufende Eingriffe und Konzentration auf die Gestaltung der Formen.“²⁶⁵

Wieder zurück zu der Frage, ob eine private Organisation der Geldemission sinnvoll ist. Die Antwort könnte „Ja“ lauten, wenn man sich durch Konkurrenz und Wettbewerb stabilere und effizientere Währungen erhofft. Dies sollte aber in Zweifel gezogen werden. Es muss zuvor geklärt werden, ob eine vollkommen stabile Währung überhaupt gewünscht wird (also eine langfristige Inflationsrate von Null). Oder ob die Inflation nicht doch Wirkungen zeigt, die aus der Perspektive der Gesellschaft und der Ökonomie als positiv bewertet werden können. Hier nur der Hinweis auf notwendige Anpassungsprozesse, z. B. der Löhne.

„Nein“ ist aber die Antwort auf die Frage, ob eine private Organisation der Geldemission sinnvoll ist, wenn man mithilfe einer vierten Staatsgewalt, einer Art Währungsbehörde, die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit des Staates sichern will und dadurch als ordnende Potenz aktionsfähig erhalten möchte (*Eucken*).²⁶⁶ Der Staat

²⁶² Huber 1998 /Vollgeld/ S. 237.

²⁶³ Eucken 1952/2004 /Wirtschaftspolitik/ S. 334.

²⁶⁴ Vgl. Eucken 1952/2004 /Wirtschaftspolitik/ S. 336.

²⁶⁵ Eucken 1952/2004 /Wirtschaftspolitik/ S. 337.

²⁶⁶ Vgl. Eucken 1952/2004 /Wirtschaftspolitik/ S. 334.

verstößt ja nicht gegen die angesprochenen Grundsätze, wenn er diesen ganz speziellen Bereich, also die Geldemission, so gestaltet, dass die dadurch entstehende Machtgruppe - die Währungsbehörde - ein Teil des Staates selbst ist bzw. bleibt. Die Währungsbehörde (in Form der Zentralbank) arbeitet unter strikten Vorgaben und besitzt begrenzte Funktionen. Als eigenständiger, unabhängiger Teil des Staates wird sie, durch die Gestaltung gewisser Spielräume (Geldmengen, Fristen u. ä.) die Lenkung der Wirtschaftsprozesse auch weiterhin der Privatwirtschaft überlassen.

Dass es das Übel einer „freigegebenen Notenpresse“ gegeben hat, wird niemand bezweifeln. Dass (zumindest in der Europäischen Währungsgemeinschaft) gegenwärtig überhaupt die Gefahr einer Freigabe der Notenpresse besteht, kann aber ernsthaft bezweifelt werden. *Huber* selbst bezweifelt auch die Gefahr einer Freigabe der Geldschöpfung durch das Vollgeld, da die Geldpolitik sich weiterhin an die Korridore einer Preisstabilität orientieren muss und sich die Zentralbank nach den gesetzlichen Vorgaben zu richten haben wird.²⁶⁷

Das Argument gegen ein Geldmonopol, dass der Monopolist (die Zentralbank) keinen Anreiz hat, sein Produkt 'Geld' stets zu verbessern, kann an dieser Stelle noch einmal aufgegriffen werden. Vielleicht sehen die Zentralbanken selbst hierzu keinen Anreiz, aber für die Geschäftsbanken besteht dieser Anreiz sehr wohl. Beim Thema Zahlungsverkehr können regelmäßig Innovationen beobachtet werden, wie etwa im Bereich des Online-Banking. Dazu gehören neue Zahlungsmöglichkeiten bspw. von Kleinstbeträgen z. B. mit der Chipkarte oder auch neue Zahlungsoptionen im Internet, z. B. Paypal.

Eine weitere 'Innovation' kann auch im Europäischen Währungssystem selbst gesehen werden. Dieses vereinfacht den Zahlungsverkehr innerhalb des Währungsgebietes und kommt allen Bürgern zugute.

Weiterhin können die Währungen verschiedener Währungsgebiete als Konkurrenten betrachtet werden. Ein solcher Wettbewerb zwischen den Währungen verschiedener

²⁶⁷ Vgl. Huber 1998 /Vollgeld/ S. 23, vgl. Gocht 1975 /Geldordnung/ S. 95 und vgl. für weitere Argumente zur Vollbeschäftigung und zum Preisniveau Gocht 1975 /Geldordnung/ S. 103ff. Weitere Begründung für Chartales Geld bzw. Geld als gesetzliches Zahlungsmittel siehe Huber 1998 /Vollgeld/ S. 236.

Währungsgebiete bietet einen gewissen Anreiz, die jeweilige Währung stabil zu halten und sich gegenüber anderen Währungen zu behaupten. Dies kann als Anreiz für eine Zentralbank angesehen werden, die eigene Währung (in einem Währungsgebiet) stetig zu verbessern, obwohl sie im eigenen Währungsgebiet Monopolanbieter ist.

Die angeführten Argumente machen deutlich, dass ein Festhalten an ein Geldmonopol sinnvoll ist. Gleichzeitig zeigen die Argumente für ein Vollgeld, dass es notwendig erscheint die Geldschöpfung der Geschäftsbanken, in Form von Giralgeld, aufzuheben.

6. Schlussbetrachtungen

Ein „altes“ aktuelles Thema mit „nostalgischem“ Zugang, war der Kommentar meines Professors, nachdem ich ihm das Thema dieser Abschlussarbeit vorgestellt hatte. Anhand der Fülle an Publikationen lässt sich ablesen, dass diese Thematik in der Vergangenheit tatsächlich zu jeder Zeit aktuell war. Dass die Thematik unter Bezug auf Silvio Gesell nahezu nostalgische Züge aufweist, liegt sicherlich an der Dauer des Prozesses ständiger Reformvorschläge zur Geldordnung, aber auch an den Möglichkeiten, die damit in Verbindung gebracht werden.

Wir wollen nun die Fragen aus der Einleitung wieder aufgreifen. Die erste Frage, die wir in der Zielsetzung zu beantworten beabsichtigten, war: Können wir bestimmte Probleme und negative Entwicklungen in unserer Gesellschaft und Wirtschaft auf die gegebenen Strukturen der Geldordnung zurückführen? In der vorliegenden Arbeit wurden dazu folgende drei Punkte, auf die immer wieder in der Literatur hingewiesen wurde, herausgearbeitet:

1. die Höhe des Zinsniveaus,
2. die Praxis der Geldschöpfung im Reservesystem und
3. die Unabhängigkeit der Zentralbank.

Die Argumentation für eine langfristige Absenkung des Zinsniveaus ist, wie in Abschnitt 3.2 gezeigt wurde, aus Sicht der Vermögensverteilung und andererseits aus der Sicht der Beschäftigungshöhe wünschenswert. Wie sie erreicht werden soll, darüber werden sich sicherlich noch eine Fülle von Diskussionen anschließen. Eine Zinsniveaubsenkung ist bei der Freiwirtschaft und dem Vollgeld zentral und auch *W. Engels* geht darauf besonders ein.

Eine weitere Übereinstimmung mehrerer Ansätze liegt darin, dass die gängige Praxis der Geschäftsbankengeldschöpfung in besonderem Maße kritisiert wird. Als besonders zentraler Kritikpunkt wurde in Kapitel 3 herausgearbeitet, dass die Geschäftsbankengeldschöpfung mit dem Reservegeldsystem und der inhärenten Instabilität des Geld- und Finanzwesens in einen Zusammenhang gebracht werden kann.

Nach der Beantwortung der ersten Frage sind wir in Kapitel 4 und 5 der zweiten Frage nachgegangen: Welche Reformansätze lassen sich in der wissenschaftlichen Diskussion finden (Kapitel 4) und wie sinnvoll sind diese Ansätze (Kapitel 5)? Dazu haben wir drei Ansätze vorgestellt: das Vollgeldkonzept, die wettbewerbliche Geldordnung und die Freiwirtschaftslehre.

Die Freiwirtschaftslehre und das Vollgeldkonzept setzen beide an dem Zinsniveau und der Geldschöpfung an, jedoch zeigt sich die Freiwirtschaft als unnötig kompliziert, was die Umlaufsicherungsgebühr betrifft. Wobei beispielsweise *Creutz* hiervon ansatzweise Abstand nimmt. Auch ist die Forderung nach einem Geld ohne Inflation und Zinsen nicht wirklich realistisch. Die wettbewerbliche Geldordnung wirft ebenfalls einige zusätzliche Schwierigkeiten auf, z. B. die höheren Transaktionskosten durch viele verschiedene Währungen. Das Vollgeldkonzept denkt mit dem Vorschlag der Bezugsrechte, der damit zu finanzierenden Grundsicherung und der Forderung nach einer umfassenden Retribution, weiter.

In Kapitel 4.2 wurde deutlich, dass das Vollgeldkonzept wesentliche Punkte, die in Kapitel 3 angesprochen wurden, beeinflusst.

(1.) Eine Zinsniveauabsenkung wird zum einen durch die Abschaffung des Reservesystems und der damit verbundenen Verringerung der Refinanzierungskosten der Geschäftsbanken bewirkt. Zum anderen wird die Staatsnachfrage nach Krediten zurückgehen, weil durch die bezugsrechtfinanzierte Grundsicherung der Staatshaushalt entlastet wird. Dadurch kann das Zinsniveau weiter sinken.

(2.) Weiter wird die Geldschöpfung reformiert, die Zentralbank erhält mehr Kontrolle über die Geldmenge und dadurch wird eine stabilisierende Wirkung auf die Finanzmärkte ausgeübt.

(3.) Die Stellung und die Unabhängigkeit der Zentralbank würde gestärkt werden, hin zu einer vierten Staatsgewalt. Es würde insbesondere die finanzielle Unabhängigkeit steigen, durch u. a. die zweckgebundene Verfügung über die Bezugsrechte und die Festlegung der Höhe der Bezugsrechte, unabhängig von den Bedarfsanmeldungen der Finanz- und Sozialbehörden.

Somit ist das Vollgeldkonzept, nach der in dieser Arbeit vollzogenen Argumentation, vielversprechend, was die nachhaltige Gestaltung unserer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen betrifft.

Die Titelfrage der vorliegenden Arbeit ist: Brauchen wir eine modernisierte Geldordnung? Die Autoren der einzelnen Reformansätze beantworten diese Frage mit einem eindeutigen „Ja“ und auch ich kann mich einer Zustimmung nicht entziehen, insbesondere hinsichtlich der Ausgangsbedingung, dass eine langfristige, stabile Wirtschaft und Gesellschaft sowie ein stabiler Staat besonders erstrebenswert sind.

Welche der vorgestellten Ansätze aber letztlich die „richtige“ Lösung ist, kann sicherlich so nicht beantwortet werden, da sie niemals unter gleichen Bedingungen in der Wirklichkeit getestet und verglichen werden können. Die Prozesse, die hier betrachtet werden, sind sehr komplex. Erst nach ausführlichen theoretischen, wie auch empirischen Analysen können mögliche Fehlentwicklungen aufgezeigt werden. Die vorliegende Arbeit schließt diese Analysen sicherlich nicht ab. Insbesondere die Methodik der Computersimulation würde sich für die weitere Forschung anbieten.

Mangels adäquater Anschauungsobjekte für eine empirische Fundierung der vorgestellten Reformansätze zur Geldordnung sind in dieser Arbeit lediglich Plausibilitätsüberlegungen herangeführt worden.²⁶⁸ Mittels der Computersimulation lassen sich die unüberschaubaren, komplexen Zusammenhänge in einem Modell generieren und in kleinere, überschaubarere Ausschnitte unterteilen. Dabei lassen sich eine Vielzahl an Prozessen studieren und eine Vielzahl von Simulationsdurchläufen durchspielen, in denen Handlungsalternativen ausprobiert und verfeinert werden können.²⁶⁹ Die Ausarbeitung einer konkreten Simulationsstudie wird weitaus mehr Zeit

²⁶⁸ In Anlehnung an Rodewald 2005 /Geldemission/ S. 3.

²⁶⁹ Beispiele hierfür sind folgende Projekte: EUROMOD, bei dem mehrere Europäische Länder in einem Mikrosimulationsmodell miteinander verknüpft werden. STINMOD, welches die

und Energie in Anspruch nehmen, als es im Rahmen einer Diplomarbeit möglich wäre. Eine solche umfassende Aufgabe wird Gegenstand weiterer Forschungsarbeiten sein.

Wie unrealistisch und utopisch sich die einen oder anderen vorgestellten Ideen, Ansätze und Konzepte vielleicht auch anhören mögen, auch die Einführung einer neuen offiziellen europäischen Währung wurde noch vor 30 Jahren von *Hayek* (Nobelpreisträger 1974 für bahnbrechende Arbeiten auf dem Gebiet der Geld- und Konjunkturtheorie; zusammen mit *Myrdal*) als „utopischer Plan“ bezeichnet.²⁷⁰ Dies war es aus damaliger Sicht und zu den damaligen Gegebenheiten vielleicht tatsächlich. Zumindest heute, fünf Jahre nach seiner Einführung kann der Euro als Erfolg bezeichnet werden.²⁷¹

Meiner Einschätzung nach wird es (unabhängig voneinander) der Einführung eines Vollgeldsystems und einer auf die Negative Einkommensteuer aufbauenden Grundsicherung ähnlich ergehen. Die jeweiligen Konzepte benötigen Zeit, um eine entsprechende Reife zu erlangen, daher werden die notwendigen Prozesse vielleicht weitere 20 bis 30 Jahre andauern. Es ist zu hoffen, dass die vorliegende Arbeit, innerhalb dieser Prozesse, einen Beitrag zum Verständnis der sehr komplexen Zusammenhänge geleistet hat.

Verteilungswirkungen der fiskal- und transferpolitischen Entscheidungen der Regierung modelliert. DYNACAN simuliert zukünftige Lebensverläufe von Personen mit deren sozio-ökonomischen Charakteristika. CORSIM wurde in den USA entwickelt, um Fragestellungen in der Krankenkassenfinanzierung, bei Steuerreformen, beim Haushaltsvermögen und bei Rentenreformen zu untersuchen. MOSART ist ein dynamisches Mikrosimulationsmodell, welches in Norwegen die Erwerbsbeteiligung, das individuelle Einkommen der Haushalte (dies während der Erwerbsbeteiligung und nach Eintritt ins Rentenalter) simuliert (vgl. Manescu 2006 /Mikrosimulationsmodell/ S. 8). Diese Beispiele sollten deutlich machen, wie leistungsfähig eine solche Simulation sein kann und wie weit das Anwendungsgebiet der Computersimulation gestreckt ist.

²⁷⁰ Vgl. Hayek 1977 /Entnationalisierung/ S. 2.

²⁷¹ Siehe hierzu Hefeker 2007 /Euro-Bargeld/ S. 5-6. Das Euro-Bargeld wurde vor fünf Jahren eingeführt (2002), das Buchgeld bereits vor acht Jahren (1999).

Abbildungen im Anhang

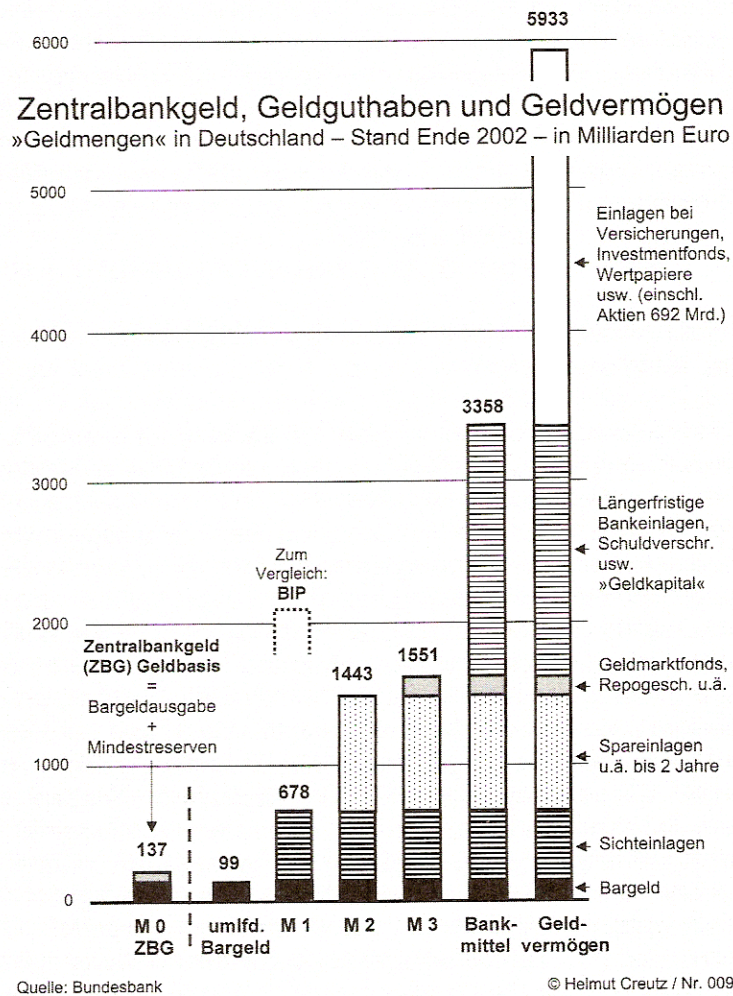


Abbildung 5: Die verschiedenen Geldmengenaggregate²⁷²

²⁷² Entnommen aus Creutz 2005 /Irrtümer ums Geld/ S. 26.

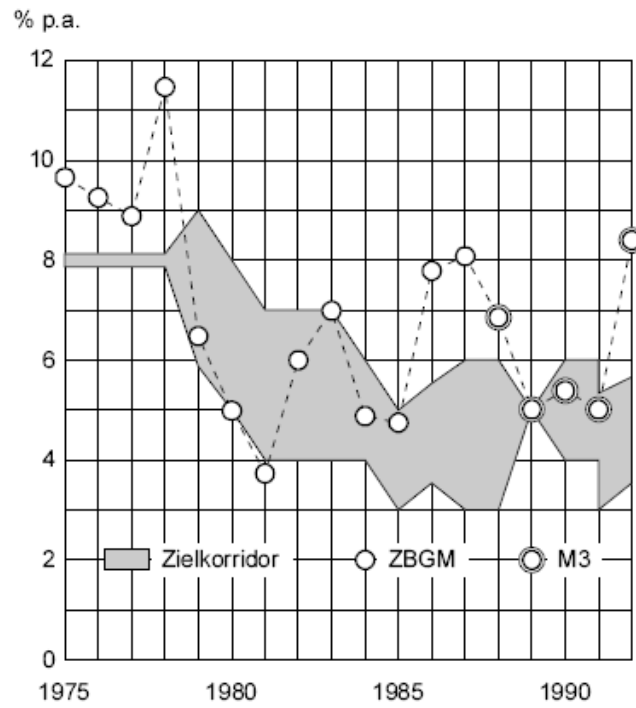


Abbildung 6: Zielkorridor und tatsächliche Geldmenge²⁷³

²⁷³ Entnommen aus Creutz 1997 /Geld-Syndrom/ S. 69.

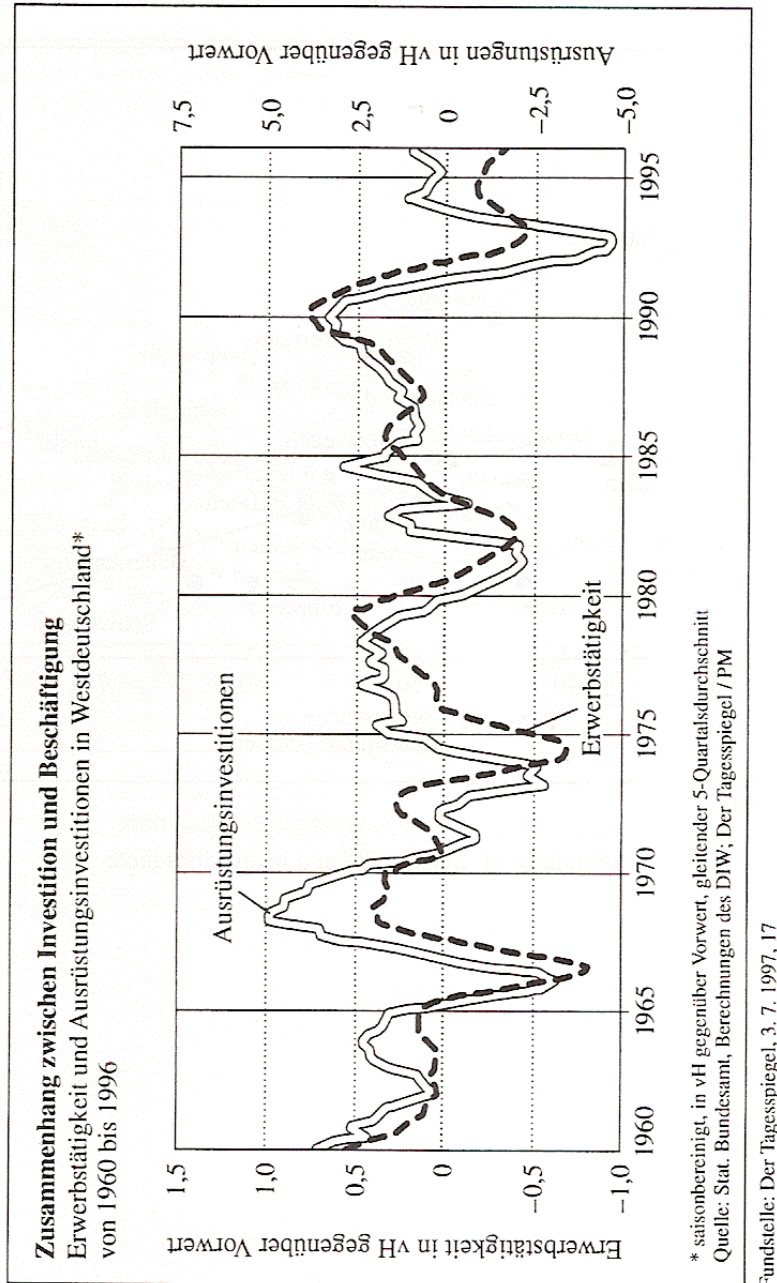
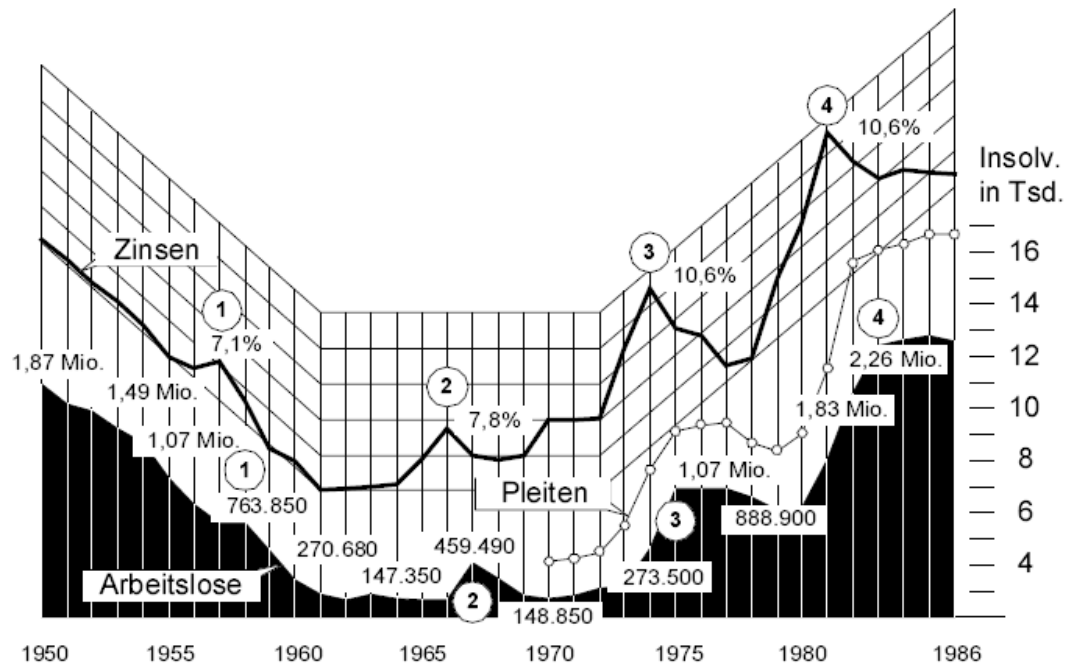
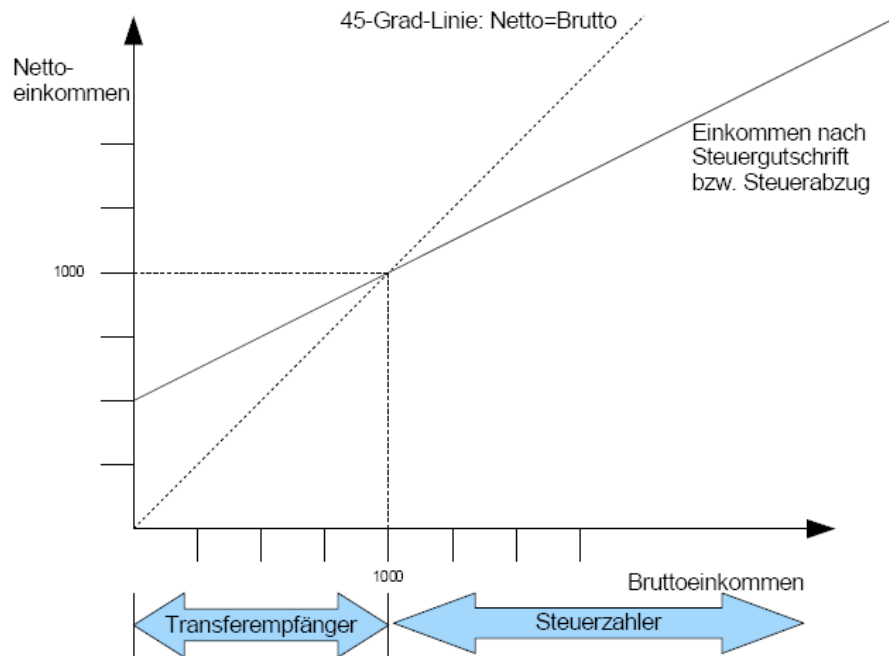


Abbildung 7: Investitionen und Beschäftigung²⁷⁴

²⁷⁴ Entnommen aus Huber 1998 /Vollgeld/ S. 422.

Abbildung 8: Zinsen und Arbeitslosigkeit²⁷⁵

²⁷⁵ Entnommen aus Creutz 1997 /Geld-Syndrom/ S. 179. Dies lässt sich auch mit aktuelleren Daten weiterführen.

Abbildung 9: Negative Einkommensteuer²⁷⁶

²⁷⁶ Entnommen aus Birkenfeld 2006 /Negative Einkommensteuer/ S. 13. In Anlehnung an Kumpmann 2006 /Negative Einkommensteuer/ S. 48. Ähnliche Abbildung mit Erwerbs- und Einkommenschleuse siehe Huber 1998 /Vollgeld/ S. 86.

	Gegenwärtiges System	TAK	Negative Einkommensteuer
1. Transfer-/Steuersystem	getrennt, parallel	>	integriert
2. Opportunismus	mittel	>	geringer
3. Diskriminierung	hoch	>	geringer
4. Staatsversagen	hoch	>	geringer
5. Transferenzugsrate	80-90 %	>	50 %
6. Arbeitslosigkeit	hoch	>	geringer
Zwischenfazit	Summe	>>	Summe

Abbildung 10: Gegenüberstellung der Transaktionskosten²⁷⁷

²⁷⁷ Entnommen aus Birkenfeld 2006 /Negative Einkommensteuer/ S. 16.

Literaturverzeichnis

Bücher

B

Birkenfeld, Ingo 2006 /Negative Einkommensteuer/
Das Konzept der negativen Einkommensteuer als Alternative zum gegenwärtig realisierten Sozialsicherungssystem in Deutschland im Kontext von Transaktionskosten. Internetveröffentlichung 2006.

Zu finden im Internet auf www.hausarbeiten.de (in Bearbeitung).

Zu finden auf der beigefügten Daten-CD:

Anhang_Geldordnung/Negative_Einkommensteuer_IB

Borchert, Manfred 2003 /Geld/

Geld und Kredit. Eine Einführung in die Geldtheorie und Geldpolitik. 8., überarbeitete und erweiterte Auflage; München, Wien 2003.

Brems, Hans 1980 /Makrotheorie/

Dynamische Makrotheorie: Inflation, Zins und Wachstum. Tübingen 1980.

Bretschger, Lucas 2004 /Wachstumstheorie/

Wachstumstheorie. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, München, Wien 2004.

Brückner, Gunter 1992 /Vermögensverteilung/

Instrumente zur Beeinflussung der Vermögensverteilung: Ergebnisse von Szenario-Analysen in einem dynamischen Mikrosimulationsmodell. Frankfurt am Main, Bern, New York, Paris, Lang 1992.

Bundesbank 2007 /Geld/

Geld und Geldpolitik: Ein Heft für die Schule, Sekundarstufe II.

Abrufbar im Internet: www.deutschebundesbank.de

Zu finden auf der beigefügten Daten-CD:

Anhang_Geldordnung/GeldSek2_Bundesbank

Bundesregierung 2005 /Armutbericht/

Lebenslagen in Deutschland – Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Internetveröffentlichung 2005.

Abrufbar im Internet auf den Seiten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales:

<http://www.bmas.bund.de/BMAS/Navigation/Soziale-Sicherung/berichte,did=89972.html>

Zu finden auf der beigefügten Daten-CD: Anhang_Geldordnung/Lebenslagen-in-Deutschland-...

Burda, Micheal C./Wyplosz, Charles 2003 /Makroökonomie/
Makroökonomie – Eine europäische Perspektive. Aus dem Englischen übersetzt,
München 2003.

C

Caesar, Rolf/Lammers, Konrad/Schnarrer, Hans-Eckart (Hrsg.) 2005 /Europa/
Europa auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum
der Welt? Eine Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie. Baden-Baden 2005.

Cassel, Dieter 1995 /Geldmengenzyklen/
Geldmengen-, Konjunktur-, und Inflationszyklen in Deutschland. In: Geldpolitik:
Zwanzig Jahre Geldmengensteuerung in Deutschland. Siebke, Jürgen/Thieme, H. Jörg
(Hrsg.), Baden-Baden, 1995.

Creutz, Helmut 1997 /Geldsyndrom/
Das Geldsyndrom. 4. Auflage, 1997.
PDF-Download auf den Seiten der Freien Universität Berlin:
<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/creutz/geldsyndrom/>
Zu finden auf der beigefügten Daten-CD:
Anhang_Geldordnung/HelmutCreutzDasGeldSyndrom_gs

Creutz, Helmut 2005 /Irrtümer ums Geld/
Die 29 Irrtümer rund ums Geld. Zweite Auflage München 2005.

D

Duwendag, Dieter/Ketterer, Karl-Heinz/Kösters, Wim/Pohl, Rüdiger/Simmert, Diethard
B. 1999 /Geldtheorie/
Geldtheorie und Geldpolitik in Europa: Eine problemorientierte Einführung mit einem
Kompendium monetärer Fachbegriffe. Fünfte, neubearbeitete Auflage, Berlin,
Heidelberg, New York, Barcelona, Hongkong, London, Mailand 1999.

E

Engels, Wolfram 1984 /Arbeitslosigkeit/
Arbeitslosigkeit: Woher sie kommt und wie man sie beheben kann. Bad Homburg 1984.

Engels, Wolfram 1996 /Kapitalismus/
Der Kapitalismus und seine Krisen: Eine Abhandlung über Papiergeld und das Elend
der Finanzmärkte. 1. Auflage; Düsseldorf 1996.

F

Frambach, Hans/Eissrich, Daniel 1998 /Transaktionskosten/
Transaktionskosten - konzeptionelle Überlegungen zu einem fundamentalen und
kontrovers diskutierten Ansatz der Neuen Institutionenökonomik. In: Ipsen,
Dirk/Imkert, Helge (Hrsg.): Institutionenökonomik: Theoretische Konzepte und
empirische Studien. Frankfurt a. M. 1998.

Friedman, Milton 1976 /Geldmenge/
Die optimale Geldmenge und andere Essays. Frankfurt am Main 1976.

Friedman, Milton 2004 /Kapitalismus/
Kapitalismus und Freiheit. Amerikanische Originalausgabe Chicago 1962. Vorliegende Ausgabe München 2004.

G

Galbraith, John Kenneth 2005 /Crash/
Der große CRASH 1929: Ursachen, Verlauf, Folgen. Amerikanische Originalausgabe 1988 Bosten/USA, vorliegende Ausgabe München 2005.

Gerding, Rainer/Starbatty, Joachim 1980 /Entnationalisierung/
Zur Entnationalisierung des Geldes: eine Zwischenbilanz. Tübingen 1980.

Giersch, Christoph 2003 /Gerechtigkeit/
Zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Effizienz. Sozialethische Analyse der Chancen und Risiken von Niedriglohnstrategien in Deutschland. Münster 2003.

Gocht, Rolf 1975 /Geldordnung/
Kritische Betrachtung zur nationalen und internationalen Geldordnung. Berlin 1975.

Gutzeit, Ines 2006 /Zinszusammengang/
Empirische Analyse des Zinszusammenhangs in Deutschland: Eine Untersuchung mit Kointegrationsmethoden unter Berücksichtigung von symmetrischen und asymmetrischen Anpassungsprozessen. Aachen 2006.

H

Hayek, Friedrich A. 1977 /Entnationalisierung/
Entnationalisierung des Geldes: eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufmittel. 1. Auflage; Tübingen 1977.

Heise, Arne 2005 /Wirtschaftspolitik/
Einführung in die Wirtschaftspolitik: Grundlagen, Institutionen, Paradigmen. Paderborn 2005.

Huber, Joseph 1998 /Vollgeld/
Vollgeld – Beschäftigung, Grundsicherung und weniger Staatsquote durch eine modernisierte Geldordnung. Berlin 1998.

I

Issing, Otmar 2001 /Geldtheorie/
Einführung in die Geldtheorie. 12. wesentlich überarbeitete Auflage; München 2001.

K

Kennedy, Margrit 2006 /Geld/
Geld ohne Zinsen und Inflation: Ein Tauschmittel das jedem dient. 8. Auflage 2006.

Kruth, Bernd-Joachim 1996 /Zinsniveau/
Der Einfluß von Geldmengenveränderungen auf das Zinsniveau. Theoretische Ansätze und empirische Untersuchungen für Deutschland. Köln 1996.

L

Leschke, Martin 1999 /Geldmengenpolitik/
Geldmengenpolitik in Deutschland und Europa. Münster 1998 und Wiesbaden 1999.

M

Manescu, Bogdan 2006 /Mikrosimulationsmodell/
Entwicklung und Anwendung eines dynamischen Mikrosimulationsmodells für die
Analyse wirtschaftspolitischer Reformvorschläge. Bamberg 2006.

Mitschke, Joachim 2004 /Einkommensteuerrecht/
Erneuerung des deutschen Einkommensteuerrechts - Gesetzesentwurf und Begründung.
Mit einer Grundsicherungsvariante. Köln 2004.

Mundell, Robert A. 1976 /Währungstheorie/
Geld- und Währungstheorie: Inflation, Zins und Wirtschaftswachstum in der
Weltwirtschaft. München 1976.

P

Peto, Rudolf 2002 /Geldtheorie/
Geldtheorie und Geldpolitik. 2. überarbeitete und aktualisierte Auflage München, Wien,
Oldenburg 2002.

Popp, Klaus 2006 /Zins/
Das Märchen vom guten Zins. Auswege aufzeigen, Krisen verhindern mit Fairconomy.
München 2006.

R

Richter, Rudolf 1987 /Geldtheorie/
Vorlesung auf der Grundlage der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie und der
Institutionenökonomik. Berlin, Heidelberg, New York, London, Paris, Tokyo 1987.

Ring, Alexander M. 2000 /Verteilung der Vermögen/
Die Verteilung der Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland: Analyse und
politische Schlußfolgerungen. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York,
Wien 2000.

Rodewald, Sandra 2005 /Geldemission/
Wettbewerb in der Geldemission. Die Auswirkungen von Nichtdiskriminierung auf die
konjunkturelle Stabilität eines Free Banking-Systems. Hamburg 2005.

S

Schui, Herbert/Paetow, Holger (Hrsg.) 2003 /Keynes/
Keynes heute. Festschrift für Harald Mattfeldt zum 60. Geburtstag. Hamburg 2003.

Starbatty, Joachim (Hrsg.) /Geldordnung/
Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft. Symposium vom 23.
bis 26. Juli 1981, veranstaltet vom Walter Eucken Institut, Freiburg i. Br., und vom
Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll, in Herrsching am Ammersee. Tübingen
1982.

T

Terres, Paul 1999 /Geldordnung/
Die Logik einer wettbewerblichen Geldordnung. Tübingen 1999.

Thieme, H. Jörg 1982 /Monetarismus/
Keynesianismus – Monetarismus: Was bleibt? In: Geldordnung und Geldpolitik in einer
freiheitlichen Gesellschaft: Symposium ... – Starbatty, Joachim (Hrsg.), S. 18-34,
Tübingen 1982.

Tichy, Gunther 1999 /Konjunkturpolitik/
Konjunkturpolitik: Quantitative Stabilisierungspolitik bei Unsicherheit. 4.,
neubearbeitete Auflage, Berlin, Heidelberg, New York, Barcelona, Hongkong, London,
Mailand, Paris, Tokio 1999.

W

Williamson, Oliver E. 1990 /Institutionen/
Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus: Unternehmen, Märkte,
Kooperationen. Tübingen 1990.

Wirtschaftslexikon, Meyers 2007 /Wirtschaft/
Wie funktioniert das? Die Wirtschaft. 5., völlig neu bearbeitete Auflage, Mannheim
2007.

Z

Zarlenga, Stephen 1999 /Mythos/
Der Mythos vom Geld – die Geschichte der Macht. Vom Tauschhandel zum Euro: eine
Geschichte des Geldes und der Währungen. Aus dem Amerikanischen von A.
Holzwarth und D. Brede. Zürich 1999.

Zeitschriftenartikel

Görgens, Egon/Ruckriegel, Karlheinz/Seitz, Franz 2006a /Geldbasis/
Geldbasis, Geldmenge, Zinssatz – Irrungen und Wirrungen. In:
Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Bd. 35 7/2006, S. 412-414.

Görgens, Egon/Ruckriegel, Karlheinz/Seitz, Franz 2006b /Geldpolitik/
Die vier (!) Ebenen der Geldpolitik oder: Warum die Poole'sche Alternative „Zins-
versus Geldmengensteuerung“ in Wirklichkeit keine ist. In:
Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Bd. 35 12/2006, S. 698-701.

Hayo, Bernd 2007 /Geldmenge/
Die Rolle der Geldmenge in der Geldpolitik und in der geldpolitischen Strategie. In:
Wirtschaftsdienst, Heft 1/2007, S. 10-14.

Hefeker, Carsten 2007 /Euro-Bargeld/
Euro-Bargeld – Fünf erfolgreiche Jahre. Kurzkomentar in: Wirtschaftsdienst, Heft
1/2007, S. 5-6.

Heise, Michael 2007 /Monetäre Größen/

Die Berücksichtigung monetärer Größen ist unverzichtbar! In: Wirtschaftsdienst, 1/2007, S. 7-10.

Huber, Joseph 2004 /Geldschöpfung/

Reform der Geldschöpfung: Wiederherstellung des staatlichen Geldregals und der Seigniorage durch Vollgeld.

Zu finden im Internet auf den Seiten der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

<http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/0405.pdf>

Zu finden auf der beigefügten Daten-CD: Anhang_Geldordnung/HuberGeldschoepfung

Kirchgässner, Gebhard 2005 /Option für die Armen/

Option für die Armen: Eine ökonomische Perspektive. In: Aussenwirtschaft, Jg. 60, Heft 1/2005, S. 63-97.

Kumpmann, Ingar 2006 /Negative Einkommensteuer/

Negative Einkommensteuer - Kleine Abhandlung. In: Wirtschaftsstudium, 35. Jg., Heft 1/2006, S. 46-49.

Leschke, Martin/Polleit, Thorsten 2007 /Geldmengenorientierung/

Zurück zur Geldmengenorientierung. In: Wirtschaftsdienst, Heft 1/2007, S. 18-21.

Ruckriegel, Karlheinz/Seitz, Franz 2007 /Bedeutung der Geldmenge/

Die Bedeutung der Geldmenge für eine moderne Geldpolitik. In: Wirtschaftsdienst, Heft 1/2007, S. 14.18.

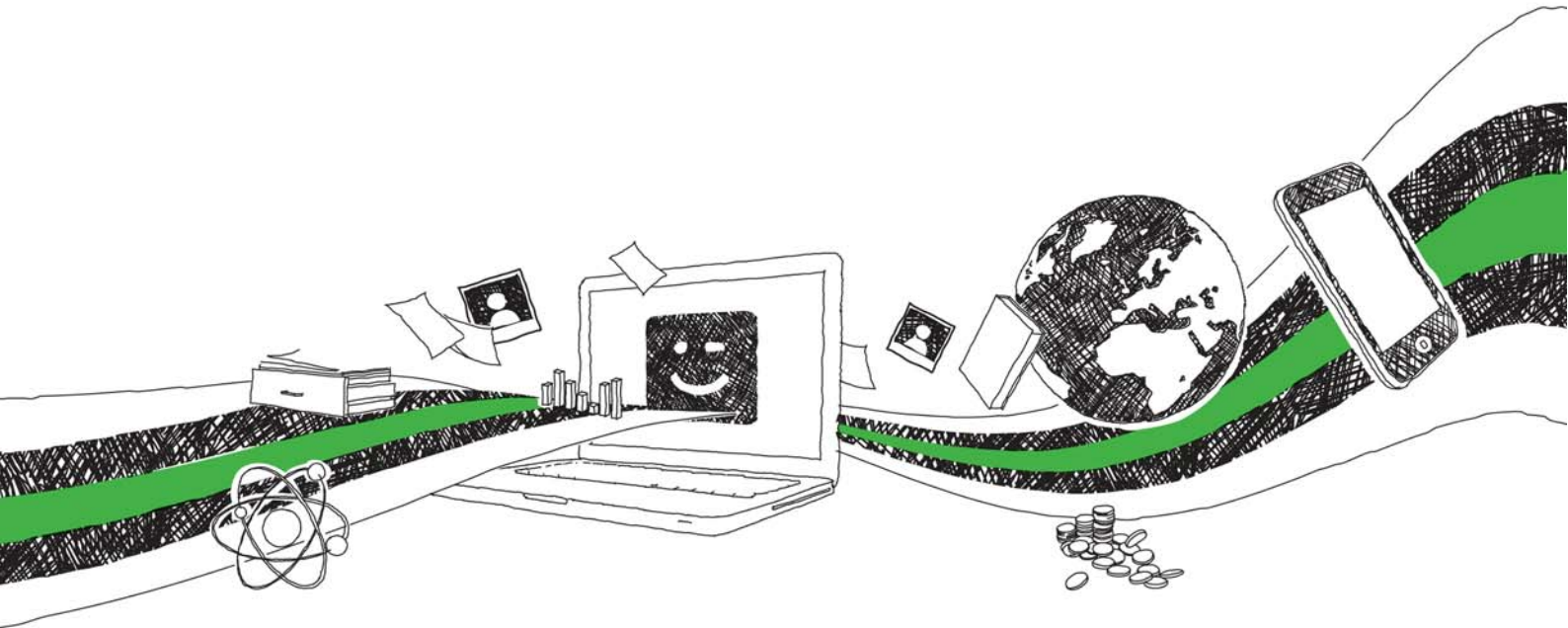
Danksagung

Ganz herzlich möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die mir das Studium und dessen Abschluss ermöglicht haben. Herrn Professor Dr. Frambach, welcher die vorliegende Abschlussarbeit betreute und mir alle Freiheiten bei Inhalt und Vorgehensweise eingeräumt hat, die ich zur unvoreingenommenen Bearbeitung dieses sehr umfassenden Themas benötigt habe. Meinem Vater, der mich finanziell unterstützt hat und durch regelmäßiges Nachfragen den Abschluss des Studiums nicht unbedeutend vorantrieb. Vielen Dank auch an Sabine Scholz für die aufmerksamen Korrekturarbeiten. Allen voran meiner Schwester Lydia, die mit ihren kritischen Einwänden stets zur Seite stand und sich viel Zeit für redaktionelle Arbeiten genommen hat. Und unserem deutschen Staat, der mit sozialstaatsangemessenen Transferzahlungen bestimmten Personengruppen ein stressfreies, zügiges Studium ermöglicht, eingenommen mir. Mit dieser Abschlussarbeit möchte ich versuchen etwas zurückzugeben.

Vielen herzlichen Dank euch allen!

Ingo Birkenfeld, Juli 2007

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren

